

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

Postvertriebsstück 12538
Entgelt bezahlt
Sommer 2010
Nr. 168, 39. Jahrgang
Nürnberg
3,- €

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

Die Finanzkrise

2. Akt eines kapitalistischen Dramas



Arbeitslosigkeit zeigten sich Anzeichen einer Besserung. Dieser Erholungs- und Normalisierungsprozess, der aus der Krise heraus und auf den gewohnten Pfad der kapitalistischen Prosperität führen sollte, wurde dann durch die Zuspitzung der Schuldenkrise in Griechenland unterbrochen.

Es begann als Griechenland Krise

Griechenland war das schwächste Glied der Kette. Der griechische Staat ist mit ca. 115% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) verschuldet, davon zu etwa 30% im Inland, hauptsächlich bei den griechischen Banken, der Rest vor allem im europäischen Ausland. Als alarmierend wird insbesondere angesehen, dass die Verschuldungsdynamik ungebrochen ist. In 2010 muss Griechenland zusätzliche Schulden in der Höhe von

Fortsetzung auf Seite 3

Am 15. September 2008 erreichte die Finanzkrise mit der Pleite der Investment-Bank Lehman Brothers ihren ersten offensichtlichen Höhepunkt. Die führenden kapitalistischen Saaten entfalteten in dieser Krisensituation eine hektische Betriebsamkeit. Sie engagierten sich mit milliardenschweren Rettungsprogrammen für ihren Bankensektor und versuchten die Krise durch Konjunkturprogramme abzumildern. Dafür nahmen sie auch einen markanten Anstieg der Staatsverschuldung in Kauf, obwohl die Politiker selbst, ihre Ratgeber aus der bürgerlichen Ökonomie und ein großer Teil der veröffentlichten Meinung, dies kurz vorher noch als völlig unakzeptabel hingestellt hatten.

Nach gut einem Jahr schien Anfang 2010 die akute Krise überwun-

den zu sein. Die Wirtschaft in vielen Ländern konnte wieder ein, wenn auch meistens bescheidenes, Wachstum erreichen. Die Aktienmärkte hatten sich wieder erholt. Auch bei der

Inhalt

- | | |
|--|-------|
| - Die Finanzkrise: 2. Akt eines kapitalistischen Dramas | S. 1 |
| - Gedanken zur Entwicklung der Partei Die Linke | S. 8 |
| - Der demokratische Sozialismus – eine Worthülse? | S. 14 |
| - Alternative BR-Listen – die richtige Taktik? | S. 16 |
| - Stillleben mit Container/ die Krise des Exportweltmeisters | S. 21 |
| - USA gegen Venezuela und andere ALBA-Staaten | S. 23 |
| - Die Erschaffung einer rechten Dominanz in Chile/Teil II | S. 28 |
| - Das britische Volk entscheidet sich – aber wofür? | S. 34 |
| - Zum 5. Todestag von Jürgen Seifert | S. 37 |

In eigener Sache

Die kapitalistische Welt versinkt immer tiefer im Krisensumpf. Die Überproduktion mündete in eine empfindliche Wirtschaftsrezession. Was als Immobilienkrise in den USA begann, entwickelte sich zu einer weltweiten Finanzkrise mit gefährlichen Bankenzusammenbrüchen. Diese wurden von den bisher fanatischen Marktwirtschaftlern, frei nach Keynes, mit Milliardenbeträgen „bekämpft“. Nun bedurfte es nur noch der Herabstufung durch Ratingagenturen, um in Europa die Schulden- und Währungskrise so voranzutreiben, dass selbst das Euro- und EU-Gefüge erschüttert wird. Die Austerity-Politik der Schuldenländer, einschließlich Deutschlands, wird die sozialen Widersprüche noch mehr verschärfen.

Inzwischen wird die Krise der Ökonomie immer mehr auch zur politischen Krise und einer Krise der politischen Kaste. Das Erscheinungsbild der schwarz-gelben Regierung wird zunehmend miserabler. Ratlosigkeit und Orientierungslosigkeit verbinden sich mit der Angst vor der Zukunft, wobei dem Volk immer noch vorgegaukelt wird, die Lage sei in den Griff zu bekommen. Im Grunde sind Regierungen und Parlamente weitgehend entmachteter. Sie reagieren nur noch auf die Anarchie des kapitalistischen Systems. Dabei soll vergessen gemacht werden, dass die Entfesselung des Finanzkapitals von der politischen Kaste selbst vorangetrieben worden war. Die Parlamentsparteien, fast allesamt Parteigänger der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, sind hilflos. Sie wollen nun zu klassischen Einsparungsmaßnahmen greifen und werden damit die Wirtschaftsentwicklung ins Mark treffen. Die Maßnahmen werden entweder in der Perspektive kontraproduktiv sein oder sie wirken nur wie ein Placebo. Viele Wähler

stimmten bereits mit den Füßen ab: Bei der Landtagswahl in NRW blieb fast die Hälfte der Wahlberechtigten zu Hause. Der Entscheidungsspielraum der Parteien wird immer kleiner; sie werden immer weniger unterscheidbar. Nachdem die bisher bestimmenden Parteien als „Denkzettel“ schwere Verluste verzeichnen müssen, kann und muss nun fast jede mit jeder koalieren. Auch so werden Wählerentscheidungen auf den Kopf gestellt: Die Abwahl wird zum neuen Regierungsauftrag umgebogen, ob in NRW, im Saarland oder in Thüringen. Die Partei Die Linke hat man bewusst auflaufen lassen. Vieles ähnelt einem Schmierentheater, bei dem schon die ersten Ratten das sinkende Schiff verlassen.

Der Lage entsprechend, steht in dieser Nummer der Artikel zur Krise der Ökonomie im Vordergrund. Ob und wie es politische Alternativen gibt und ob sie sich entwickeln können, haben wir anhand des Aufschwungs der Partei Die Linke auf unserem Münchner Seminar diskutiert. Wir drucken das überarbeitete Referat ab, ergänzt durch eine erste Einschätzung des Programmentwurfs der Linkspartei.

Einem anderen Thema widmete sich ein Mitglied der „Gruppe International Dorfen“ mit einem Referat zu den Einkreisungs- und Destabilisierungsmaßnahmen der USA gegen die progressiven Länder Lateinamerikas, besonders gegen Venezuela; eine gefährliche Politik, die den Frieden bedroht und die unter Führung Obamas fortgesetzt wird.

**Eine Bitte in eigener Sache:
Schickt uns eure Artikel bitte in
elektronischer Form zu! Am liebsten
als .txt, .rtf oder .doc.**

Auch Großbritannien steht vor tiefen Einschnitten. Die Labour Party ist schwer angeschlagen, die Arbeiterbewegung am Boden, die Linke nur noch in Grüppchen vorhanden. Unser Freund in England berichtet darüber und über die neue Regierungskoalition aus Tories und Liberalen.

Wir setzen auch in diesem Heft unseren Artikel über die Erschaffung einer rechten Dominanz in Chile fort. Ein dritter Teil soll folgen.

Gewerkschaftliche Probleme sprechen wir in zwei Beiträgen an: Zur Einschätzung alternativer Listen bei Betriebsratswahlen haben wir uns der Vorgänge bei Daimler Berlin angenommen. In der DKP gab es darüber schwere Auseinandersetzungen zwischen dem Berliner Landesverband und dem Parteivorstand bzw. der UZ.

„Stilleben mit Container“ heißt ein Betrag einer Gruppe aus Hamburg über die Lage in den Häfen in Hamburg und Bremerhaven und das Verhalten der Gewerkschaft.

Eine Würdigung des 2005 verstorbenen Linksinтеллекuellen Jürgen Seifert rundet die Nummer ab.

Am 29. Juli wird der Genosse und Gewerkschafter Rolf Becker, zu dessen Geburtstag wir gratuliert haben, nach Nürnberg kommen. Er spricht im Namen der Solidaritätsaktion für Mumia Abu Jamal.

Wir haben in der März-Nummer einen Zahlschein zur Begleichung des Jahres-Abos beigelegt. Wir danken allen Zahlern, insbesondere jenen, die uns über den Jahresbetrag hinaus mit einer Spende unterstützten. Leider hat ein beträchtlicher Teil der Bezieher der „Arbeiterstimme“ noch nicht reagiert. Wir appellieren an diese, doch auch zum Weitererscheinen unserer Zeitschrift beizutragen!

Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Thomas Gradl, Bucherstr. 20, 90408 Nürnberg, Druck: Eigendruck im Selbstverlag. Verleger, Zuschriften: Thomas Gradl, Postfach 910307 90261 Nürnberg
e-Mail: redaktion@arbeiterstimme.org
www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung: Hans Steiger, Postbank München, BLZ 700 100 80, Konto: 665924-808. Für Überweisungen aus dem Ausland: Iban: DE 85 7001 0080 0665 9248 08
BIC PBNKDEFF

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13.- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20.- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z.B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An

Tausch-Abos mit anderen Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.

13,6% seines BIP aufnehmen. Außerdem wird die griechische Wirtschaft allgemein als schwach eingeschätzt. Griechenland hat schon seit vielen Jahren ein Handels- und Leistungsbilanzdefizit. Die griechischen Unternehmen gelten als international wenig konkurrenzfähig. Die meisten Beobachter sind der Meinung, dass es praktisch keine Branchen oder Sektoren gibt, von denen in naher Zukunft stärkere



Wachstumsimpulse ausgehen könnten. Griechenland wird auch immer wieder eine sehr schlechte Steuermoral und eine dementsprechend große Schattenwirtschaft nachgesagt. Der Anteil des Staates an der Wirtschaftsleistung ist im europäischen Vergleich hoch, aber der staatliche Sektor und die Verwaltung werden als ineffektiv beschrieben. Bei der Besetzung von staatlichen Stellen soll es einen ausgeprägten Klientelismus geben.

Diese Situation war aber keineswegs neu. Die EU z.B. hatte schon 2007 erneut (es gab bereits ein Verfahren von 2004 bis 2006) ein Defizitverfahren wegen Überschreitung der Grenze von 3% eingeleitet. Das einzige wirklich neue Ereignis war, dass die neu gewählte PASOK-Regierung im Herbst 2009 einen Kassensturz machte (was eigentlich jede neue Regierung macht) und dabei offiziell bestätigt wurde, was vorher ein offenes Geheimnis war. Die frühere(n) griechische(n) Regierung(en) hatten bei ihren statistischen Meldungen geschummelt. Die Verschuldung Griechenlands war in Wirklichkeit größer als bisher offiziell zugegeben. Die erwartete (Netto-) Neuverschuldung für 2010 erreichte so nach mehreren Korrekturen nach oben den Wert von 13,6%.

Diesmal wurde das nicht als eine (schlechte) Nachricht unter anderen Nachrichten verbucht, sondern die „Märkte“ reagierten. Die Zinsaufschläge bei Staatsanleihen, die sogenannten Spreads, die Griechenland im Vergleich zu anderen Schuldnern wie etwa Deutschland zahlen muss,

stiegen stark an. Die Versuche gegenzusteuern zeigten wenig Wirkung. Am 24. Januar 2010 legt die griechische Regierung ein Stabilisierungsprogramm mit weitreichenden Sparzielen vor. Am 11. Februar 2010 stellen die Staats- und Regierungschefs der EU eine (nur vage beschriebene Hilfe) für den Notfall in Aussicht (und drängen auf weitere Sparmaßnahmen). Am 3. März 2010 kündigte die griechische Regierung zusätzliche Schritte zur Begrenzung des Staatsdefizits an. Aber die Regierungen scheinen von den Finanzmärkten vor sich hergetrieben zu werden und den Ereignissen hinterherzulaufen. Griechenland brauchte aber relativ kurzfristig Geld. Weniger wegen der genannten Neuverschuldung, sondern weil alte Anleihen im Wert von etlichen zig Milliarden Ende Mai und Anfang Juni auslaufen und zur Rückzahlung fällig werden. Natürlich ist kein Geld vorhanden, um diese Anleihen wirklich zurückzuzahlen. Es müssen rechtzeitig neue Anleihen aufgelegt werden, damit die alten abgelöst werden können. Normalerweise ist das für die Finanzverwaltung ein rein technischer Vorgang, der in jedem Staat mehrmals jährlich durchgeführt wird und dem die Öffentlichkeit keine Beachtung schenkt. Diesmal war es anders.

Im Verlauf von wenigen Wochen wurde klar, Griechenland kann auf dem privaten Kapitalmarkt, wenn überhaupt, neue Mittel nur zu wesentlich höheren Zinsen (statt 4-5%, jetzt mindestens 10% und teilweise bis 18%) aufnehmen. Zinsen in die-

ser Größenordnung, die ja für viele Jahre auf die Staatsanleihen hätten gezahlt werden müssen, würde die finanzielle Leistungsfähigkeit überfordern, es drohte die Zahlungsunfähigkeit. Gleichzeitig gerieten auch andere Euro-Länder besonders Portugal und Spanien ins Visier der Märkte. Auch bei diesen Ländern stiegen die Spreads an. Spätestens als die beiden Ratingagenturen Standard & Poor's und Moody's die Bonität

von Griechenland, aber auch von Portugal und Spanien herunterstufen, ist aus der Griechenland-Krise eine Euro-Krise geworden.

... und wurde eine Euro-Krise

Es ging jetzt nicht mehr nur um einzelne Länder, der Zusammenhalt der ganzen Euro-Zone schien in Gefahr. Zu diesem Zeitpunkt musste schnell gehandelt werden und es standen im Prinzip nur zwei Wege zur Verfügung.

1. Griechenland erklärt in naher Zukunft seine Zahlungsunfähigkeit und verhandelt mit seinen Gläubigern über eine Umschuldung.

2. Griechenland erhält weiterhin Kredit zu erträglichen Zinsen, um zumindest Zeit zu gewinnen.

Erst zu diesem Zeitpunkt waren die Euro-Länder und insbesondere Deutschland bereit mit einem großen Paket an Kreditzusagen Griechenland beizuspringen. Insgesamt wurden Kreditzusagen von ca. 110 Milliarden Euro, davon 30 Milliarden durch den IWF, aufgebracht. Die griechische Regierung musste im Gegenzug ein sehr hartes Spar- und Sanierungskonzept akzeptieren (siehe Kasten auf Seite 4). Die von den jeweiligen europäischen Staaten verbürgten Kredite sollen (zur Zeit) mit 5% verzinst werden.

Weil dieses Rettungspaket aber offensichtlich noch nicht ausreichte, um die Märkte zu beruhigen, wurde eine Woche später (am 8./9. Mai) ein weiteres, noch viel größeres Paket geschnürt. Die EU Länder und der

IWF kündigten an, im Notfall bis zu 750 Milliarden Euro (500 Milliarden die EU-Länder, 250 Milliarden der IWF) aufzuwenden, um eventuell in Schwierigkeiten geratene Länder zu unterstützen, den Euro zu verteidigen und die europäische Währungsunion zusammenzuhalten.

Zum Verständnis der Krise ist wesentlich, dass die beteiligten Länder Mitglieder der Euro-Zone sind. Dadurch gibt es eine Reihe von Besonderheiten, die bei Staaten mit einer eigenen Währung so nicht vorhanden sind. Die Mitglieder der Euro-Zone haben die Souveränität über die Geldpolitik an die EZB abgegeben. Diese macht eine einheitliche Geldpolitik, die naturgemäß für alle 16 Euro-Länder gleich ist. Dagegen gibt es nach wie vor eine getrennte Wirtschafts-, Sozial- und Fiskalpolitik durch die Einzelregierungen. Aus dieser Konstellation können sich Widersprüche zwischen einzelnen Teilen der Währungsunion ergeben. Die Hoffnungen, dass sich die Unterschiede gleichsam naturwüchsig im Laufe der Zeit ausgleichen, haben sich nicht erfüllt. Eine Angleichung

der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in den Euro-Ländern hat nach der Einführung der gemeinsamen Währung nur zu einem geringen Ausmaß stattgefunden. Zudem wurden (vermeintliche) Fortschritte in einigen Ländern durch die Krise wieder zunichte gemacht. Ein Beispiel dafür ist Spanien, das etliche Jahre ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum erreichte. In der Krise stellte sich der spanische Immobilienboom, der einen Großteil des Wachstums bedingte, als hausgemachte Immobilienblase heraus. Die sogenannten Konvergenzkriterien (weniger als 3% des BIP staatliches Defizit, weniger als 60% kumulierte Verschuldung, Inflationsrate kleiner als 2%) sollten für eine relativ einheitliche Politik und Entwicklung sorgen, wurden und werden aber nicht wirklich eingehalten. (Auch von Deutschland nicht, aber speziell in Deutschland gelten diese Regeln in der veröffentlichten Meinung als sakrosankt und es findet kaum mehr eine Diskussion über deren Sinnhaftigkeit, und welchen Interessen damit gedient ist, statt). Die Unterschiede zwischen

den wirtschaftlich starken Ländern mit guter Konkurrenzfähigkeit und Leistungsbilanzüberschuss (in 2009 waren das Deutschland, Niederlande, Österreich, Finnland und Belgien) und schwache Länder, die wenig konkurrenzfähige Waren herstellen und (meistens) chronischen Leistungsbilanzdefiziten (2009 vor allem Portugal, Griechenland, Spanien, Irland aber auch Italien und Frankreich) haben sich seit der Euro-Einführung also nicht eingeebnet sondern eher noch vertieft. In Wirklichkeit ist die Situation natürlich viel komplizierter, weil die Länder keinesfalls in sich einheitlich sind. Ein klassisches Beispiel dafür ist Italien mit den großen Unterschieden zwischen Nord- und Süditalien.

Gleichwohl haben fast alle beteiligten Länder jahrelang von der gemeinsamen Währung profitiert. Die hochverschuldeten Staaten konnten Einfuhren von außerhalb der Euro-Zone mit dem starken Euro relativ günstig tätigen und Kredite zu vergleichsweise günstigen Konditionen aufnehmen. Bis Mitte 2008 lagen die Zinssätze für Staatsanleihen für alle Staaten der Euro-Zone sehr nahe beieinander. Erst danach entwickelten sich deutlichere Unterschiede.

Auch exportstarke Länder mit einem Handelsbilanzüberschuss zu anderen Euro-Ländern sind mit der gemeinsamen Währung gut gefahren. Der Euro verbindet z.B. Deutschland mit vielen wichtigen Handelspartnern mit einem quasi unsichtbaren Wechselkursverhältnis (das bei der Einführung des Euro festgelegt wurde). Da die Lohnstückkosten in Deutschland seit der Einführung des Euro gesunken sind (etwa um 6%) in den anderen Ländern aber um durchschnittlich 5% gestiegen sind, hat sich das Verhältnis zugunsten der deutschen Exporteure verschoben. Man kann also die Euro-Zone als Revier der deutschen Exportwirtschaft sehen, in dem es Konkurrenten aus anderen Ländern immer schwerer haben. Seit der Einführung des Euro steht den anderen Ländern die Möglichkeit mit einer Abwertung ihre internationale Konkurrenzfähigkeit zu verbessern nicht mehr offen. (Allerdings darf man nicht vergessen, dass auch Abwertungen erhebliche Probleme wie steigende Preisen etc. mit sich brin-

Es kann im Rahmen dieses Artikels leider nicht ausführlich auf die Verhältnisse in Griechenland eingegangen werden. Insbesondere liegen uns nicht genügend Informationen vor, um die dortigen Klassenkämpfe, den Widerstand gegen

das Sparpaket, Erfolgsaussichten und Schwächen realistisch beurteilen zu können.

Im Folgenden kurz die wichtigsten Bestimmungen des Griechenland von der EU und dem IWF auferlegten Sparpaketes:

Löhne im öffentlichen Dienst: Einsparung von 1,8 Milliarden jährlich

- alle Gehälter: minus 8%
- Bruttolöhne ab 3000 €: Streichung der Oster-, Sommer- und Weihnachtzuschläge
- Bruttolöhne unter 3000 €: nur noch maximal 1000 € Sonderzahlung (im Jahr)

Renten:

- Einsparung von 2,4 Milliarden €**
- ab 2500 €: keine Sonderzahlungen (13. und 14. Gehalt) mehr
- unter 2500 €*: nur noch maximal 800 € Sonderzahlung,
- Erhöhung des Rentenalters
- Erschwerung bei Frühpensionierungen (geplant)

* etwa 60% aller Rentner erhalten weniger als 600 € im Monat

Steuern:

- Mehrwertsteuer plus 2% (ca. 1,8 Milliarden €)
- Benzin, Spirituosen, Tabak: plus 10% (über 1 Milliarde €)
- Immobilienbesitzer: höhere Steuer
- Luxusgüter: höhere Steuer
- hohe Einkommen: Sondersteuer
- besonders rentable Unternehmen (über 100 000 € Jahresgewinn) einmalige Sondersteuer von 600 Millionen €

weitere Maßnahmen:

- Einstellungstop im staatlichen Sektor: nur jede 5. freiwerdende Stelle darf besetzt werden
- Deregulierung im privaten Bereich: Probezeit 1 Jahr, Zeitarbeit erleichtert
- Privatisierung von Staatsbetrieben

gen können). In diesen Sachverhalt ist sicher auch ein Grund zu finden, dass das deutsche Kapital und seine Interessenvertretung der Staat, die Entwicklung der Verhältnisse und die Abweichung von dem nach außen propagierten Stabilitätspakt, ohne allzu großen Widerstand zugelassen hat. Unterstützung für finanziell schwächere Länder widerspricht also nicht gänzlich dem egoistischen Interesse Deutschlands (sprich des deutschen Kapitals).

Auch wenn die einzelnen europäischen Länder gemäß ihrer Interessen zuerst unterschiedliche Positionen bezogen und unterschiedlich taktierten, wurde doch klar, worauf es ihnen ankam. Sie wollten in jedem Fall verhindern, dass erstens Länder zahlungsunfähig werden und in der Folge Banken zusammenbrechen u.ä. und zweitens wollten sie gemeinsame Handlungsfähigkeit demonstrieren, um dadurch Zweifel an der Überlebensfähigkeit der Währungsunion zu zerstreuen.

Mit dem ersten Punkt haben sich auch wieder die Interessen des Finanzkapitals und der Banken durchgesetzt. Wie bereits 2008 haben die Regierungen nach der Devise gehandelt, die sich nach der Pleite von Lehman etabliert hat: Es darf keine Pleite von großen Banken mehr geben. Anscheinend sind die Regierungen und andere Institutionen wie Notenbanken, IWF etc. zu der Schlussfolgerung gelangt, dass eine nicht mehr beherrschbare Ausweitung der Krise droht, die auf jeden Fall verhindert werden muss. Nicht nur der Euro als Währung wäre dadurch in Gefahr gekommen, sondern auch die allgemeine kapitalistische Krise hätte sich zu einer Systemkrise ausweiten können, mit unabsehbaren Folgen. Um das zu verhindern, waren sie bereit vorher undenkbar Summen an Geld zuzusagen, bisher hochgehaltene Grundsätze (*EZB kauft keine Staatsanleihen*) über Bord zu werfen und auch alle sonstigen unterschiedlichen Interessen hintanzustellen,



um in kurzer Zeit ein Ergebnis den „Märkten“ präsentieren zu können.

Der zweite Punkt ob und in welcher Art die europäischen Regierungen weiterhin kooperieren können, wieweit sie also als Gemeinschaft handlungsfähig bleiben, ist nicht nur für das Krisenmanagement bedeutsam. Langfristig entscheidet sich dadurch wie sich die Position des Europäischen Kapitals gegen die USA, Japan, China etc. entwickeln wird. Welche gemeinsame Linie die EU als Ganzes und die Währungsunion im besonderen in Zukunft einschlagen wird ist aber durch das Schnüren der Hilfspakete noch keineswegs entschieden. Die Auseinandersetzungen sind gerade eröffnet worden.

Es geht um die Frage wer wie viel bezahlen muss, welche Länder und innerhalb dieser Länder welche Klassen. Es geht aber auch um die Weiterentwicklung der europäischen Zusammenarbeit z.B. in Richtung einer „Transfer-Gemeinschaft“, also einem innereuropäischen Ausgleich (nach welchen Kriterien?) zwischen den Ländern und oder der Entwicklung hin zu einer europäischen „Wirtschaftsregierung“ mit weiterer Übertragung von Souveränitätsrechten nach Brüssel. Der Euro-Raum war anfällig für die Krise, weil es auf der einen Seite große Unterschiede gibt, auf der anderen Seite die gemeinsame Währung es den einzelnen Ländern erschwert flexibel zu reagieren. Notwendig wäre in dieser Situation eine Politik des Abbaus der Unterschiede.

Die starken Länder und ihre herrschenden Klassen haben solche

Möglichkeiten bisher abgelehnt und verhindert. Bis jetzt galt das sogenannte „Bail out-Verbot“. Es ist aber auch für bürgerliche Ökonomen offensichtlich, dass die jetzt allenthalben verschärfte Sparpolitik unzureichend ist. Es wurde oben schon angedeutet, dass die ablehnende Haltung z.B. auch für die deutsche Bourgeoisie nicht grenzenlos gültig ist. Eine zu kompromisslose Haltung und einer daraus folgenden zu starken

Verschärfung der Krise in den eher schwachen Ländern, bringt die Gefahr einer Schwächung der Euro-Zone als Ganzes mit sich oder vielleicht sogar die Gefahr einer Spaltung und das Entstehen von mehreren konkurrierenden Blöcken. Eine solche Spaltung will anscheinend niemand, die Vorteile der Währungsunion insbesondere auf lange Sicht überwiegen bei weitem.

Spekulation?

Es ist schon interessant zu sehen wenn Politiker und bekennende Neoliberale, die bisher zu den eifrigsten Verteidigern der „Freiheit der Märkte“ gehörten, plötzlich sichtlich genervt vom Krieg der Spekulanten gegen den Euro sprechen.

Was sind aber Spekulanten? Es ist seit langem bekannt, dass spekulative Geschäfte, spekulativ in dem Sinne, dass es für die Geschäfte keine direkte Verbindung zur Realwirtschaft gibt, an den Finanzmärkten stark zugenommen haben. Z.B. wird auf den Devisenmärkten täglich ein Vielfaches der Summe gehandelt, die für Importe, Tourismus und sonstige grenzüberschreitende Zahlungen notwendig wäre. Es ist auch bekannt, dass die sogenannten „innovativen Finanzinstrumente“ es prinzipiell möglich machen, auch bei fallenden Kursen – genau wegen dieser fallenden Kurse – Geld zu verdienen und nicht nur die Verluste zu minimieren. Wer ist also Spekulant? Alle,

die sich an solchen und ähnlichen Geschäften irgendwie beteiligen? Dann besteht die gesamte Finanzbranche aus Spekulanten.

Wenn Politiker von Spekulation sprechen, die es abzuwehren gilt, gehen sie wahrscheinlich von einer anderen Definition aus. Für sie sind die Spekulanten der Teil des Finanzkapitals, der sich nicht in nationale, europäische oder sonstige übergeordnete Zusammenhänge einbinden lässt, sondern rücksichtslos seine Interessen verfolgt (auch gegen die Politik). Die Spekulanten sind also das Finanzkapital quasi in reiner Form, während andere Teile des Finanzkapitals zu Absprachen bereit sind und sich in politische Strategien einbinden lassen. Natürlich ist dieser Unterschied kein moralischer, sondern in erster Linie durch die unterschiedliche Einbindung in die jeweiligen wirtschaftlichen Zusammenhänge und damit verbundenen Abhängigkeiten und konkreten Interessenlagen begründet. Die Trennung in Spekulant/nicht-Spekulant ist fragil, denn je nach Entwicklung der Lage

kann aus einem „verantwortungsvollen Bankier“ schnell ein Spekulant werden und ein Spekulant plötzlich zum Spezialisten für komplizierte Finanzfragen und gefragten Ratgeber mutieren.

In der Presse (z.B. Süddeutsche Zeitung vom 11. Mai 2010 Seite 3) wurde von einem Treffen dreier Hedge-Fonds Manager im Februar dieses Jahres in New York berichtet. Das damalige Treffen soll der Ausgangspunkt der Spekulation gegen griechische Staatsanleihen und/oder gegen den Euro gewesen sein. Es liegen nicht genügend Informationen vor, um beurteilen zu können, ob das wirklich so war und welche Bedeutung eventuell diese und andere Großspekulanten in den Ereignissen gespielt haben. Es wäre aber denkbar, dass die individuelle Einschätzung von einigen wenigen Personen, die aber über den Einsatz von etlichen Milliarden Dollar entscheiden können, wesentlichen Einfluss darauf hatte, dass Griechenland und der Euro im Fokus der Märkte standen und nicht irgendein anderes Prob-

lem der Weltwirtschaft. Spekulation ist sicher nicht die eigentliche Ursache der Marktbewegungen, aber ohne Zweifel kann sie zur Beschleunigung von Marktbewegungen und zur Verschärfung von Krisenerscheinungen führen. Für Politiker eignen sich Spekulanten als bequemes Feindbild für populistisch fein dosierten (Pseudo-) Antikapitalismus, nicht unplausibel aber doch vom Kern der Sache ablenkend.

... und aus der Euro-Krise könnte sich eine allgemeine Schuldenkrise entwickeln

Griechenland ist kein Einzelfall. Auch mit den anderen häufig genannten Ländern wie Portugal, Spanien, Irland und Italien ist es nicht getan. Letztlich sind alle Länder hoch verschuldet und die Dynamik der Verschuldung hat sich durch den bisherigen Verlauf der Finanzkrise (Bankenrettungsprogramme, sinkende staatliche Einnahmen) wieder beschleunigt. Selbstverständlich sind nicht nur Euro-Länder betroffen. Großbritannien hat ein Defizit von über 12% des BIP bei 78% Staatsverschuldung, in Japan beläuft sich die akkumulierte Staatsverschuldung auf über 200% des BIP und insbesondere auch die USA haben enorme Schulden angehäuft (9,3% zu 92%). Dazu sind in den USA auch noch viele private Haushalte stark verschuldet. Die USA sind aufgrund des chronischen Leistungsbilanzdefizites darauf angewiesen, dass kontinuierlich Milliardenbeträge in ihr Land fließen.

Die Finanzmärkte müssen also zur Kenntnis nehmen, dass die bisher als zwar nicht besonders profitabel, dafür aber als besonders sicher geltenden Kapitalanlagen in Staatspapieren der Industriestaaten in der kapitalistischen Realität nicht mehr absolut sicher sind. Das Finanzkapital muss sich mit der (gar nicht mehr so unwahrscheinlichen) Möglichkeit auseinandersetzen, dass die Zinszahlungen für dieses Kapital ins Stocken geraten könnten und sogar darüber hinaus ein mehr oder weniger großer Teil des eingesetzten Kapitals durch Umschuldungen verloren gehen könnte.

Marxisten wissen schon immer, dass der Finanzsektor keinen Mehr-

Sparpakete

Weitere Sparpakete und entsprechenden Widerstand gibt es in Portugal und Spanien

Spanien:

Bis 2011 sollen 15 Milliarden Euro eingespart werden.

Die Gehälter der im öffentlichen Dienst Beschäftigten (2,7 Millionen Menschen) sollen ab Juni um durchschnittlich 5% gesenkt und 2011 eingefroren werden.

Die periodische Anhebung der Renten wird 2011 ausgesetzt. Der sogenannte Babyscheck von 2500 € pro Geburt fällt weg.

Staatliche Investitionen werden in den nächsten 2 Jahren um 6 Milliarden gekürzt.

Dazu steht eine Arbeitsmarktreform an. Zur Zeit verhandeln noch Gewerkschaften und Arbeitgeber. Die Regierung hat angekündigt eine solche Reform per Dekret durchzusetzen, wenn in naher Zukunft keine Einigung erzielt werden kann. Die Gewerkschaften

wollen sich in diesem Fall mit einem Generalstreik wehren.

Portugal:

Auch in Portugal wurden Gehaltskürzungen, Kappung von Sozialausgaben und Erhöhung der Einkommens- und Mehrwertsteuer beschlossen. Am 30. Mai haben in Lissabon 300 000 Menschen dagegen protestiert. Die Demonstration wurde von der Gewerkschaft CGTP organisiert.

und im Schatten der Aufmerksamkeit z.B. auch in Rumänien:

Zur Zeit wird im Parlament über ein Gesetz beraten, das unter anderem Kürzungen der staatlichen Renten um 15% und der Gehälter im öffentlichen Dienst um 25% vorsieht. Rumänien reagiert damit auf Auflagen des IWF. 100 000 Staatsbeamte, 360 000 Lehrer und Angestellte des öffentlichen Gesundheitswesens haben ab 31. Mai einen unbefristeten Streik gegen diese Pläne begonnen.

wert produziert (auch wenn in der bürgerlichen Ökonomie von der Wertschöpfung im Finanzbereich die Rede ist). Was das Finanzkapital allerdings macht, ist sich einen (erheblichen) Teil des gesellschaftlich produzierten Mehrwerts anzueignen. Dies hat in den Jahrzehnt(en) vor dem Ausbruch der Finanzkrise besonders gut funktioniert. Ein entwickelter und dementsprechend großer Finanzsektor stand und steht für



den höchst entwickelten und modernsten Kapitalismus. Der Finanzsektor war (und ist es letztlich immer noch) einer der profitabelsten Sektoren der kapitalistischen Wirtschaft. (Man denke nur an Ackermann und sein Ziel von 25% Rendite bezogen auf das Eigenkapital der Deutschen Bank).

Ermöglicht werden solche Profitraten durch die ungeheure Konzentration an Kapital, die im Finanzsektor wirksam wird. Man braucht sich nur vorstellen wie viele Autos produziert und verkauft werden müssen, um einen Umsatz von einer Milliarde zu erreichen. Bei einem Preis von 20 000 € wären das immerhin 50 000 Stück. Wie viele Menschen und welche Maschinerie muss in Bewegung gesetzt werden um 50 000 Autos zu produzieren? Im Herzen der Finanzbranche kann eine Transaktion von einer Milliarde von einer Person an einem Tag getätigt werden. Klar, das ist nicht generell in der Finanzbranche so. Milliarden pro Transaktion gibt es nur in wenigen führenden Firmen wie etwa Großbanken, Hedgefonds oder den Finanzabteilungen einiger Großkonzerne. Selbstverständlich hat auch der Händler, der solche Transaktionen tätigen kann, ein Umfeld aus etlichen Leuten, die ihm zuarbeiten und kontrollieren. Trotzdem bleibt der Unterschied zwischen Finanzbranche und produzierender Industrie in Bezug auf den Konzentrationsgrad des eingesetzten Kapitals frappant. (Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen. Die einzelnen Transaktionen erreichen natürlich

keine 25% Gewinn, im Gegenteil die Margen sind im Vergleich mit der produzierenden Wirtschaft sogar ziemlich gering. Aber die ungeheure Masse des Kapitals, das auch sehr schnell umgeschlagen werden kann, führt aufs Jahr gerechnet zu den hohen Profitraten.)

In den guten Jahren konnte der Eindruck entstehen, dass im Finanzbereich Gewinne rein aus Kapital also aus sich selbst heraus entstehen können. Diese Illusion entlarvt sich immer deutlicher. Die akkumulierten Kapitalmassen finden immer schwerer eine wirklich produktive, also Mehrwert produzierende Anlagemöglichkeit. Stattdessen drängen sie sich in immer größeren Ausmaß in Bereiche die unproduktiv sind, aber in denen vorübergehend durch starke Preissteigerungen ein scheinbarer Wertzuwachs erfolgt, der sich aber früher oder später als Illusion herausstellen muss. Die Blase bei den Immobilienpreisen war ein geradezu klassisches Beispiel dafür.

Der zwiespältige Charakter der Staatsverschuldung

Auch wenn von neoliberaler Seite schon seit langem gegen hohe Staatsanteile argumentiert wird und die Reduzierung der Staatsverschuldung eine ihrer Standardforderungen ist, ist die Rolle des Staates und der Staatsverschuldung auch aus Sicht des Kapitals durchaus eine zwiespältige. Denn die Schulden des einen sind der (verzinst) Besitz des

anderen. Den riesigen Schulden stehen ebenso riesige Vermögen gegenüber die sich durch Zinsen verwerten sollen und bisher auch konnten. Durch ihre Kreditaufnahme verschaffen die Staaten dem Finanzkapital auch Anlagemöglichkeiten und erlauben vielen Besitzenden die sichere, stabile und (scheinbar risikolose) Verwertung ihres Vermögens. Wegen der Sicherheit war man bereit niedrigere Renditen in Kauf zu

nehmen. In Zeiten der Wachstumsschwäche und der Krise, in denen nur geringer Kapitalhunger von Seiten des produzierenden Kapitals besteht, wäre diese Anlagemöglichkeit besonders willkommen. Wenn die Sicherheit nicht gefährdet wäre. Ist das der Fall bzw. wird das vermutet, setzt eine Absetzbewegung ein, die bei jeder Verschärfung der Krise leicht zur Flucht und zur Panik führen kann. Gleichzeitig verschärfen sich die politischen Forderungen, die Staaten sollten gefälligst durch Sparmaßnahmen etc. die Bedienung ihrer Schulden absichern. Aber auch das ist nicht widerspruchsfrei.

Denn Staatsverschuldung ist auch ein Weg angesammeltes (Geld) Kapital wieder in den volkswirtschaftlichen Kreislauf einzuschleusen. Vielleicht für die in Frage stehenden riesigen Kapitalmassen der einzige Weg, wenn die Wachstumsdynamik sich verlangsamt und die naturwüchsige Nachfrage nach Kredit zurückgeht. Deshalb ist die Austeritätspolitik, die jetzt allenthalben vorangetrieben wird auch aus kapitalistischer Sicht ein zweischneidiges Schwert. Der angekündigte harte Sparkurs könnte den noch zarten Aufschwung wieder abwürgen, bzw. die noch nicht überwundene Rezession weiter verstärken. Die Deflationstendenzen in Europa bekommen dadurch Auftrieb. In einer Rezession geht natürlich auch die Produktion von Mehrwert, von der letztlich auch die Profite des Finanzsektors abhängig sind, zurück. Ein Licht auf diesen Widerspruch wirft das Verhalten der

Ratingagenturen. Zwei Agenturen stufen Spanien herab, weil nach ihrer Meinung die Verschuldung überhand nimmt. Die dritte, Fitch, stuft Spanien herab, weil das Sparprogramm die Konjunktur abwürgen könnte. Umgekehrt sind auch die Staaten auf das Wohlwollen der Kapitalgeber angewiesen. Eine panikartige Absatzbewegung an den Finanzmärkten würde unweigerlich auch alle anderen Wirtschaftsbereiche beeinträchtigen und es ist fraglich, wie weit sie überhaupt noch zu kontrollieren wäre.

Auf dem Höhepunkt der Finanzkrise hat staatliches Handeln Schlimmeres verhindert. Auch harte Marktliberale haben nach dem Eingreifen des Staates gerufen und Maßnahmen wie die Notverstaatlichung von Banken begrüßt. Jetzt zeigt sich aber, dass auch die Staaten ihr Pulver weitgehend verschossen haben.

Das Eingreifen des Staates verhindert auf der einen Seite die unkontrollierte Ausbreitung der Krise und mildert ihre Folgen, baut aber auf der anderen Seite den Abgrund der wachsenden Staatsverschuldung auf. Es wurde zwar die Gefahr eines totalen Crashes abgewendet, aber die Ursache der Krise, die allmählich an Grenzen stoßenden Möglichkeit der Kapitalverwertung konnte durch die Staatseingriffe nicht beseitigt werden. Nur eine massive Kapitalvernichtung kann wieder ein neues Gleichgewicht zwischen der Masse des vorhandenen Kapitals und den Möglichkeiten seiner Verwertung herstellen.

Wie genau und wann genau die Kapitalvernichtung vor sich gehen wird, ist zur Zeit noch nicht entschieden. Vermutlich sind die Kapazitäten des „Hinausschiebens“, des „Überbrückens“ und des noch einmal „rettend

Eingreifens“ noch nicht voll ausgeschöpft. Auch die Grenzen der Kapitalverwertung sind nicht starr. Sowohl durch die Abwälzung der Krisenlasten (sprich Verschärfung der Ausbeutung), als auch durch Ausdehnung in neue Sektoren sind Verschiebungen dieser Grenzen denkbar. Zur Zeit werden besonders viele Hoffnungen auf Länder wie China, Indien, Brasilien etc. gesetzt. Aber auch in dieser Hinsicht ist die Lage offen. Es ist unklar, wie lange die stürmische Entwicklung in diesen Ländern noch anhalten wird und es ist unklar, was die Folgen dieser Entwicklung sein werden. Das Erstarken dieser Länder wird/kann die Probleme und Widersprüche in den „alten“ Ländern verstärken. Eventuell zeigt das stürmische Wachstum der Länder auch an, dass dort bereits (eine) weitere Blase(n) im Entstehen ist (sind).

5. Juni 2010

Gedanken zur Entwicklung der Partei Die Linke

Ein Element des gesellschaftlichen Fortschritts oder eine Bremse bei der Herausbildung von Klassenbewußtsein?

Eigentlich findet unsere Diskussion über die Partei „Die Linke“ zu einem ungünstigen Zeitpunkt statt. Wir stehen kurz vor dem Parteitag, erfahren erst morgen das Ergebnis der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, dem auch bundesweite Bedeutung zukommt (Bundesrat). Zum anderen hat die Programmdiskussion erst begonnen, die eineinhalb Jahre dauern soll. Eine Mitgliederurwahl hat gerade 84,5% für eine Doppelspitze gebracht. Da sich nur 48% der Mitglieder beteiligt haben, offenbart das ein Desinteresse. Die neuen Parteivorsitzenden Gesine Lötsch und Klaus Ernst müssen erst noch gewählt werden. Es ist also einiges im Fluss. Doch Oskar Lafontaine ist kaum zu ersetzen. Wenn es um den Zustand und die Perspektive der Partei „Die Linke“ geht, dann spielt ihre Einbettung in die geschichtlichen und ak-

tuellen Bezüge keine geringe Rolle. Über 20 Jahre ist es nun her, dass die DDR und SED untergingen und die PDS entstand. Was mit dem Anschluss der DDR an die BRD begann, hat bis heute noch nicht zum sozialen Gleichstand an das BRD-Niveau geführt. Dadurch besteht die politische und gesellschaftliche Sonderrolle der neuen Bundesländer fort und damit werden auch Regionalinteressen aufrechterhalten. Die Weltwirtschaftskrise verschärft diese Unterschiede noch. PDS und nun Die Linke haben darin eine der Grundlagen ihrer Existenz. In Krisenzeiten vergleicht die Bevölkerung die Zustände mit denen in der untergegangenen DDR. Dieser fällt, je mehr Zeit vergeht, nicht immer zum Nachteil des Vergangenen aus. Für viele damals unerwartet senden neue Kriege ihren Schrecken aus. (Jugoslawienkrieg, Afghanistankrieg) Außer der Linken hatten alle etab-

lierten Parteien die Aggressionspolitik unterstützt. Die Sozialdemokratie natürlich wie gewohnt dabei. Ein weiteres Element für die deutschen Sonderbedingungen zur Entstehung einer relevanten linken Partei war der Rechtsschwenk der regierenden Sozialdemokraten und der Grünen mit verursacht durch den sozialen Strukturwandel. Alles zusammen gab Raum für eine neue Partei links von der SPD. Maßgebend dafür war auch der Anstieg der Dauerarbeitslosen und Leiharbeiter, die Zementierung von Hartz IV und die Entstehung eines Prekariats. Die Finanzkrise und die ideologische Erschütterung des Neoliberalismus haben ebenso ihren Teil zu den Erfolgen der Linkspartei beigetragen, wie auch die Zuspitzung des Afghanistankrieges.

Vor diesem Hintergrund gelang 2008, trotz manchen Gerangels, die Vereinigung von PDS und WASG zur



Partei Die Linke. In der Folge konnte sie organisatorisch die Grünen überflügeln und wurde viertgrößte Partei. Bei der Bundestagswahl 2009 erreichte sie mit 11,9% (2005 8,7%) der abgegebenen Stimmen 5 Millionen Wähler und konnte 76 Abgeordnete nach Berlin entsenden. Die Linke ist nun in allen sechs ostdeutschen Landtagen und in sechs der zehn westdeutschen Landtage vertreten. In Berlin und Brandenburg sitzt sie in Koalitionsregierungen mit der SPD. Den größten Erfolg im Westen erzielte sie im Saarland mit 21,3%, wobei die Hälfte ihrer Wähler damit mehr die Zustimmung zu Oskar Lafontaine als zur Linkspartei ausdrückte. Die PDS war in früheren Zeiten dort mit 0,4% untergegangen.

Die Partei Die Linke hat nun 75.000 Mitglieder (1995 hatte die PDS noch 113.000 Mitglieder). Schlossen sich 2008 bei der Vereinigung 65.000 Mitglieder aus dem Osten mit etwa 6.000 aus dem Westen zusammen, so hat sich das Verhältnis nun stark geändert: Aus der ehemaligen DDR stammen jetzt nur noch 50.000 Mitglieder, in Westdeutschland jedoch ist die Zahl der Mitglieder auf 25.000 angewachsen. In NRW zum Beispiel hat sich die Zahl der Mitstreiter in den letzten zwei Jahren auf 8.580 verdoppelt. Bei der letzten Kommunalwahl gelang der Linkspartei dort der Durchbruch bei den Stadt- und Kreisräten mit 150 Mandaten. Selbst in Rheinland-Pfalz konnte die Linke das Landtagswahlergebnis auf 9,4% erhöhen. Bei der Neuwahl in Hessen konnte sie, trotz des Debakels mit Ypsilanti, erneut die 5%-Hürde nehmen. In Hamburg zählt die Linke nun 1.400 Mitglieder und hat die Grünen damit überflügelt. In manchen anderen Ländern, wie in Bayern, ist die Linkspartei weniger verankert.

Die Linke ist keine Arbeiterpartei, weder von der Mitgliedschaft noch von der Wählerschaft her. So wählten bei der letzten Landtagswahl im Saarland nur jede dritte Arbeiterin und Arbeiter die Linkspartei, in Thüringen waren es nur 29%. In Sachsen muss es schwerwiegende Gründe gegeben haben, dass nur 18% der Arbeiterschaft für die Linkspartei votierten – aber 40% für die CDU!

Bei den Arbeitslosen ist die Lage ähnlich: 46% an der Saar stimmten für die Linkspartei, in Thüringen

und Sachsen nur jeder Dritte. An den sozialen Programmpunkten kann es nicht gelegen haben. Auch werden die gewerkschaftlichen Forderungen weitgehend von der Linkspartei unterstützt.

Es wird geschätzt, dass die Partei nun über 2.000 Funktions- und Mandatsträger hat; diese verfügen über besonderes politisches Gewicht.

Von den Hauptamtlichen bedienen 63 die Zentrale und 133 sind in den Ländergeschäftsstellen beschäftigt. Das Personal der Parteizeitung „Neues Deutschland“, über deren mangelnde Linksausrichtung manche Mitglieder nur noch den Kopf schütteln, ist nicht eingerechnet. Die Kassenverwaltung der Linkspartei



konnte 2008 über ca. 24 Millionen Euro verfügen. Das war wichtig, mussten doch der steigende Aufwand für die Wahlkämpfe finanziert werden und gleichzeitig der weitere Aufbau der Parteistrukturen in ganz Deutschland. 40% der Einnahmen entstammten den Mitgliedsbeiträgen (durchschnittlich 10,80 € monatlich pro Person), 600.000 € waren Spenden, der Rest Staatsgelder. Allein die Höhe der Personalausgaben in Höhe von 8,5 Millionen € machte 37% aus. Spenden aus der Wirtschaft und vom Großkapital, die vor allem den Rechtsparteien einen Vorsprung verschaffen, werden von der Linkspartei grundsätzlich abgelehnt – sie hätte auch von dort kaum welche zu erwarten.

In der Vergangenheit war die PDS immer mehr zur „Rentnerpartei“ geworden. Das hat sich, vor allem seit der Vereinigung, geändert. Die Partei Die Linke hat seit ihrer Gründung 25.000 Mitglieder dazugewonnen, etwa 20.000 aus dem Westen und 5.000 aus dem Osten, einschließlich Berlin. Somit hat ein Drittel der Gesamtmitglieder keine Wurzeln in den Vorgängergruppierungen mehr, weder aus der PDS noch aus der WASG. Das dürfte die linksozialde-

mokratische Tendenz in der Partei stärken. Das Durchschnittsalter der neuen Mitglieder ist auf 37 Jahre gesunken, der Rentneranteil der Neuen liegt bei 5% und hat sich von 2007 bis 2009 halbiert. Doch nur noch 36% der Neumitglieder sind lohnabhängig Beschäftigte, der Arbeitslosenanteil beträgt 17,5%. Beim Frauenanteil der Neuen hapert es gewaltig; mit 26% schaut es schlechter aus als bei allen anderen Parteien.

Wesentlich ist, die neuen Mitglieder sind jünger. Damit ist die gefährliche Schwund-Tendenz vorerst mal überwunden. Derzeit ist die Linkspartei die einzige Partei mit Mitgliederzuwachs. Dass es dabei bleibt hängt natürlich zum großen Teil von der Aktivität der Parteimitglieder und der politischen Linie der Partei selbst ab.

So ist der Zuwachs der Jüngeren auch nicht vom Himmel gefallen, er ist Ausdruck des außerparlamentarischen Wirkens in Universitäten, Schulen, sozialen Bewegungen und des entschiedenen Kampfes gegen das immer frecher werdende Auftreten der Neonazis. Das Anwachsen des linken Studentenverbandes „SDS“ und der Aufschwung der Linksjugend „solid“ sind Ergebnis davon. Letztere verfügt nun, nach eigenen Angaben, über 4.000 Mitglieder und über mehr als 190 aktive Basisgruppen.

Sie sollen „als Brücke zwischen der Partei und den Protesten auf der Straße“ fungieren. Die Bundessprecherin Franziska Stier stellt fest: „Wir haben ein Ausnahmejahr hinter uns. Die Aktivität des Verbandes hat 2009/2010 nie gekannte Ausmaße erreicht.“

Ohne die erfolgreiche Westausdehnung und die Vereinigung mit der WASG, ohne den großen Einsatz von Oskar Lafontaine, hätte die PDS den Durchbruch zur bundesweiten Kraft nicht geschafft. Im Gegenteil, denn die PDS war nicht nur auf dem Weg des Abstiegs, sondern des existenzbedrohenden Absturzes. Überalterung, Mitgliederschwund und der Rückgang der Aktivitäten machte Mitte der neunziger Jahre der PDS zu schaffen. Wenn wir heute von der Halbierung der SPD durch ihren Rechtskurs sprechen, so ist den Wenigsten bewusst, dass es nach dem Abflauen der Hartz IV-Bewegung auch eine Halbierung der Mitgliedschaft der PDS ge-

geben hat. Die PDS hatte 1995 noch 113.000 Mitglieder. In den folgenden zehn Jahren, bis 2005, verlor die Partei 55.000 Mitglieder und konnte nur noch einen Stand von 58.000 aufweisen! Die Gründe dafür lagen nicht nur im Generationenwechsel, sondern hatten auch politische Ursachen. An erster Stelle stand die Enttäuschung vieler Mitglieder und Wähler über das verloren gegangene Profil während der Beteiligung an mehreren Länder-Koalitionsregierungen. Es entstand der Eindruck, das Besetzen von Regierungsposten und die Anpassungspolitik seien wichtiger als der Kampf gegen die soziale Umverteilung von unten nach oben.

Auch jetzt, als Partei Die Linke, kommt der Zuwachs nicht so sehr aus den Bundesländern des Ostens. Prozentuale Erfolge bei Wahlen sind nicht immer absolute Erfolge. Der zahlenmäßige Rückgang an Wählerstimmen dort ist nicht zu übersehen, es gab eine Abwanderung ins Lager der Nichtwähler. In den Ortsverbänden zum Beispiel wird geklagt „wieder haben wir bei Wahlen 3% verloren“. „Wieso haben wir diesmal beim Frauentag keine roten Nelken überreicht?“ „Wir dürfen uns nicht nur vor den Wahlen um die Menschen kümmern, sondern auch unter der Zeit.“ „Im Leitungskörper gibt es zuviel Streit.“ „Wir bräuchten besseres Werbematerial!“ Man sieht, auch an der Basis wird die Debatte oberflächlich geführt. Auch im Vogtland fürchtet man ein Ansteigen der „Berliner Verhältnisse“ und fordert eine Einstellung des „Zickenkrieges“. Es würden zu wenig die existentiellen Fragen der Mehrheit der Bevölkerung in den Mittelpunkt gestellt. Wenn der Personal- und Verfahrensstreit nicht aufhöre, würde sich der Abwärtstrend bei den Wahlen durchsetzen.

Viele kritisierende Mitglieder verkennen jedoch, dass hinter den Streitereien hauptsächlich politische Meinungsverschiedenheiten stecken, die unbedingt an- oder ausdiskutiert werden müssten. Die einen sind von grundsätzlicher Art, die anderen haben praktische politische Bezüge. Die Partei Die Linke wird nur dann politisch relevant bleiben, wenn sie sich weiterhin als Union unterschiedlicher politischer linker Kräfte versteht und die Mitglieder das auch akzeptieren. Das heißt, manche von ihnen müssten auf den Versuch eines „Umfunk-

tionierens“ verzichten. Das soll nicht heißen, dass sie sich einer Werbung für ihre Linie enthalten müssten. Andererseits müsste es klare Grenzen geben auch in der Art und Weise der Bekämpfung gegensätzlicher Auffassungen. Ein uferloser Pluralismus führt zur Beliebigkeit und zerstört das Profil. Es gibt also ein sowohl als auch. Dieses Kunststück zu vollziehen, wird Aufgabe der Programmdiskussion, die nun ansteht.

In der Partei arbeiten gegenwärtig verschiedene Gruppierungen und Richtungen mit: Linksozialdemokratische Reformer, Reformisten, Sozi-



alisten, Kommunisten, Anarchisten u.v.m. Sie sammeln sich in verschiedenen Gruppen wie in der Sozialistischen Linken, der Kommunistischen Plattform, in den Antikapitalistischen Linken, in der Linksjugend, in der Emanzipatorischen Linken, den Gewerkschaftslinken, dem Marxistischen Forum, in der Gruppe BAK Shalom usw.

Es wäre jedoch ein Missverständnis, anzunehmen, die Masse der Mitglieder würden irgendeiner dieser Richtungen angehören. Es wird geschätzt, dass etwa 90% der Mitglieder ungebunden sind und von Mal zu Mal entscheiden. Nach Angabe der Zeitschrift „avanti“ sollen 80% aus dem trotzkistischen Spektrum in der Linkspartei aufgegangen sein. Eine revolutionäre Tendenz verfolgt nur eine kleine Minderheit. Aus der Partei Die Linke kann sich auch keine kommunistische Partei entwickeln. Dafür fehlen die Bedingungen, auch eingedenk des gegenwärtigen Zustands der deutschen Gesellschaft, nicht nur wegen der bestehenden Parteipolitik und Parteistruktur der Linken. So hat

Die Linke auch keine Betriebs- und Stadtteilgruppen aufgebaut, wie früher die kommunistischen Parteien. Es gibt in Deutschland, zumindest in diesem Stadium, keine relevante politische und soziale Bewegung als Antrieb für die Partei. In Folge der kapitalistischen Krise weicht die große Mehrzahl der Arbeiter und Arbeiterinnen, sowie der Gewerkschafter, vor der Offensive von Kapital und Kabinett zurück. Auch der Trick der Regierung Merkel, die Kurzarbeit auszuweiten, trägt ihre Früchte.

Verkommenheit der bürgerlichen Demokratie

Seit dem Bestehen der PDS und der Partei Die Linke sind diese und ihre Repräsentanten einem Kesselreiben von rechts ausgesetzt, das keine Lüge, Verdrehung und Manipulation scheut. Daran beteiligen sich nicht nur die etablierten Parteien, natürlich einschließlich der Sozialdemokraten, sondern, wie in einem Einheitskartell, die im Schlepptau des Kapitals befindlichen Medien. Da wird jede Auseinandersetzung, die es auch in anderen Parteien gibt, zum garstigen Streit hochstilisiert und wenn die Presse der Rundfunk und das Fernsehen überhaupt etwas über die Linke bringt, ist dies meist von negativer Art. Die Linke macht ständig Vorschläge und kritisiert sachlich die Politik der Regierung Merkel, doch, wenn man von den Talk-Runden absieht, wird die Partei in den Medien ausgesprochen boykottiert. Die anderen kleine Parteien, die Grünen und die FDP werden ständig zitiert, die Linkspartei scheint es gar nicht zu geben. Umso perfider wird nach den letzten Stasispitzeln und IMs gesucht, wobei manche zur DDR-Zeit vielleicht erst 20 Jahre alt waren. Diskreditierung und Verketzerung führender Persönlichkeiten waren und sind an der Tagesordnung, wobei der Vorwurf des Populismus noch das harmloseste ist. Selbst Heiko Maas schrieb in der ZEIT vom „populistischen Sozialismus“. Besonders Lafontaine war im Fadenkreuz. „Oskar der Brandstifter“ wurde er im „Express“ diffamiert, oder „Oskar Xiaoping“. Für die WELT ist er der „Demagoge aus dem Saarland“. Diese Tonlage prägen viele Artikel vor allem in der Sprin-

ger-Presse und diese zielen auch auf Gysi, Bisky und andere Spitzenkräfte der Linkspartei.

Diffamierung und Boykott sind eigentlich ein Zeichen, dass der davon betroffene Gegner politisch wirksam ist. Sie sind auch ein Beweis, dass die Meinungsfreiheit in diesem Land nichts gilt. So sehen in Deutschland eben die Vorkämpfer der Demokratie aus...

Vor allem mit dem Totschweigen haben die bürgerlichen Medien erreicht, dass die Linkspartei nicht noch mehr Wähler und Anhänger, vor allem aus dem Kreis der bisherigen Nichtwähler, gewinnen konnte. Um unter solch erschwerten Bedingungen nicht an Zahl und politischer Bedeutung zu verlieren, ist die Partei gezwungen, noch bestehende Schwachstellen möglichst bald anzugehen. Das Bemühen, mit eigenen regionalen Parteiblättern den bürgerlichen Tageszeitungen

etwas entgegenzusetzen, zeitigt aber nennenswerte Wirksamkeit nur unter ostdeutschen Bedingungen, und kann das Fernsehmonopol natürlich nicht beseitigen. Im Westen ist man auf das Verteilen von Propagandamaterial angewiesen, das meist nur jene erreicht, die es anfordern. Selbst stärker an die Öffentlichkeit zu treten, ist auch eine Frage der finanziellen Mittel. Die Lösung politischer Schwachstellen ist nun unumgänglich geworden. Sie könnten unter den Pa-
 rolen stehen:

Von der bodenlosen Pluralität zu mehr Verbindlichkeit. Für eine bessere Streitkultur!

Interne Machtkämpfe gibt es in anderen Parteien auch. Noch weniger als diese kann es sich aber Die Linke leisten, wenn Personaldebatten herabsetzend und über die Medien geführt werden, die der Partei eigentlich feindlich gegenüberstehen. Einige Beispiele in jüngster Zeit können das illustrieren: Als der Entwurf des Parteiprogramms bekannt wurde, sahen sich einige führende „Realpolitiker“ bemüßigt, gleich von vornherein die Diskussion dar-

über in ihre Richtung zu lenken. Der Vorsitzende der Linken in Sachsen, Andre Hahn, glaubte gleich, in der „Leipziger Volkszeitung“ das aufgeschreckte Besitzbürgertum beruhigen zu müssen: „Eine massenweise Verstaatlichung von Unternehmen wird es nicht geben.“ Aufs Glatteis ging der Bundesgeschäftsführer der Partei, Bartsch, in der „Mitteldeutschen Zeitung“: „Der Entwurf wird verbessert werden“, meinte er. Und so, als könnte er es allein bestimmen: „Am Ende wird das Programm ein anderes sein.“ „Ein anderes“, basta! Als Lafontaine ihm widersprach, ging er



ihn übel an, was ihn dann den Bundesgeschäftsführerposten kostete. Postengerangel und politischer Streit sind auch in den Landesverbänden gang und gäbe, wie kürzlich in Bayern, als der Landesvorsitzende Zega mit der Vorstandschaft in Streit geriet. Er warf dem kommenden Parteivorsitzenden Klaus Ernst u. a. vor, sein Benehmen sie „gutsherrlich“. Die Parteivorsitzenden Bisky und Lafontaine hatten im März einen Brief an die Mitglieder gerichtet: „Wir haben in diesen Tagen lernen müssen, dass der Vereinigungsprozess unserer jungen Partei noch nicht so weit vorangeschritten ist, wie wir uns das alle wünschen.“ Oskar Lafontaine moniert ständig, dass es am Profil der Partei mangle. Die Programmdiskussion soll die Vereinheitlichung vorantreiben. Wenn strikte Verbindlichkeit durchgesetzt werden soll, müsste letzten Endes bei dem heterogenen Charakter der Partei eine Minderheit sich anpassen oder ausscheiden. Bei dem bestehenden Kräfteverhältnis ist das zu bezweifeln. Vermutlich bleibt mit einer Kompromisslösung das Ganze auf halbem Wege stecken. Doch auch wenn es so kommt, wird die Programmentscheidung in der Partei eine gewisse Zäsur bedeuten.

Von der Unklarheit zur Klarheit

Es haben immer mehr Funktionäre und aktive Mitglieder der Partei erkannt, dass Die Linke nur mit Klarheit und verbindlichen Gemeinsamkeiten eine erfolgreiche Zukunft haben kann. Es gab zwar bisher schon Programmpunkte, doch waren sie zu wenig diskutiert und akzeptiert, sie waren auch nicht ausreichend. Ihre Verbindlichkeit wurde nicht immer durchgesetzt. Nach dem designierten neuen Vorsitzenden Klaus Ernst gäbe es 90% Gemeinsamkeiten in der

Partei. Das ist doch zu bezweifeln. Sehen wir uns einige Hauptpunkte an. Bezüglich des strategischen Zieles der Linkspartei, in Deutschland einen Politikwechsel herbeizuführen, gibt es weit-
 hin Übereinstimmung. Nur eine Minderheit der Aktiven hält daran fest, Die Linke solle als bloße Protest- und Oppositi-

onspartei das Endziel Sozialismus als Hauptaufgabe begreifen. Ein Politikwechsel ist dem Kräfteverhältnis nach nur möglich, wenn die Linke sich an der Regierung beteiligt und dafür genügend Koalitionspartner findet. Auf Länderebene hat sie welche gefunden und wird weitere finden. Die Möglichkeit eines Politikwechsels bezieht sich aber hauptsächlich auf die Bundesebene. Der Streit, der sich darüber entzündet hat, ist m.E. unnützlich. Denn selbst wenn die Wähler zahlenmäßig die Möglichkeit dafür gäben, bleibt es inhaltlich eine Illusion, es sei denn, die Linke gibt sich in solchen Koalitionsverhandlungen nahezu selbst auf. Die Quittung von den Linkswählern würde auf dem Fuß folgen. Die SPD macht nun (auch unter dem Druck der Linkspartei) wieder etwas mehr auf sozial und gibt vor, sich vom Afghanistankrieg ein Stück weit zu distanzieren. Ein Ottmar Schreiner hat mit dem Segen der Parteizentrale wieder volle Säle. Das alles jedoch kann verbal bleiben, die SPD braucht es vorerst nicht zu beweisen. Die Erfahrungen der Wähler mit diesen Sozialdemokraten in der Regierung ist jedoch eine andere! Als Koalitionspartner müssten Grüne und SPD sich ändern, um Zugeständ-

nisse grundsätzlicher Art zu machen, was für lange Zeit ausgeschlossen erscheint. NATO und Kriegspolitik sind für beide Parteien nicht verhandelbar, die Herrschaft des Wirtschafts- und Finanzkapitals nicht antastbar. Da fragt man sich schon, was soll denn das ganze Theater. Es sei denn, die „Realpolitiker“ der Linken Ramelow, Bartsch, Höhn, Birke, Korte, Liebich, Brie usw., gingen mit ihrem Anpassungskurs aufs Ganze.

So bliebe der Linken nur die Regierungsbeteiligung auf Länderebene. Da gibt es zwei Richtungen, darüber wird noch heftig gestritten werden. Die Einen gieren nach Posten und Einfluss und wollen hier und heute etwas bewirken und das sehen auch viele Mitglieder so. Sie werden sich billig verkaufen – sie haben sich ja auch schon billig verkauft in den Koalitionen mit der SPD in Berlin, in Brandenburg, in Mecklenburg-Vorpommern und vor Jahren mit ihrer Tolerierungspolitik in Sachsen-Anhalt. Über den Berliner Sündenfall ist viel geschrieben worden. Daher nur ein paar Beispiele: Eine rosarote Koalitionsregierung privatisiert über 100.000 Wohnungen und sogar Krankenhäuser. Dem „Sachzwang“ folgend, schloss sie Schulen und andere Einrichtungen und strich sogar das Blindengeld. In Berlin gibt es nun Zehntausende 1-Euro-Jobber, usw. Aus dem Arbeitgeberverband trat die Stadt kurzerhand aus – Bahn frei für Dumpinglöhne.

Der Parteivorsitzende Lafontaine stellte klar: „Ich bin für Regierungsbeteiligung, wenn wir im Sinne unserer Programmatik die Politik verändern.“ Er stellte fest, er hätte in Brandenburg den Koalitionsvertrag nicht unterschrieben, weil die Haltehürden nicht eingehalten wurden: „Kein weiterer Sozialabbau, kein weiterer Personalabbau im Öffentlichen Dienst und keine weitere Privatisierung.“ Er sprach sich gegen den Verzicht auf Einfluss bei Bundesrat-Entscheidungen aus. Das Recht auf politischen Streik müsse erkämpft werden.

Auf kommunalpolitischer Ebene verfährt Die Linke mit Koalitionen längst pragmatisch. In Chemnitz, Zwickau, Magdeburg und Cottbus paktiert sie sogar mit der CDU. Es ist kein Zufall, dass die schärfste Kritik an den Verstaatlichungsplänen

des Programmwerfs (PE) aus den unbedingt nach Regierungsbeteiligung strebenden Landesverbänden kommt. Die Sucht nach Anerkennung und nach Gleichberechtigung wird in der Linkspartei immer stärker.

Die Noch- vorsitzenden Bisky und Lafontaine haben schon abgebremsst: „Der Kapitalismus ist nicht das Ende der Geschichte. Wir werden uns nicht den Wirtschaftsmächten unterwerfen.“ Doch die Systemfrage stellen auch sie nicht. Ihr Kampf gilt den Auswüchsen, dem „Raubtierkapitalismus“. Der Neoliberalismus soll bekämpft werden, die Krise mit



keynesianischer Wirtschaftspolitik. Lafontaine hatte vier „Kernforderungen“ herausgestellt, die richtig sind, die aber auch durchaus ein Sozialdemokrat in der Opposition unterschreiben könnte: Hartz IV abwählen, Mindestlohn jetzt, gegen die Rente ab 67, Raus aus Afghanistan. Zusätzliche Punkte sind z.B. die 30-Stunden-Woche, das unbegrenzte Streikrecht, die Millionärssteuer, die Verstaatlichung von Großbanken und Energieunternehmen. Wie man das erreichen will, auch die „Mitarbeitergesellschaft“, ist nur vage angesprochen: durch demokratische Wahlen... So ist es kein Wunder, dass der Klassenkampf und die Rolle des Staates, die Herrschaftsstruktur des Kapitals außen vor bleiben, auch im PE. Imperialismus und Repression im Inneren werden wohl benannt, doch in ihrer Bedeutung verkannt. Die wahren Herrscher, das Industrie- und Finanzkapital, wird sicherlich nicht friedlich zusehen, wie die neuen Eigentumsformen der Linkspartei, unter denen das Privateigentum „nicht mehr die Dominanz“ habe, durchgesetzt werden. Früher hieß das „Aufstand“, heute heißt es „Abwahl“ (!) wird in Verkennung aller geschichtlichen Erfahrungen und aktuellen Geschehnisse verkündet.

Im PE sind die neuen Eigentumsformen vage angegeben als genossenschaftlich, kommunal und staatlich. Dass allein der erfolgreiche Klassenkampf als revolutionärer Akt die Vergesellschaftung der Produktionsmittel durchsetzen kann und dass dies Ziel und Aufgabe einer sozialistischen Partei sein müsste – danach sucht man vergebens.

Der PE ist „linker“ geworden, als viele befürchteten. Und er erkennt auch die ökologischen Gefahren eines Weiterwurstelns. Manche Mitglieder haben sich schon zum Entwurf geäußert, u.a. Anton Latzo, Eckehard Lieberam, Jochen Traut. Sie nennen einige wichtige Thesen, die noch zu behandeln wären:

- Die Klassenstruktur unserer Gesellschaft.
- Der Zustand des subjektiven Faktors.
- Die Stabilität der gegenwärtigen Herrschaftskonstellation zu Gunsten des Kapitals.
- Das Verhältnis von außerparlamentarischem gegenüber dem parlamentarischen Kampf.
- Der Stellenwert der Machtfrage in einem Übergangsprogramm zu einer neuen Gesellschaft des demokratischen Sozialismus über die Demokratisierung der Wirtschaft hinaus.
- Der Charakter bzw. die „verborgene Grundlage“ der gegenwärtigen Großkrise des Kapitalismus als Krise des Systems.
- Die wohl allzu positive Einschätzung der EU und ihrer Politik angesichts der Militarisierung und neoliberalen Ausrichtung dieser Organisation.

Sie sprechen von jenen in der Partei, denen der PE zu weit links ist, „Stellenweise zu wenig lebensnah“: „Es wird nicht leicht sein, sie daran zu hindern, dem Entwurf die radikaldemokratische Schärfe zu nehmen. Noch ungleich kniffliger aber ist die Aufgabe (wenn denn der Entwurf in seiner Grundausrichtung zum Programm wird), aus einer Partei, deren ‚BerufspolitikerInnen‘ zum Teil bereits ihren Frieden mit dem gesellschaftlichen status quo gemacht haben, eine sozialistische Kampfpartei auf dem Niveau eines solchen Kampfprogramms zu machen.“

In dem PE werden die Kampfeinsätze der Bundeswehr entschieden abgelehnt. Es scheint jedoch, als

würden Gregor Gysi und der zuständige Bundestagsabgeordnete Schäfer in der Frage von Auslandseinsätzen schwankend werden. Doch die Debatte um den Programmentwurf hat erst begonnen. Es bleibt abzuwarten, welche Kräfte sich letztendlich durchsetzen.

Die Gründer der Partei Die Linke wollten 2007 „Barrikaden gegen die neoliberale Offensive“ errichten. Die Partei sollte „zum Zentrum von Gegenwehr“ werden, zum parlamentarischen Arm der außerparlamentarischen Opposition. Dort, wo die Partei mitregiert, ist nichts daraus geworden. Sie ließ sich einbinden in die angeblichen Gesetzmäßigkeiten des Neoliberalismus und in die eines krisengeschüttelten Kapitalismus. Der parlamentarische Kretinismus macht sich breit. Andererseits wird der Anpassungskurs durch die gegenläufige allgemein-politische Entwicklung gebremst werden, stehen wir doch mitten in der zweiten Finanzkrise, die zur Krise der EU sich auszuweiten droht. Dazu rückt der Zahltag für die Wirtschaftskrise I immer näher. Die Werktätigen werden sich wehren, die Verhältnisse noch instabiler werden. Eine Linkspartei, die darauf nicht reagiert, macht sich wieder überflüssig. Ausgeschlossen ist auch nicht eine politische Zuspitzung, welche die Partei radikalisiert. Eine marxistische Partei wird daraus nicht. Ihr Vorhandensein ist auch kein „erneuter Start zu einer sozialistischen Umgestaltung“, wie kürzlich der trotzkistische „Funke“ meinte.

Hans Modrow, einst SED-Bezirksleiter und späterer DDR-Ministerpräsident, hob kürzlich hervor, dass die deutsche Linkspartei in Europa einmalig sei. Wenn man Vergleiche zieht mit den politischen Zuständen in europäischen Ländern, die vor dem Zusammenbruch des Realsozialismus eine kämpferische Arbeiterbewegung und eine militante Kommunistische Partei hatten, muss man ihm zustimmen. Was sich in Italien abspielt, ist erschütternd; aber auch in Spanien, Frankreich, Österreich usw. schaut es schlecht aus. Und wer hätte in Deutschland vor 15 Jahren vorausgesagt, dass eine linke Partei sich erfolgreich entwickeln könnte? Dass über die Rosa-Luxemburg-Stiftung breite Aufklärung im sozialistischen Sinn betrieben werden kann? Dass

die Gewerkschaften zumindest wieder einen Arm im Parlament haben, auch die Friedensbewegung? Wenn Die Linke die außerparlamentarische Opposition nicht ausreichend stützen und aktivieren kann, liegt das nicht nur an ihr, sondern am mangelnden Klassenbewusstsein der Massen.

Die Verantwortlichen der Rosa-Luxemburg-Stiftung haben sich kürzlich einen Fauxpas geleistet, der jedem Begriff von Meinungsfreiheit ins Gesicht schlägt, als sie die Veranstaltung mit Norman Finkelstein über die verheerende rechtsradikale Politik der israelischen Regierung



durch Verbot auffliegen ließen. Das war glatte Zensur und eine Schande für die Linkspartei.

Der politische Charakter der Linkspartei ist zwiespältig. Einerseits hält sie progressives Denken und Handeln aufrecht, tritt in der Regel für die sozialen Belange der Massen ein, ist sie die einzige Anti-Kriegspartei im Lande. Als Partei kann sie die gesellschaftlichen Missstände anprangern oder zumindest manche zur Sprache bringen, was nicht wäre, wenn es sie nicht gäbe. Sie kann auch manches ändern oder abmildern, da sie allein in ihrer Funktion als Wahlkonkurrenz Druck auf andere Parteien, vor allem auf die SPD, ausübt. Andererseits trägt auch Die Linke dazu bei, die tatsächliche Lage zu verschleiern und lenkt

die Massen von den wahren Gründen ab und verschweigt den einzigen Ausweg, der aus dem Irrsinn von Konjunktur-Krise-Krieg führt: den Sozialismus. Wer nur die Auswüchse des Kapitalismus bekämpft, verhindert die Erkenntnis, dass die Wurzel des Übels das System selbst ist, das beseitigt werden muss.

Wer die wirkliche Rolle des bürgerlichen Staates als ideeller Gesamtkapitalist verschweigt und unterschlägt, dass dieser Staat die Klassenherrschaft mit allen Mitteln, auch mit Gewalt, versuchen wird, durchzusetzen, der züchtet die Illusion des Stimmzettels. Der schlägt den Massen die einzige Waffe aus der Hand, alles von Grund auf zu ändern: das Mittel des Klassenkampfes. Insofern trägt die Linkspartei zu Verwirrung und Zwietracht bei.

Mag das unter den heutigen unreifen Verhältnissen noch nicht so relevant sein, bei der Zunahme stärkerer Bewegungen würden die Gegensätze zu den revolutionären Positionen relevant. Ein gewisses Konkurrenzverhältnis zu den verbliebenen kommunistischen Kleingruppen besteht darin, dass die Linkspartei Kräfte von ihnen abgezogen hat, die dort nun fühlbar fehlen.

Es geht nicht um jene, die halb resignierend inaktiv geworden waren und bei der Linkspartei reaktiviert worden waren. Doch die an sich schon schrumpfenden marxistischen Kleingruppen, aber auch die DKP, haben Mitstreiter verloren, die sie im Rahmen der eigenen Organisation dringend weiter gebraucht hätten. Da wir überzeugt sind, dass das Weiterbestehen marxistischer Kader notwendig ist, damit der revolutionäre Funke nicht erlischt und die Entstehung von Klassenbewusstsein entsprechender Förderung bedarf, brauchen wir jede Genossin und jeden Genossen selbst. Das verbindet sich mit der Aufgabe, in der Partei Die Linke noch vorhandene marxistische Kreise zu stärken und nach Möglichkeit für uns zu gewinnen. Wir hatten bisher die Linkspartei bei Wahlen und ihren Aktivitäten immer kritisch unterstützt und werden das auch weiterhin tun. An unserem alten kommunistischen Selbstverständnis brauchen wir nichts zu ändern, das bestätigen die Ereignisse dieser Tage eindringlich.

Der demokratische Sozialismus – eine Worthülse?

Anmerkungen zum Programmentwurf der Partei DIE LINKE



Es ist meine Pflicht“, schrieb Marx im Mai 1875 an Bracke, „ein nach meiner Überzeugung durchaus verwerfliches und die Partei demoralisierendes Programm (gemeint ist das Gothaer Programm der SPD, G.A.) auch nicht durch diplomatisches Stillschweigen anzuerkennen. Jeder Schritt wirklicher Bewegung“, fuhr er fort, „ist wichtiger als ein Dutzend Programme.“ (Marx/Engels, Ausgewählte Briefe)

Ein linkes Programm ist an die gesellschaftliche Bewegung anzubinden und nicht umgekehrt. Des weiteren hat es die soziale, wirtschaftliche und politische Realität wie das herrschende Bewusstsein mindestens in Umrissen zu benennen. Ein gewisses Maß an theoretischer Triftigkeit sollte es nicht vermissen lassen. Schließlich ist anzugeben, an welchen Bruchstellen linke Aktivitäten greifen können und über die Verteidigung des Istzustandes bzw. Sozialreform in die sozialistische Richtung weisen. Die den Programmentwurf durchaus markierenden antikapitalistischen Aussagen bleiben dabei stehen.

Die Autoren machen sich leider nicht die Mühe, die obwaltenden Bedingungen zu skizzieren. Dabei ist das für jeden Ansatz linker Politik unverzichtbar. Für die BRD und weithin die westliche Welt muss gelten, dass das Kapital im wesentlichen unangefochten im Sattel sitzt und die Lohnarbeiter sowie andere abhängige Schichten sich damit wohl oder übel arrangieren. Trotz allen Murrens und gelegentlich aufflackernden Widerstands haben sie ein entpolitisiertes Bewusstsein. Die Arbeiterklasse an sich ist meilenweit davon entfernt, zur Klasse für sich zu werden. Sie weiß sehr wohl, dass sie im historischen und internationalen Vergleich trotz aller Unbill relativ gut da steht, hat insofern mehr zu verlieren als ihre Ketten. Eine nach vorn drängende Bewegung in ihr ist nur in einer Minderheit auszumachen. Was sich sonst in der Gesellschaft umtut, ist um „single point-

issues“ gruppiert, von wenigen Ausnahmen wie Attac und eben DIE LINKE abgesehen. Der Programmentwurf nimmt nicht einmal das wenige, was ihm der gesellschaftliche Prozeß zuspießt, auf und flüchtet daher in die Ausmalung idealer Zustände, der jede/r Linke und sogar Linkliberale zustimmen kann. Mehr noch, er versucht, den hochgemuten Schein der bürgerlichen Gesellschaft gegen sie zu wenden – vermutlich in der Hoffnung, dass dies der Köder sei, an dem sich die Fische festbeissen.

Ich möchte Revue passieren lassen, wie schwachbrüstig die theoretisch-politische Grundlage ist, auf die sich der Programmentwurf stützt. Er bezieht sich weit weniger auf Marx als auf die französischen Sozialisten des 18. Jh.s, Wilhelm Weitling, Rudolf Hilferding und Viktor Agartz. Das ist keine Geschmacksfrage, sondern eine des Tiefgangs. So werden weder der Staat als politische Formation noch sein Verhältnis zur Ökonomie in den Blick genommen. Die Machtfrage, vor der früher oder später jede sozialistische Bewegung steht, wird mit Begriffen wie „Zurückdrängung“ oder „Überwindung“ der Kapitalherrschaft mehr vernebelt als geklärt. Überhaupt ist im Programmentwurf das Politische in der Dialektik von Unterdrückung und Befreiung unterbelichtet, wie auch zentrale Fragen etwa des brisanten Verhältnisses von Individuum und Kollektiv gar nicht erst auftauchen.

Die kleinen und doch wichtigen Differenzen: Erster Durchgang

Schon auf S. 3 heißt es: „Die ungebändigte Freiheit der Finanzhaie bedeutet Unfreiheit für die Mehrheit der Menschen“ – ein sprachlich und sachlich hinkender Satz. Der Verdacht drängt sich auf und wird im folgenden mehrfach bestätigt, dass es nicht um die gewöhnliche und alltägliche Ausbeutung im Kapitalismus geht, sondern um seine

neoliberalen „Auswüchse“, die es zu bekämpfen gelte. Diese verschärfen die Lage der abhängig Erwerbstätigen, wohl wahr, aber jene geht darin nicht auf. So bleibt auch die postulierte „nachhaltige Entwicklung anstelle profitorientierten Wachstums“ trotz aller Wortkaskaden merkwürdig blass. Der nachfolgenden Auflistung der Ziele der LINKEN kann man ohne weiteres zustimmen, Wichtiges und Richtiges ist darin angepeilt. Das gilt auch für den historischen Abschnitt. Ob es allerdings die Friedensbewegung war, welche die Blockkonfrontation des Kalten Krieges aufweichte, ist wohl doch etwas hochgehängt. Die Zeilen über den Sozialismus in der SU und DDR eiern um die historischen Bedingungen, unter denen er belastet und gewagt war, herum. Was als Lehre und Substanz dieser Erfahrungen anzusehen ist, wird nicht gesagt. Stattdessen wird „eine Gesellschaft im Einklang mit der Natur, die sich auf Freiheit und Gleichheit gründet, eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung“ in den Himmel sozialistischer Träume gehängt. (S. 5)

In den Ausführungen zur Wirtschaftskrise kriegen Finanzkapital und Neoliberalismus ihr Fett ab. Es stimmt, dass sich das anlagesuchende Kapital vermehrt in die Finanzmärkte wirft und damit ein dramatisches Übergewicht gegenüber dem realwirtschaftlichen Kapital erhält. „Nicht jede Vermehrung des leihbaren Geldkapitals zeigt wirkliche Kapitalakkumulation oder Erweiterung des Reproduktionsprozesses an.“ (Marx, Kapital III,502). Seine anscheinend selbsttätige Bewegung ist nur möglich und nötig, weil das Kapital in seiner ständigen Vergrößerung an die Grenze der zahlungsfähigen Nachfrage stößt und somit in die Krise samt den bekannten Folgen gerät, die vom spekulativen Kapital und seinen hochgeschraubten Renditeerwartungen ausgelöst und verschärft, aber nicht hergestellt wird. Es ist daher auch nicht der Neoliberalismus, der eine „Krise der Zivilisation“ (S. 7) bewirkt; vielmehr be-

gleitet diese den Kapitalismus von Anbeginn. „Die Staaten und die Weltgesellschaft bleiben Geisel der Vermögensbesitzer und Spekulanten“ (S. 7) – das waren sie allerdings auch schon vorher im „normalen“ industriellen Kapitalismus und werden es auch im postmodernen sein, wenn ihnen nicht gegen das gewöhnliche und spekulative Kapital aufgeholfen wird. Das trifft ebenfalls auf die kapitalistische Inwertsetzung natürlicher Ressourcen zu, die sich „Monsieur le Capital“ von „Madame la Terre“ aneignet. Nach dem Programmentwurf ist es übrigens die ökologische Malaise, welche die „Systemfrage“ (S.8) stellt, nicht etwa die Destruktivität des Kapitalismus als Produktionsform überhaupt. Es ist daher auch kein Zufall, dass die entfremdeten und teilweise elenden Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung im Visier der demokratischen Sozialisten gar nicht erst auftauchen.

Diese benennen ihre Vorstellungen vom 21. Jh., die um die „Veränderung der Eigentumsverhältnisse“ und „eine radikale Erneuerung der Demokratie“ (S.9) kreisen. Ich muß und will es mir hier ersparen, auf die Vorschläge im einzelnen einzugehen. Ihre Realisierung „wird von vielen kleinen und großen Reformschritten, von Brüchen und Umwälzungen von revolutionärer Tiefe gekennzeichnet.“ Das hätte man schon gern etwas genauer gewusst! Im folgenden (S. 10-17) wimmelt es nur von floskelhaften Schlagworten, deren beliebteste „demokratisch“, „öffentlich“ und „gerecht“ sind, ohne dass auch nur einmal ausgeführt wird, was das inhaltlich bedeutet und wie es vor sich geht. Diese Wunschliste kann im Grunde jede/r Progressive unterschreiben, ohne dass er damit schlauer wäre.

Merkwürdigerweise erscheint nicht einmal in Ansätzen eines der zentralen Probleme des zeitgenössischen und wahrscheinlich zukünftigen Kapitalismus, die der Programmentwurf entweder ausblendet oder bieder arbeitsorientiert beantwortet. Das ist erstens das „Recht auf Faulheit“ (Lafargue gegen Marx) oder, vornehmer ausgedrückt, das Recht auf Muße und selbstbestimmte Tätigkeit. Das ist zweitens die vermutlich nicht umkehrbare Entwicklung, dass im hochproduktiven Kapitalismus eine relativ schrumpfende Erwerbsbevölkerung einen mindestens konstanten Anteil Erwerbsloser alimentiert. Darin zeigt sich nichts we-

niger als die strukturelle Krise der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. „In dem Maße aber, wie die große Industrie sich entwickelt, wird die Schöpfung des wirklichen Reichtums abhängig weniger von der Arbeitszeit und dem Quantum angewandter Arbeit, als von der Macht der Agentien, die während der Arbeitszeit in Bewegung gesetzt werden...und die selbst wieder in keinem Verhältnis steht zur unmittelbaren Arbeitszeit, die ihre Produktion kostet, sondern vielmehr abhängt vom allgemeinen Stand der Wissenschaft und dem Fortschritt der Technologie.“ (Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, 592) In beiden Momenten liegt ein systemsprengendes Potential.

Der letzte Abschnitt „Gemeinsam für einen Politikwechsel und eine bessere Gesellschaft“ (17f.) kann nach dem Gesagten keine großen Überraschungen mehr bergen. Man strebe „ein breites gesellschaftliches Bündnis gegen Neoliberalismus und Kapitalherrschaft“ an und trete „für eine linke demokratische, soziale, ökologische und friedliche Politik zur solidarischen Umgestaltung der Gesellschaft“ ein. Es ist unklar, an wen man damit wie anknüpfen will und bleibt schließlich an der „Entwicklung von langfristigen Reformalternativen“ hängen. Letztendlich geht es dem Programmentwurf genau darum: den Sozialstaat wieder zu gewinnen und auszubauen, ohne auch nur ein Wort darüber zu verlieren, dass er sich einer spezifischen historisch-politischen Konstellation verdankte, die sich heute in ihr Gegenteil verkehrt hat und nur – wenn überhaupt – mit einer gewaltigen Kraftanstrengung wieder herzustellen wäre. Der postulierte Druck außerparlamentarischer Bewegungen auf linke Parlamentarier ist allerdings nicht zu sehen. Diese agieren weitgehend allein im parlamentarischen Raum – und es ist noch gar nicht ausgemacht, dass er sie nicht schlucken wird. Das System, um Goethes „Faust“ zu zitieren, hat „einen großen Magen“, der auch bereits die Grünen verdaut. So bleibt letztendlich offen, was das heisst: „Gemeinsam können wir dieses Land verändern und eine bessere Gesellschaft aufbauen.“ (S. 18)

Postmoderne Jakobiner: Zweiter Durchgang

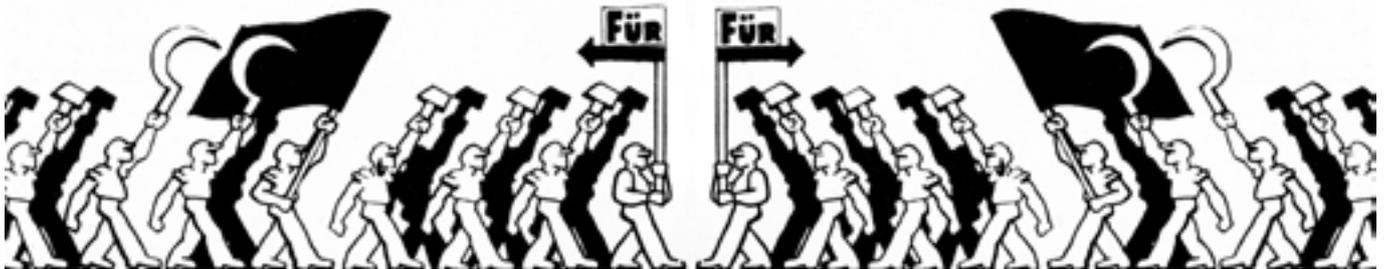
Wann hätten sich Kapitalismus und bürgerliche Demokratie je

durch ihren idealen Schein, wie ihn etwa Herr Köhler verbreitet, von ihren alltäglichen und strategischen Interessen abhalten lassen? Sie akzeptieren ihn, so lange er ihre Kreise nicht stört und ihnen obendrein höhere Weihen verleiht. Wenn sich allerdings ökonomische und politische Krisen auch nur am Horizont abzeichnen, können sie sehr ungemütlich werden, wie ihre Geschichte und heutige Politik weidlich beweist. Gleichwohl ist es richtig, an den hehren Postulaten des Grundgesetzes fest zu halten, obgleich diese (vgl. Verbot des Angriffskriegs und das Asylrecht) immer wieder durchlöchert werden. Es liegt in dieser Konfrontation durchaus ein systemüberschreitendes Moment, wie Rosa Luxemburg betonte: Denn eine wirkliche soziale Demokratie ist nur im Sozialismus möglich und muss erkämpft werden. Das Grundgesetz wie bürgerliche Verfassungen überhaupt ist daher bloß Ausgangs-, nicht Endpunkt der sozialistischen politischen Bewegung.

Wohin es führt, wenn man die Idee einer Sache für die Wirklichkeit hält, lässt sich in der Geschichte besichtigen. Die französischen radikalen Republikaner – Sansculottes oder Jakobiner – gedachten, die Losungen der Revolution kompromisslos durchzusetzen. Sie endeten im egalistischen Terror und schließlich in den Putschplänen Babeufs. Die Produktionsverhältnisse waren ihnen nicht im Blick. Diese betraten dann in Gestalt der bonapartistischen Bourgeoisie die Bühne. Ähnliches gilt für die mexikanische Revolution oder den Februarumsturz 1917 in Russland. Es ist noch gar nicht ausgemacht, wohin der Hase der LINKEN läuft. Entweder will er sich nur an den Futterrüben des wie immer gewandelten herrschenden politischen Systems gütlich tun, oder er wagt sich ins Freie des sozialistischen Aufbruchs, wie das Andrej Platonov für die frühe Sowjetunion meisterhaft beschrieb. Der ist freilich voller Wagnisse und Untiefen. Wer indes als Sozialist die kapitalistische Produktions-, Konsum- und Legitimationsmaschine unterschätzt und mit einem Salto im vorgestellten Wunschland landen will, den bestraft das Leben.

Gerhard Armanski

Alternative BR-Listen – die richtige Taktik?



Die Betriebsratswahlen 2010 sind Ende Mai abgeschlossen worden. Insgesamt verliefen sie für die DGB-Gewerkschaften erfolgreich. So meldet die IG Metall als größte Einzelgewerkschaft, dass nach Auswertung von einem Drittel der Ergebnisse (1,2 Millionen Beschäftigte in 3.765 Betrieben), der Trend klar nach oben zeigt. Die Wahlbeteiligung ist gegenüber dem Jahr 2006 von rund 72 Prozent auf 73,8 Prozent gestiegen und auch die Zahl der gewählten Metaller hat sich um 7,5 Prozent auf 80,7 Prozent der Mandate erhöht. Weiter wird gemeldet, gegnerische Listen hätten verloren, die CGM kommt auf gerade 0,4 Prozent Betriebsratsmitglieder.

Ein Zwischenergebnis also, das zeigt, dass die Politik der Gewerkschaft und der Betriebsräte, die ihr angehören, weitgehend akzeptiert wird. Das ist durchaus beachtlich und nicht selbstverständlich. Gerade die Metall- und Elektroindustrie wird von der Wirtschaftskrise mit am stärksten gebeutelt, mit der Folge, dass bei jenen Beschäftigten, die bislang noch nicht entlassen worden sind, sich die Einkommens- und Arbeitsbedingungen zum Teil beträchtlich verschlechtern haben. An den vielen Vereinbarungen, die in den Betrieben von den Betriebsräten zum angeblichen Erhalt der Arbeitsplätze getroffen wurden, hat oft die IG Metall aktiv, manchmal auch gezwungenermaßen, mitgewirkt. Damit wurden zwar Arbeitsplätze vorerst erhalten, aber immer sind diese „Bündnisse für Arbeit“ mit materiellen Einbußen für die Beschäftigten verbunden. Trotzdem kam es bei den Betriebsratswahlen nicht zu einer umfassenden Abstrafung der IG Metall. Das gibt einen tiefen Ein-

blick in die Bewußtseins- und Stimmungslage der abhängig Beschäftigten. Offensichtlich sehen sie im Augenblick keine Alternative zur meist erzwungenen Verzichtspolitik durch das Kapital und sie sehen im Moment auch keine Alternative zum kapitalistischen Chaos. Die Angst vor dem Arbeitsplatzverlust dominiert deshalb das Denken und Handeln der Werk-tätigen. Unterstrichen wird diese Einschätzung auch durch den Fakt, dass seit Beginn der Krise die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften in den Betrieben weitgehend stabil geblieben sind, trotz anderer Behauptungen.

Krisenmanager

In den Führungsetagen der Gewerkschaften ist man der Auffassung, dass auch diese Krise durch eine richtige Regierungspolitik überwunden werden kann. So schreibt Berthold Huber in der Juniausgabe der „metallzeitung“: „Jetzt ist entschlossene Politik gefragt“. Darunter versteht Huber die Rezepte, die auch von der Sozialdemokratie vertreten werden, wie beispielsweise das konsequente Vorgehen gegen Spekulanten, oder, dass die Reichen verstärkt zur Kasse gebeten werden und auch die Banken endlich angemessen an der Bewältigung der Krise beteiligt werden müssen.

Diesen „neuen Kurs“, hat Huber in einem Buch mit dem Titel „Kurswechsel für Deutschland“ beschrieben. Er begründet das in der „metallzeitung“ so: „Die Marktradikalen und Neoliberalen machen einfach so weiter. Und ich bin entsetzt darüber, dass die Öffentlichkeit das so hinnimmt. Das war der Antrieb, weshalb ich dieses Buch geschrieben habe“. Huber ist also entsetzt und

glaubt, dass die „Öffentlichkeit“ nach der Verkündung seiner Weisheiten jetzt umschwenkt. Und er verspricht seiner Mitgliedschaft schließlich:

„Die IG Metall bleibt hartnäckig dran“. Wer jetzt aber glaubt, dass die Mitgliedschaft mobilisiert wird gegen die Abwälzung der Krise auf die Schultern der Werk-tätigen, der irrt. Darauf orientiert die IG Metall-Spitze mit ihrem Führungsduo Huber/Wetzel nicht. Ihre Orientierung ist nach wie vor die Kooperation mit der Bundesregierung statt der Mobilisierung der Mitgliedschaft. Gleichzeitig liebäugeln sie mit der Abwahl von Schwarz-Gelb, wobei sie die Lösung der Probleme in der Regierungsbeteiligung der Sozialdemokratie sehen. Ansonsten ist für Huber und Wetzel aktuell Krisenmanagement angesagt, von der Gewerkschaftsspitze bis in die Verwaltungsstellen und Betriebsratsgremien hinein; aber natürlich kein konfliktorisches! Das bedeutet in der Praxis die Intensivierung der Sozialpartnerschaft mit dem Kapital durch Co-Management und Zusammenarbeit. Nichts bleibt so mehr übrig von der einstigen Losung „Unternehmermacht braucht Gegenmacht“, unter der noch in den 70er und 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts sich Vertrauensleutekonferenzen und Gewerkschaftstage formierten.

Paradigmenwechsel

Natürlich kooperierten und mauschelten in den Betrieben die Betriebsratsfürsten schon immer mit dem Kapital. Das stieß unter den Beschäftigten während der langen Konjunkturphase des „Wirtschaftswunders“ jedoch auf wenig Kritik.

Fiel doch durch diese Politik immer auch etwas für sie ab. Nach dem Konjunkturreinbruch von 1968 aber und in der Folge der 68er-Bewegung kam es auch in den Gewerkschaften zu Veränderungen. Junge Vertrauensleute, nicht zuletzt durch die kapitalkritische Bildungsarbeit der IG Metall beeinflusst, hinterfragten kritischer die Rolle der eigenen Organisation und der Betriebsräte. Man kann in dem Zusammenhang durchaus von einer Demokratisierung der Gewerkschaften in jener Zeit sprechen, insbesondere bei der IG Metall. Dieser Prozess verlief allerdings nicht reibungslos. Vor allem in den Betrieben wurde das sichtbar. Oppositionelle Vertrauensleute, die gegen die sozialpartnerschaftliche Linie gingen, gab es in fast allen Großbetrieben und in nicht wenigen Fällen kam es bei den Betriebsratswahlen, dort, wo mit Verfahrenstricks die Opposition von der Wahlliste der IG Metall ferngehalten wurde, zu konkurrierenden Listen. Das Ganze endete dann in der Regel mit dem Ausschluss der Opposition aus der Gewerkschaft.

Mit der aktuellen Politik des „Krisenmanagement“ der IG Metall wird heute Co-Management und Sozialpartnerschaft auf allen Ebenen offiziell sanktioniert. Das Ganze erfolgt ohne Beschlusslage der Organisation. Es begründet sich alleine aus der Notwendigkeit heraus, die Krise mit möglichst wenig negativen Folgen für die Beschäftigten zu überwinden. Faktisch aber ist das ein Paradigmenwechsel in der Betriebspolitik der IG Metall. Nicht mehr der Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit steht im Vordergrund, sondern die Kooperation mit dem Kapital. Mit dieser Politik werden die Gegensätze im Betrieb und in der Gesellschaft verwischt. Die Beschäftigten verinnerlichen die Ziele der Kapitalisten als ihre eigenen und sind dadurch auch bereit, sich der Logik dieser Ziele zu beugen. Als Beispiel mögen hier die Vorgänge bei Opel dienen, wo der GBR-Vorsitzende Franz sich der Belegschaft und Öffentlichkeit als der bessere Unternehmens-Manager präsentiert, Kosteneinsparungen durch Verschlechterung der Einkommensbedingungen durchsetzt und die Beschäftigten ihre Akzeptanz dazu da-

durch zeigen, indem sie T-Shirts mit dem Slogan „Wir sind Opel“ tragen.

Von den Kapitalisten wird diese Veränderung der IG Metall natürlich gerne gesehen. Sie begrüßen das Einschwenken der IG Metall auf die Linie der inzwischen handzahmen IG BCE; entsprechend hofiert werden die führenden Leute im Apparat und in den Betrieben. Von der bürgerlichen Presse wird Berthold Huber als der vernünftige, nachdenkliche und verantwortliche Gewerkschaftschef präsentiert, der mit den Großen in



Bundesregierung und Wirtschaft gut kann. Und es darf dann auch einmal ein BR-Vorsitzender wie Uwe Hück von Porsche bei Anne Will im Fernsehen auftreten und seine Solidarität zu seinem geschäfteten Vorstandsvorsitzenden Wendelin Wedeking zum Ausdruck bringen.

Desillusioniert, frustriert und verärgert

Natürlich bleibt eine solche Politik nicht ohne Widerspruch. Mit der Entwicklung in den Betrieben kann sich unter den Beschäftigten keine Zufriedenheit entwickeln. Deshalb ist die in den Betriebsratswahlen gezeigte Akzeptanz zur Gewerkschafts- und Betriebsratspolitik eine brüchige Angelegenheit. Die Waiblinger Kreiszeitung berichtete Anfang des Jahres über eine Veranstaltung, in der Tom Adler, Gewerkschaftslinker und oppositionelles BR-Mitglied bei Daimler-Untertürkheim, über die Situation im Betrieb sprach. Adler sagte: „Die Stimmung ist von Wut geprägt. Desillusioniert, frustriert und verärgert. Das alte ‚Daimler-Bewusstsein‘, der einstige Stolz, ‚beim Daimler zu schaffen‘, ist längst dahin. Seit Schrempp und Zetsche gelten ‚die da oben‘ als Abzocker und Gangster“.

Diese Stimmungslage wird mit Sicherheit in ähnlicher Form in vielen Betrieben vorliegen. Deshalb muss es zwangsläufig dort, wo es eine Gewerkschaftslinker gibt, zu politischen Differenzen zwischen der sozialpartnerschaftlichen und der kämpferischen Linie kommen. In wie vielen Betrieben solche Differenzen ausgetragen wurden und werden, lässt sich nur schwer ermitteln. Sichtbar wurden sie allerdings dort, wo die betriebliche Opposition mit eigenen Listen zur Betriebsratswahl antrat.

Besonders in mehreren Betrieben des Daimlerkonzerns traten Metallarbeiter mit der Liste ALTERNATIVE konkurrierend gegen die Liste der IG Metall an und das mit mehr und weniger Erfolg. Besonders bei Daimler in Berlin Marienfelde führte die dortige ALTERNATIVE in der linken Szene zu heftigen Diskussionen und zu Schlagzeilen im Neuen Deutschland und in der Jungen Welt.

Der Konflikt in Marienfelde

Der Konflikt schwelte seit der Umsetzung des neuen Entgelt-Tarifvertrags (ERA) im Betrieb. Dieser Tarifvertrag bot den Kapitalisten überall dort, wo in den Zeiten der Hochkonjunktur bei den Eingruppierungen materielle Zugeständnisse gemacht worden sind, die Möglichkeit zu „legalen“ Abgruppierungen. Das geschah auch in Marienfelde ohne den engagierten Widerstand des Betriebsrats. Die Enttäuschung in der Belegschaft war so groß, dass es zu Protestaktionen unter der Führung der heutigen Gruppe ALTERNATIVE kam. In der Folgezeit kam es zu einer weiteren Verschlechterung der materiellen- und allgemeinen Arbeitsbedingungen. So hatte die BR-Mehrheit für die Zusage, dass ein bestimmtes Produktionsniveau gehalten wird, Sonnabendarbeit und weit reichende Flexibilisierung akzeptiert. Alles geschah in einem „betrieblichen Bündnis“ mit der Zielstellung der „Arbeitsplatzsicherung“. So schaukelten sich die Differenzen zwischen Teilen der Gewerkschaftslinken und der sozialpartnerschaftlich orientierten BR-Mehrheit hoch. Zu den politischen Differenzen gesellten sich noch persönliche Anfeindungen, so dass die

Gruppe um Mustafa Efe beschloss, mit einer Liste ALTERNATIVE gegen die IG Metall-Liste anzutreten.

Der Vorsitzende des Vertrauenskörpers, Detlef Fendt, Mitglied der DKP, wirft Mustafa Efe und seiner Gruppe Spalterpolitik vor. In der Berliner DKP-Parteizeitung „Anstoß“, die sich in vollem Umfang nicht hinter ihren Genossen Fendt, sondern hinter die Gruppe ALTERNATIVE stellt, nahm Fendt zu den Vorgängen in Marienfelde Stellung: *„Die Feststellung der ‚Alternativen‘ in einer ihrer Publikationen, dass die Listenwahl demokratischer sei, weil dadurch der oppositionelle Teil der Belegschaft sichtbar würde, ist doch geradezu hanebüchen. Es mag ja sein, dass man mit der Politik der BR-Mehrheit nicht einverstanden ist. Aber dann kann man als ‚linke Gruppe‘ auch koordiniert innerhalb der vorhandenen Interessenvertretung vorgehen. Es ist auch nicht verboten, wenn auch nicht besonders schön, einen eigenständigen Wahlkampf zu machen und sich als Person in den Betriebsversammlungen zu profilieren.“*

Fendt hatte konkret bis zuletzt der Gruppe angeboten, gemeinsam auf der Liste der IG Metall zu kandidieren, wobei in einem demokratischen Verfahren gemeinsam mit allen Vertrauensleuten die Listenplatzierung erfolgen sollte.

Das wurde von der Gruppe abgelehnt. Mit den unterschiedlichsten Argumenten versuchte sie, ihren Schritt vor allem in Richtung Belegschaft zu legitimieren. Das zum einen wohl wegen des Wissens, dass die KollegInnen in ihrer überwältigenden Mehrheit immer eine Personenwahl wollen und auf der anderen Seite, weil vor der Wahl nicht absehbar war, wie der Spaltervorwurf auf das Wahlverhalten der Belegschaft wirken würde. Deshalb wurde neben dem Argument, die *„Listenwahl wäre demokratischer“*, vorgebracht, dass *„in so einem großen Betrieb“* wie Daimler sich die einzelnen Mitglieder der Gruppe nicht profilieren könnten. Auch in seiner Klage im DKP-„Anstoß“ versucht Efe, sich in die Opferrolle zu bringen. Dort meint er: *„Es gehört ja zur üblichen Ausgrenzungspolitik der jetzigen Betriebsratsmehrheit und auch der Gewerkschaftsbürokratie, dass du, sobald du eine andere Linie vertrittst, ein Spalter bist“*. Das ist natürlich Quatsch. Der Vorwurf des Spal-

ters wurde erst erhoben, nachdem die eigene Betriebsratsliste auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Zuvor war es seiner Gruppe nicht verwehrt, sich mit eigenen Publikationen an die Belegschaft zu wenden. Dass das den Rechten in einem Betriebsrat nicht gefällt und sie versuchen, die Verfasser auszugrenzen, ist die logische Konsequenz. Aber darüber sollten Kommunisten und Sozialisten nicht jammern, da müssen sie einfach durch.

Auch das Argument des *„sich nicht profilieren Könnens“* ist nicht haltbar. Daimler in Berlin ist noch durchaus überschaubar. Bei einer solchen Betriebsgröße ist es jederzeit möglich, sich vor der Belegschaft zu profilieren. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass auch alle Kandidaten dazu in der Lage sind. Und das ist im vorliegenden Fall zu bezweifeln. Im „labournet“ kann man das Kandidatenblatt der Gruppe finden. Die Positionen, die dort vertreten werden, sind sehr indifferent und illusionär, zum Teil auch schlicht einfältig.

So hat die ALTERNATIVE ein Sammelsurium an Forderungen und Vorstellungen unterschiedlichster Art aufgestellt. Natürlich sind auch Dinge dabei, die realistisch sind, die sich mit den Positionen der IG Metall decken und die sich auch durch eine konsequente Betriebsratspolitik durchsetzen lassen. Es gibt in dem Wahlprogramm jedoch Forderungen die darauf schließen lassen, dass bei der Gruppe eine realistische Lage-Einschätzung nur bedingt vorhanden ist.

Unter dem Stichwort *„Schluss mit dem Verzicht“* will sie beispielsweise, dass bei Kurzarbeit der volle Lohn bezahlt wird. Auch soll die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn durchgesetzt werden. Das ist aber natürlich noch nicht alles. So soll in bestimmten Bereichen die Steinkühlerpause eingeführt werden (dabei handelt es sich um eine tägliche Arbeitszeitkürzung von 40 Minuten, die die IG Metall mit einem Streik in den 70er Jahren nur in einem einzigen Tarifgebiet, in Baden-Württemberg, durchsetzen konnte). Wenn die Gruppe Efe in ihrem Wahlprogramm solche unrealistischen Positionen vertritt, dann isoliert sie sich vom größten Teil der Belegschaft und hat damit keine Chance, die Mehrheit zu erringen. Die Durchsetzung dieser Forderungen, die zum Teil gar nicht in den Zuständigkeitsbereich der Be-

triebsräte fallen, hat aktuell keinerlei Chance, realisiert zu werden. Solche Forderungen im Zusammenhang mit einer BR-Wahl zu formulieren, kommt der Verdummung der KollegInnen gleich. Sie werden von ihnen mehrheitlich auch als eine solche aufgefasst.

Aber das scheint von der Gruppe so nicht wahrgenommen worden zu sein. Im „Anstoß“ nach dem Wahlziel der Gruppe gefragt, antwortet Efe:

„Unser Ziel ist die Betriebsratsmehrheit, aber mit einer starken Opposition wären wir auch zufrieden“.

Die Mehrheit im Betriebsrat war das Ziel. Die hätte aber nach Auffassung der ALTERNATIVE nur über eine Listenwahl, über die Polarisierung der Belegschaft, eine Chance gehabt. Eine Fehleinschätzung, wie das Wahlergebnis zeigt, die bei einer realistischen Analyse der Lage vermeidbar gewesen wäre. In dieser Fehleinschätzung liegt wohl das Motiv für die zweite Liste und nicht im demokratischen Schein.

Die Auswirkung der Wahl im Betrieb

Die ALTERNATIVE hat mit 25 Prozent der Stimmen im 21-köpfigen BR-Gremium 5 Sitze erhalten. Das sind zwei BR-Sitze mehr als zuvor. Der Preis dafür ist hoch. Inzwischen sind gewerkschaftliche Ordnungsverfahren eingeleitet worden und es wird Maßregelungen geben, wobei es allerdings unwahrscheinlich ist, dass es zum Ausschluss der Gruppe aus der IG Metall kommt. Der politische Schaden ist trotzdem groß. *„Die Stimmung im Betrieb ist aufgeheizt“*, konnte man im „Anstoß“ der Berliner DKP lesen. Das heißt, dass es zu einer hohen Polarisierung in der Belegschaft gekommen ist. In anderen Worten, die Belegschaft ist in mindestens zwei Lager gespalten. Dem solidarischen Handeln gegen das Kapital dient das nicht. Nützen wird die Situation, neben der Geschäftsführung, der sozialpartnerschaftlichen Mehrheit im Betriebsrat. Bei Daimler gibt es in Zukunft zwei Fraktionen. Das hat zur Folge, dass die (rechte) Betriebsratspitze von der IGM-Fraktion Fraktionsdisziplin verlangen wird. Mit Sicherheit wird nun die Minderheits-

fraktion weniger erreichen, als wenn sie mit 5 Kollegen (was sicherlich geschehen wäre) über eine gemeinsame Liste in den BR gekommen wäre. Jetzt wird wahrscheinlich alles – und sei es noch so sinnvoll – abgeblockt, nur weil es von der oppositionellen Fraktion kommt.

Die ALTERNATIVE wird in Zukunft mehr isoliert sein als je zuvor und sie hat sich somit mit ihrem Vorgehen einen Bärendienst erwiesen. Sie schadet damit nicht nur sich, sondern auch denen, die in der Mehrheitsgruppe für eine fortschrittliche und kämpferische Politik stehen. Von den Rechten in der BR-Mehrheit wird jetzt noch mehr als zuvor jede geäußerte Meinung darauf abgeklopft, ob sie freundlich oder feindlich ist. Das führt in der Mehrheitsfraktion mit Sicherheit zur Disziplinierung derjenigen, die ebenfalls eine andere Politik wollen.

Haltung der politischen Linken

Unverständlich ist der Gleichschritt, mit dem linke Organisationen und die Berliner DKP die Auseinandersetzung bei Daimler Marienfelde begleiten. Fast unisono wird in Publikationen mehr oder weniger alles, was als organisierte Opposition zur Gewerkschaftsbürokratie steht, begrüßt. Von einigen wird darin der Aufbruch in eine neue Phase des Klassenkampfes gesehen. Und es wird wenig differenziert und noch weniger die konkrete Lage analysiert. Zum Beispiel finden selten Einschätzungen zum Zustand der Klasse statt, die, auch in Marienfelde, das haben die Wahlen gezeigt, den sozialpartnerschaftlichen Kurs der Betriebsratsmehrheit akzeptiert, wenn nicht sogar unterstützt. Gerade deshalb dürfen sich klassenbewußte Kräfte nicht selbst isolieren. Sie müssen, wenn sie das Bewußtsein der Werktätigen beeinflussen wollen, sich in den Gewerkschaften bewegen und nicht außerhalb. Dort müssen sie Einfluss gewinnen. Die ALTERNATIVE wird aus eigener Kraft bei Daimler nichts verändern. Das hat in der Weimarer Zeit die RGO versucht, aber nicht geschafft. Zumindest kommunistische Organisationen müßten das inzwischen begriffen haben.

Auseinandersetzung in der DKP

Inzwischen hat die Auseinandersetzung bei Daimler einen Streit innerhalb der DKP ausgelöst. Die Berliner Landespartei unterstützt die ALTERNATIVE, während der Parteivorstand sich hinter die Position von Detlef Fendt stellt. So schreibt die „Junge Welt“: „Der DKP-Parteivorstand bezeichnete die Kandidatur ‚sich als kämpferisch verstehender Gewerkschafter auf eigenen Listen, gegen die von Gewerkschaftsgliederungen demokratisch aufgestellten Listen‘ in einer Stellungnahme am Donnerstag als ‚schädlich‘“.

Unter der Überschrift: „Konkrete Analyse der konkreten Situation“ legt



der Vorsitzende der Berliner DKP, Rainer Perschewski, seine gewerkschaftspolitische Position dar. Das Hauptproblem sieht er in der Sozialpartnerschaft der Betriebsratsfürsten, die dafür sorgen, dass fortschrittliche und vorwärts drängende KollegInnen isoliert werden. In der betrieblichen Praxis bedeutet dies, dass die Bewältigung der täglichen Kleinarbeit im Vordergrund steht und der Blick „über den Tellerrand hinaus“ nicht mehr vorhanden ist. Die Folge daraus wiederum ist, dass es zu einer Trennung von ökonomischem und politischem Kampf kommt und damit zu einer Einengung und Schwächung der Gewerkschaftsbewegung. Den wesentlichen Problemen wie Arbeitszeiten könne man aus diesen Gründen auf betrieblicher Ebene schlecht beikommen, zumal die Flächentarifverträge immer mehr unterhöhlt würden. Deshalb wäre das adäquate Kampffeld letztlich die politische Ebene und man müsse den Generalstreik als strategisches Ziel im Auge behalten. Und Perschewski schlussfolgert, dass mit der Verschärfung des

Klassenkampfes von oben sich auch die innere Spaltung der Gewerkschaften und die Auseinandersetzung um den „richtigen“ Kurs verschärft hätten. Alternative gewerkschaftliche Listen wären nur eine Reaktion darauf. Und an anderer Stelle meint er in dem Zusammenhang: „Wenn sich Widerspruch oder Widerstand (in der Form) gegen die sozialpartnerschaftlichen Methoden der Interessenvertretung regt, so sehe ich das positiv“.

Sicher kann man dem Text in vielen Punkten zustimmen, aber um eine „konkrete Analyse der konkreten Situation“ handelt es sich dabei nicht. Perschewskis – nicht formulierte – verkürzte Schlussfolgerung ist: von innen ist die kämpferische Tendenz wegen der Übermacht der Bürokratie im Apparat und in den Betrieben nicht durchsetzbar, weshalb alternative gewerkschaftliche Listen eine positive Entwicklung sind.

Solche Überlegungen bewegen sich in Richtung RGO. Ganz sicher aber bewegen sie sich auf dem Feld der These 37, mit der sich die KPD 1951 selbst aus wichtigen gewerkschaftlichen Funktionen und aus den Betrieben hinauskatapultierte. Es wird deshalb interessant sein, wie die Partei im Herbst auf ihrem Parteitag mit dieser Position umgeht.

Hätte Perschewski die konkrete Situation wirklich konkret analysiert, dann wäre ihm aufgefallen, dass es eine kämpferische Gewerkschaftslinker auch innerhalb der IG Metall gibt und dass der innergewerkschaftliche Zustand doch etwas komplizierter ist, als es ihm die eigene Schwarz-Weiß-Malerei vorgaukelt. Gerade in Berlin wurden in den vergangenen Jahren vorbildliche Auseinandersetzungen mit dem Kapital geführt. Es hätte sich für Perschewski die Frage stellen müssen, warum diese Klassenkämpfe möglich waren und in der Form so geführt werden konnten. Er hätte untersuchen müssen, worin die Ursache liegt, dass in manchen Betrieben Kämpfe geführt werden und in anderen nicht, so z. B. bei Qimonda in Dresden, wo ohne Widerstand mehr als 1.500 Arbeitsplätze sang- und klanglos über die Elbe gingen. Hätte er das getan, hätte er konkret festgestellt, dass es in den Betrieben nicht wenige KollegInnen und auch GenossInnen linker Organisationen gibt, die

in gewerkschaftlichen Funktionen Tag für Tag antikapitalistische Politik betreiben und die Mühen der Ebenen nicht scheuen. Sie sind es, die solche Auseinandersetzungen möglich machen, weil sie die Widersprüche, die sich aus dem Klassegegensatz ergeben, aufgreifen und die Belegschaften dadurch zum kollektiven Handeln gegen den Kapitalisten bringen. Es stimmt also so nicht, dass die sozialpartnerschaftlichen Betriebsratsführten aufgrund ihrer Machtposition jede positive Entwicklung zu einer kämpferischen Gewerkschaftspolitik blockieren können.

Es stellt sich auch die Frage, wer denn die Grundrichtung der Gewerkschaftspolitik ändern kann. Eine alternative Liste etwa, die nach der Wahl, selbst wenn sie nicht aus der IG Metall ausgeschlossen ist, so aber doch weitgehend ausgegrenzt und isoliert ist? Das kann Perschewski ja wohl selbst nicht glauben! Perspektivisch können das doch nur kritische und aktive Gewerkschaftslinken aus den Betrieben heraus sein. Voraussetzung dafür aber ist, dass sie in der Gewerkschaft arbeiten und nicht außerhalb und dass sie stärker werden und nicht, zum Beispiel durch die Spaltung der Belegschaft, schwächer.

Schlag nach bei Lenin

Die Versuchung, in den Linksradikalismus abzugleiten, ist in der kommunistischen Bewegung groß. Das belegen die historischen Beispiele. Die Konsequenzen aus diesem taktischen Fehler sind gewaltig. So war die RGO-Politik der KPD in der Weimarer Zeit, neben der Sozialfaschismustheorie, aus der sie resultierte, maßgeblich dafür verantwortlich, dass es nicht zur Einheitsfrontpolitik gegen den Faschismus kam. In der berüchtigten These 37, beschlossen auf dem Parteitag 1951, wurde die rechte Gewerkschaftsführung in einer Weise kritisiert, dass es dieser möglich war, die Gewerkschaften auf allen Ebenen „kommunistenfrei“ zu machen. Dass das die Folge einer falschen Taktik war, hätten alle in der Partei wissen müssen. Lenin ist in seiner Schrift *Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus* (daraus stammen die folgenden Zitate) bereits im Jahre 1920 auf das Problem eingegangen. Er

meint zu der Frage „Sollen Revolutionäre in den reaktionären Gewerkschaften arbeiten?“. *„Die deutschen ‚Linken‘ betrachten es für sich entschieden, daß diese Frage unbedingt verneinend zu beantworten ist. ... Wie sehr die deutschen ‚Linken‘ aber auch überzeugt sein mögen, daß diese Taktik revolutionär sei, in Wirklichkeit ist sie grundfalsch und enthält nichts als hohle Phrasen“.*

Lenin betont, dass man unbedingt dort arbeiten muss. *„...wo die Massen sind. ... Und die Gewerkschaften...sind aber gerade Organisationen, die Massen erfassen“.* Und für die heutige Zeit ist anzumerken: die Einzigen! Nun sagen die KollegInnen der alternativen Listen, dass sie natürlich für



die Einheitsgewerkschaft sind, dass sie mit ihrer Liste ja nicht, wie im Fall der ALTERNATIVE in Berlin, gegen die IG Metall sind, dass sie im Gegenteil für eine bessere Politik der Gewerkschaft im Betrieb stehen, *„für eine kämpferische Betriebsrats- und Gewerkschaftsarbeit“.* Das mag ja sicher auch die subjektive Meinung in der Gruppe sein. Wenn man aber weiß, dass in Berlin die Initiierung einer zur IG Metall konkurrierenden Liste zumindest ein Funktionsverbot, wenn nicht sogar den Gewerkschaftsausschluss zur Folge hat und diesen Weg trotzdem geht, verhält man sich den KollegInnen gegenüber unverantwortlich.

Im Daimler-Konzern beziehen sich die alternativen Gruppen gerne auf die Plakat-Gruppe um die Kollegen Hoss, Mühleisen und D'Andrea. In den 1970er Jahren sind diese bei Daimler in Stuttgart-Untertürkheim mit einer eigenen Liste gegen die Liste der IG Metall angetreten, nachdem sie zuvor vergeblich versucht hatten, auf die Liste der IG Metall zu kommen. Mit undemokratischen, dikta-

torischen Mitteln wurden sie damals von der BR-Spitze und der Ortsverwaltung wegen ihrer kritischen Haltung zur Betriebsratsarbeit und zur Politik der IG Metall blockiert. Durch einen durch sie aufgedeckten Betriebsratswahl-Betrug wurden sie dann republikweit bekannt.

Doch lassen sich die Vorgänge um die Plakat-Gruppe und deren Liste in keinem Punkt mit denen um die ALTERNATIVE in Berlin vergleichen. Die Vertrauenskörperleitung dort wollte genau das Gegenteil von dem, was damals in Stuttgart praktiziert wurde. Efe und Kollegen wurde die Kandidatur auf der IG Metall-Liste angeboten. Aber darauf wollte die Gruppe, mit an den Haaren herbeigezogenen Argumenten, nicht eingehen. In ihrer selektiven Wahrnehmung gingen sie von einer Mehrheit in der Belegschaft aus. Davon sind sie aber, trotz des zweifellos beachtlichen Ergebnisses, weit entfernt. Was wird sich jetzt bei Daimler in Marienfelde im Grundsatz ändern? Für die kritischen und linken Gewerkschafter im Betrieb wird nichts besser – im Gegenteil. Im gewerkschaftlichen Vertrauenskörper wird es weniger kritische Stimmen geben und das heißt: Der Einfluss der Sozialklempner wird größer. Sie werden keinen Anlass sehen, ihre seitherige Politik zu ändern.

Bedenklich ist, dass die sektiererische Haltung der Gruppe um Efe von Teilen der politischen Linken, bis zur Berliner DKP, unterstützt wird.

Sollten sich deren Positionen in konkreten Beschlusslagen der Gesamt-Partei niederschlagen, ist mit der Neuauflage der schädlichen Unvereinbarkeitsbeschlüsse der Gewerkschaften und der damit verbundenen Einschränkung von Handlungsmöglichkeiten linker Gewerkschafter zu rechnen. Es gibt in den Gewerkschaften genügend Leute, die darauf nur warten!

Notwendig wäre deshalb, dass man in linken Gruppen und Parteien mit mehr Kompetenz über die Arbeit in den Gewerkschaften diskutiert, sich über die richtige Strategie klar wird und in diesen Krisenzeiten wenigstens ab und zu einen Erfolg erzielt. Es muss schließlich nicht sein, dass jede Generation von Sozialisten und Kommunisten dieselben Fehler erneut macht und sich dadurch noch mehr schwächt, als sie schon ist. Schließlich ist der „linke Radikalismus“ kein linkes Naturgesetz. Er kann überwunden werden.

Stilleben mit Container

In den Seehäfen ist sie sichtbar, die Krise des langjährigen Exportweltmeisters Deutschland.

Nicht nur, dass China letztes Jahr erstmals mehr als die BRD exportiert hat – der Rückgang der globalisierten Handelsströme ermöglicht derzeit freie Sicht über riesige Stellflächen, auf denen früher haushoch Container gestapelt wurden. Die gesamte Logistikbranche leidet derzeit unter dem drastischen Verfall der Frachtraten für Container bei gleichzeitig wachsenden Kapazitäten. Denn nicht nur die privaten, auch die großen, mehrheitlich im Besitz der Städte befindlichen Hafenbetriebe sehen sich in Konkurrenz zueinander. Der Zwang zur Expansion zwecks Kapitalakkumulation führt dazu, dass derzeit vor Wilhelmshaven ein

gigantischer Tiefwasserhafen komplett neu gebaut wird, mit dem sich die Konkurrenz der Häfen um die immer größeren Containerriesenfrachter noch verschärfen wird. Niemand kann heute sagen, ob die dortigen Kapazitäten wirklich gebraucht werden, wenn der Hafen Ende 2011 in Betrieb geht. Bremens Regierungschef Jens Böhrnsen, SPD, rief am 21. April 2010 bei der Eröffnung des Logistiktages in Bremerhaven dazu auf, am zügigen Aufbau des JadeWeserport genannten Gigaprojektes festzuhalten – mit dem Häfen wie Rotterdam oder Antwerpen Frachtraten abgejagt werden sollen: „Der JadeWeserPort ist und bleibt ein gemeinsames Zukunftsprojekt der Länder Bremen und Niedersachsen. Er soll eine richtige Erfolgsstory für den ganzen Nordwesten werden“. Krise hin oder her. Der JadeWeserPort soll mit einer Wassertiefe von 18 Metern künftig auch für Frachtriesen zugänglich sein, die mehr als 10 000 Container laden können. An einem 1725 Meter langen Terminal mit 16 Containerbrücken und vier Liegeplätzen sollen jährlich 2,7 Millionen Standardcontainer umgeschlagen werden. Der nationale Zungenschlag,

mit dem nicht nur Böhrnsen betont, damit endlich in Konkurrenz zum größten europäischen Hafen Rotterdam treten zu können, kann nicht verbergen, dass auch Bremerhaven und Hamburg vermutlich internationale Frachtlinien an den JadeWeserport abtreten müssen. Der „nationale Hafenplan“ Deutschlands setzt



keineswegs auf eine auch ökologisch sinnvolle Arbeitsteilung zwischen den Häfen und eine Verteilung der Arbeit auf alle HafenarbeiterInnen, sondern auf Expansion zulasten der Nachbarländer. Die einzelnen Städte versuchen jede für sich, sich als Hafenstandort zu optimieren. So setzen auch die kommunalen Hafenbetriebe auf Expansion und den Kauf von Häfen im Ausland – am eifrigsten ist hierbei die Hamburger Hafen und Logistik AG, HHLA, das größte Containerumschlagunternehmen im Hamburger Hafen, das sich zu 66 Prozent im Besitz der Stadt Hamburg befindet. Im Januar wurde bekannt, dass die HHLA mit dem staatlichen iranischen Hafenbetreiber Tidewater bei der Modernisierung des Hafens von Bandar-Abbas kooperieren wollte. International fiel der Hafen von Bandar-Abbas letztes Jahr auf, weil dort klandestin ein Schiff mit Waffen für die Hamas beladen wurde, das Israels Marine auf hoher See aufbrachte. Während Hamburgs Landesregierung, der Senat, dieses Geschäft nach Protesten des Zentralrates der Juden sofort stoppen ließ, geht die Expansion der HHLA ansonsten munter weiter.

Dabei ging der Güterumschlag etwa im Hamburger Hafen 2009 insgesamt um über 20 Prozent zurück, der Containerumsatz um über 30 Prozent. Entsprechend auch bei der HHLA, wie Gerd Müller, der dort Betriebsrat ist, weiß: Dort gingen die Umsatzerlöse um 24 Prozent auf 501 Millionen Euro zurück, rund 15 Prozent der insgesamt 3.600 Kolleginnen und Kollegen befinden sich derzeit in Kurzarbeit, viele weitere in Qualifizierungsmaßnahmen und langfristigen Weiterbildungen. Niemand im Hafen mache sich deshalb Illusionen darüber, dass die Probleme in absehbarer Zeit gelöst werden könnten. Dazu sei die Krise viel zu einschneidend und umfassend.

Bernt Kamin-Seggewies, Betriebsratsvorsitzender beim Gesamthafen Betriebsverein Hamburg E. V. (GHB) weiß, wie sich diese eklatanten Einbrüche auf die Arbeitsplätze niederschlagen. Der GHB wird als Verein von den Betrieben der Hafenwirtschaft und der Gewerkschaft ver.di getragen und deckt in Spitzenzeiten den Mehrbedarf an qualifizierten Hafen-Arbeitskräften, in schlechten Zeiten hingegen sichert er die nicht benötigten Arbeiter durch einen Rücklagenfonds ab. Angesichts der anhaltenden Krise ist die Nachfrage nach GHB-Personal um die Hälfte zurückgegangen. Befristete Verträge wurden nicht verlängert, die verbliebenen 1.040 KollegInnen in Kurzarbeit geschickt, was finanzielle Einbußen bedeutet. Bis an die 60.000 Euro verdient ein Hafenarbeiter im Containerbereich in guten Jahren, nun sind es etwa 30.000 Euro, oder weniger. Hart trifft es die externen Dienstleister, die im Auftrag der Betreiber der Containerterminals wie der HHLA das Be- und Entladen übernehmen. „Die weitaus größere Gruppe der Beschäftigten ist meist schlecht organisiert und besteht aus einer großen Anzahl von Leiharbeitern, die von Zeitarbeitsfirmen ausgeliehen werden“,

so Kamin-Seggewies. Diese Kollegen arbeiteten häufig zu Stundenlöhnen von unter acht Euro und dort gelte zum Teil noch das alte Hire and Fire-Prinzip – die Kehrseite der Erfolgsgeschichte des „Exportweltmeisters Deutschland“ in den Hochseehäfen.

Die Rekordumschläge bei Gütern und zweistellige Zuwachsraten im Containerverkehr katapultierten Hamburg bis 2008 zum zweitgrößten Handelszentrum Europas nach Rotterdam. Alle Betriebe im Hafen stellten in den vergangenen Jahren viel Personal ein. Bernt Kamin-Seggewies bringt es auf eine Formel: „Wenn die Weltwirtschaft um ein Prozent wächst, dann nimmt der Welthandel um das Doppelte zu, der Containerumschlag sogar um das Dreifache. In den vergangenen Jahren betrug das Wachstum im Hafen fast durchgängig über fünf, zum Teil über zehn Prozent. Und alle Experten meinten, das würde so noch einige Jahre weitergehen, vor allem, weil sich die Riesenmärkte Indien und China so rasant entwickelten. Das war ein Trugschluss – und leider gilt die Faustformel auch umgekehrt.“ Und die enormen Gewinne der Hafenvirtschaft im letzten Jahrzehnt stehen nur zu einem Bruchteil dafür zur Verfügung, die HafentarbeiterInnen finanziell abzusichern, auch wenn sie nicht arbeiten: Wer nicht zu den Kernbelegschaften der großen Hafenerbetriebe gehört, ist eh kaum abgesichert. Die Kernbelegschaft in Hamburg, rund 5000 Männer und Frauen im Umschlagsbereich des Hafens konnte für sich eine verhältnismäßig gute Bezahlung und soziale Absicherung durchsetzen: „Dieser Gruppe der Beschäftigten geht es relativ gut, sie sind vergleichsweise gut gestellt und auch organisiert“, verdeutlichte Bernt Kamin-Seggewies.

Während im Hamburger Hafen Betriebsräte sowie gewerkschaftliche Vertrauensleute bei der HHLA und dem GHB eine offene Debatte in den Belegschaften führen über die Krise und der von den Hafenerbetriebe versuchten Abwälzung der Kosten der Krise auf die Beschäftigten Protest entgegensetzen, ist die Situation im zweitgrößten Hafen Norddeutschlands anders – Beschäftigte werden von Gewerkschaftsfunktionären vor vollendete Tatsachen gestellt: Auch in Bremerhaven gibt es einen Gesamthafen Betriebsverein Bremen (GHB).

Anders als in Hamburg wurde hier nicht erreicht, dass die weniger wertende Arbeit auf alle Beschäftigten, auch die vom GHB, verteilt wurde. Und während Gewerkschafter Kamin-Seggewies vorrechnet, dass die Rücklagen des Hamburger GHB wenigstens für die unbefristet Beschäftigten für vier Jahre reichen, hiess es in Bremerhaven schon im Sommer 2009: Ohne Entlassungen geht der GHB schnell pleite.

Die mehrheitlich im Besitz des Landes Bremen befindliche Bremer



Lagerhaus Gesellschaft, BLG, und ihr Tochterunternehmen Eurogate entschieden, wegen der Krise an den GHB weniger Arbeit zu vergeben. Seit Anfang 2010 arbeitet die städtische Eurogate gar nicht mehr mit Beschäftigten des GHB. Anfang 2008 waren dort 2.700 HafentarbeiterInnen beschäftigt. Im April 2010 sind es nur noch knapp 1.100. Zuerst mussten Anfang 2009 die Aushilfskräfte gehen, darunter viele alleinerziehende Mütter. Vor einem Jahr wurden alle 800 befristeten Arbeitsverhältnisse beendet. Ausgehend von der Logik der Kapitaleseite, wonach der GHB durch Einsparungen schnell wieder schwarze Zahlen schreiben sollte – ohne dass die Hafenvirtschaft dem GHB etwas von ihren Gewinnen abgibt – stimmten ver.di und der Betriebsrat unter Federführung des Vorsitzenden Peter Frohn dem Geschäftsführer der GHB Hubertus Ritzke zu, dass es Entlassungen geben müsse. Ohne dass die Belegschaft informiert worden war, war beim GHB der paritätisch mit Funktionären von ver.di und Managern der Hafenerbetriebe besetzte „Ausschuss für Personal und Arbeit“ zusammengetreten. Harald Bethge, Fachsekretär bei ver.di Bremen für den Hafen, erklärte in Pressegesprächen, dass zur Rettung der Liquidität des GHB Entlassungen nö-

tig seien – und es auch nur 2.000 Euro Abfindung pro Person geben könne – mehr könne sich der GHB einfach nicht leisten.

Einige Beschäftigte gründeten aus Protest das Komitee „Wir sind der GHB!“. Raphael Roß vom Komitee erklärte rückblickend: „Wir sind von dem Sanierungsplan, dem Sozialplan und der Sozialauswahl völlig überrascht worden“. Auch Roß wurde gekündigt. Zusammen mit 198 anderen Kollegen klagt er dagegen vor dem Arbeitsgericht. Neben den „normalen“ Beendigungskündigungen gab es zahlreiche Änderungskündigungen, wonach die Betroffenen einen Arbeitsplatz in Bremen annehmen sollen – mit 60 Kilometer Anfahrtsweg und einer Lohnkürzung von bis zu 65 Prozent. Der bundesweite Tarifecklohn für Hafentarbeit von 15 Euro wird so unterlaufen. Auf einer Betriebsversammlung von Eurogate stellte sich der dortige Arbeitsdirektor Andreas Bergemann hin und erklärte: „Rein rechnerisch haben wir 25 Prozent zu viel Personal. Aber Personalabbau ist nicht die Politik von Eurogate.“ Dafür lässt das Eurogate-Management die Beschäftigten des GHB ohne Aufträge. Dass Arbeitsdirektor Bergemann diese Abwälzung der Krise auf die Beschäftigten des GHB gut erklären kann, liegt vielleicht auch an seiner vorherigen Arbeitsstelle – er war Gewerkschaftssekretär bei ver.di für den Hafen.

Das Komitee des GHB setzt auf Selbstorganisation, von ihrer Gewerkschaft ver.di und dem Betriebsrat sind sie enttäuscht: „Die mauern; das ist für uns keine Arbeitnehmervertretung, das ist eher eine Arbeitgebervertretung (...) Die Gewerkschaft muss auf der richtigen Seite und muss auch ihren Mitgliedern zur Seite stehen“, heißt es seitens einiger Aktiver. Und weiter: „Wir vom GHB sind die ersten, an denen getestet wird, ob man das mit den Leuten machen kann.“ In diesem Sinne rief das Komitee mehrfach zu Demonstrationen auf, zuletzt Ende Januar. Ihr Motto: „Massenentlassung beim GHB – der Anfang?“ und „Dumpinglöhne beim GHB – wir sind erst der Anfang!“. Fahnen von ver.di sind auf den Demos des Komitees nie zu sehen, dafür ein Transparent: „Danke ver.di – für nix!“

Gaston Kirsche

USA gegen Venezuela und andere ALBA-Staaten

Wie der US-Imperialismus versucht fortschrittliche Staaten Lateinamerikas einzukreisen und zu destabilisieren

In den letzten Jahren haben die linken und fortschrittlichen Organisationen Lateinamerikas an Stärke gewonnen und Transformationsprozesse angestoßen. Außerdem brachte diese Entwicklung Führungspersönlichkeiten hervor, die gegenwärtig wichtige Positionen in den Regierungen ihrer Länder einnehmen. Dies war ein harter Schlag für den Imperialismus, weil sich die Menschen gegen die Vorherrschaft erhoben, die ihnen aufgezwungen worden war. Sie haben die Furcht überwunden, ihre Werte und Prinzipien offen auszudrücken, indem sie dem Imperium (die USA, d. Red.) demonstrieren haben, dass Lateinamerika keine weiteren Einmischungen in innere Angelegenheiten mehr zulassen wird. Zudem sind die Massen und Organisationen dazu bereit, unsere Souveränität zu verteidigen.“ (aus: Abschlusserklärung des internationalen Treffens von über 50 Linksparteien aus aller Welt im November 2009 in Caracas)

Kurz vor der Jahrhundertwende war es in Lateinamerika zu Veränderungen mit weitreichenden Auswirkungen gekommen. Am 2. Februar 1999 hatte in Venezuela Hugo Chávez die Regierung übernommen. Im November desselben Jahres musste die in den Torrijos-Carter-Verträgen im Jahr 1977 festgelegte Schließung der wichtigsten US-Militärbasis in Mittelamerika, der Howard-Basis in Panama umgesetzt werden. Da für die US-Administration sehr schnell klar war, dass man mit Chávez nicht so umspringen konnte, wie man das mit anderen stets willfährigen Figuren bisher gewohnt war, sollte der Faktor Venezuela bei den weiteren Planungen die zentrale Rolle spielen. Das Pentagon entschied sich hinsichtlich der Kontrolle über die Region für vier Stützpunkte, die sich um Venezuela herum gruppieren sollten: Manta in Ecuador, Comalapa in El Salvador und die von den Niederlanden besetzten Inseln Aruba und Curaçao. In offiziellen Verlautbarungen wur-

den die Aufgaben der Stützpunkte wie folgt benannt: Die Kontrolle des Drogenhandels und die Bekämpfung der illegalen Einwanderung in die USA. Ignacio Ramonet weist auf „weitere verdeckte Aufgaben“ hin, die da wären: der Kampf gegen die kolumbianischen Rebellenorganisationen, die Kontrolle über Erdöl- und weitere Rohstoffvorkommen, über Süßwasserreserven und die biologischen Reichtümer der Region. Wichtig ist ihm auch ein Hinweis, der für die weitere Entwicklung bedeutend wird: „Von Anfang an zielten diese Tätigkeiten darauf ab, Venezuela zu kontrollieren und die Bolivarische Revolution zu destabilisieren.“

Warum gerade Venezuela?

Raul Zibechi, internationaler Analyst der uruguayischen Wochenzeitung Brecha, verweist auf einige Sachverhalte, die die US-Strategie plausibel erscheinen lassen. Venezuela sei, so Zibechi, „an die erste Stelle der Länder mit den weltweit größten potentiellen Erdölreserven gerückt, nachdem die staatliche Erdölgesellschaft PDVSA bekannt gab, dass sich im Orinoco-Streifen Reserven von 314 Mrd. Barrel befinden“. Und da 25 Prozent des von den USA verbrauchten Erdöls aus den Andenländern stammen, will die US-Administration alles in die Wege leiten, um in dieser Region nicht ins Hintertreffen zu geraten. Nicht nur hier, aber hier besonders, treten neue Konkurrenten um begehrte Ressourcen in Erscheinung. So schreibt Zibechi: „In der Liste der größten Handelspartner Lateinamerikas lag China vor zwanzig Jahren noch auf Platz 12, mit einem Handelsvolumen von insgesamt etwas mehr als 8 Mrd. US-Dollar. Seit 2007 ist das Land der zweitgrößte Partner und die Zahl ist auf mehr als das 13-fache angestiegen. Seit den 1990er Jahren baut China eine strategische Partnerschaft mit Brasilien auf, später sind Venezuela, Mexiko, Ar-

gentinien, Chile und Peru hinzugekommen.“ 2009 habe „China Vereinbarungen zur Verdoppelung seines Entwicklungsfonds in Venezuela auf 12 Mrd. USD geschlossen, daneben gewährt es Ecuador 1 Mrd. USD für den Bau eines Wasserkraftwerks, und Argentinien erhält für verschiedene Projekte Zugriff auf 10 Mrd. USD. Weitere 10 Mrd. USD gehen an die staatliche Ölförderungsgesellschaft Brasiliens.“ Im Hinterhof der USA bewegt sich also einiges, was der Weltmacht Nr. 1 nicht gefallen kann. Im Gefolge der Anschläge des 11. Septembers 2001 hatte die US-Führung unter Bush eine neue Militärdoktrin zur Bekämpfung des sog. internationalen Terrorismus verkündet. Nicht mehr von großen Militärbasen aus sollte die Kontrolle der US-Interessen weltweit ausgeübt werden. Vielmehr waren kleinere Einheiten in Form von „Foreign Operating Locations“ (FOL) und „Cooperativ Security Locations“ (CSL) angepeilt. Darunter hat man Einheiten mit weit aus weniger Personal, aber mit modernster Technologie, „Radaranlagen der neuesten Generation, enorme Satellitenantennen, Spionageflugzeuge (Orion C-130 und Awacs), Überwachungsdrohnen und weiteres Militärgerät“, zu verstehen. (I. Ramonet) Mit dieser neuen Strategie war es möglich, die Anzahl der Stützpunkte weltweit auf 865 in 46 Ländern zu vervielfachen. Dass der Staatsstreich gegen Chávez im April 2002 bereits von der Basis Manta in Ecuador logistisch unterstützt worden war, belegt nicht zuletzt die Hauptaufgabe derartiger Basen. 2005 erneuerten die USA einen Vertrag mit den Niederlanden, der die weitere Nutzung der Militärbasen auf den Inseln Aruba und Curaçao sicherstellte und die Einkreisung Venezuelas von der Küste her verstärkte.

Im Jahr 2006 sah sich die venezolanische Regierung mit einem Waffenembargo seitens der USA konfrontiert. Es wurden keine Ersatzteile mehr für die F-16 Flugzeuge der

Luftwaffe geliefert. Die Maßnahme wurde zwar mit mangelndem Eifer der venezolanischen Regierung beim Kampf gegen den Terrorismus begründet, der reale Anlass dürfte aber die Ausweitung und Festigung des ALBA-Bündnisses gewesen sein und die Absicht der Chávez-Regierung, auch weiterhin eine antiimperialistische Stoßrichtung in der Außenpolitik zu verfolgen.

Reaktivierung der IV. US-Flotte

Zu einer weiteren Zuspitzung kam es im Jahr 2008 als am 1. März kolumbianisches Militär die Grenze zu Ecuador überschritt und wiederum mit logistischer Unterstützung der Basis Manta ein Lager der FARC-Guerilla zerbombte. Dieser unerhörte Vorgang veranlasste die ecuadorianische Regierung in Quito den Vertrag über die Militärbasis Manta nicht mehr zu verlängern. Die USA antworteten auf die logische Reaktion der Ecuadorianer mit der Reaktivierung der IV. Flotte, die die Atlantikküste Südamerikas im Sinne der US-Interessen unter Kontrolle halten sollte, aber seit 1948 nicht mehr im Einsatz war. Die meisten südamerikanischen Regierungen verstanden dies als deutlichen Affront und reagierten auf den feindseligen Akt mit der Gründung der „Union der Südamerikanischen Staaten“ (UNASUR) und im März 2009 mit der Initiierung des Südamerikanischen Verteidigungsrates.

Im Juni 2009 wurde unter Beteiligung der US-Basis Soto Cano der honduranische Präsident Manuel Zelaya gestürzt. (s. *ARSTI* Nr.166, S.16 ff) Auch wenn sich die US-Administration in der Angelegenheit über Monate bedeckt hielt, ja sogar den Eindruck erwecken wollte, der Putsch sei im Alleingang von honduranischen Kräften geplant und durchgeführt worden, wird inzwischen die aktive Rolle Washingtons kaum noch bezweifelt. Denn schließlich ist das ehemalige ALBA-Mitglied Honduras durch diesen Putsch wieder ins Lager der wenigen lateinamerikanischen US-Verbündeten zurückgekehrt und steht für weitere Planungen gegen Venezuela und die anderen progressiven Staaten uneingeschränkt zur

Verfügung. Unter anderem mit einer zweiten US-Militärbasis, die in der Provinz Gracias a Dios errichtet wurde und offiziell aus verfassungsrechtlichen Gründen unter Kontrolle der honduranischen Seestreitkräfte bleiben muss. Nach Auskunft des US-Botschafters in Tegucigalpa, Hugo Llorens, wurden zwei Millionen US-Dollar und vier Schiffe für den Aufbau der Marinebasis zur Verfügung gestellt. Die Zahlen sind natürlich mit

in unmittelbarer Nähe von Cuba und Venezuela.

Provokationen durch US-Kampffjets

Die größte Gefahr erwächst Venezuela aktuell durch sich häufende Verletzungen des Luftraums von Seiten US-amerikanischer Kampfflugzeuge, die offensichtlich die venezolanische



Abb: US-Militärstützpunkte in LA (Wikipedia (Ausschnitt))

Vorsicht zu genießen.

Bis Ende 2009 verfügten die USA über sieben neue Militärbasen in Kolumbien und weitere vier in Panama. Im Dezember gab die kolumbianische Regierung die Stationierung von sieben neuen Brigaden in den Grenzgebieten zu Venezuela bekannt. Es handelt sich um sechs Flugzeugbataillone und eine Spezialeinheit, die 1000 Mann umfasst. Gleichzeitig soll eine neue Militärbasis auf der Halbinsel Guajira an der Grenze zu Venezuela eingerichtet werden. Von hier aus könnten US-Truppen in 20 Minuten Venezuela erreichen. Der Aufmarsch schreitet also kontinuierlich voran.

In seiner Reflexion vom 23. Januar schreibt Fidel Castro: „Inmitten der haitianischen Tragödie, ohne dass irgend jemandem das Wie und Warum bekannt ist, haben Tausende Soldaten der Marineinfanterie-Einheiten der Vereinigten Staaten, lufttransportierte Truppen der 82. Division und andere militärische Kräfte das Gebiet von Haiti besetzt.“ Das ist vom Comandante en Jefe trefflich formuliert. Er weiß natürlich um die strategisch bedeutende Lage Haitis

lanische Luftwaffe zu provozieren versuchen. Seit 2008 kommt es immer wieder zu derartigen Manövern. Bisher ist es den verantwortlichen Kräften in Venezuelas politischer Führung gelungen, die von Aruba und Curaçao aus eindringenden Kampffjets zur Umkehr zu bewegen. Die Provokationen dürften mit den holländischen Stellen und der NATO-Spitze abgesprochen sein, denn in der niederländischen Presse wurden unlängst Meldungen kolportiert, dass die Regierung ernsthaft damit rechnet, die venezolanische Staatsführung plane die Niederländischen Antillen militärisch zu besetzen. Zumindest bereiteten sich niederländische Regierungstellen auf diese Möglichkeit vor, da Chávez ein „aufständischer Spieler“ in der Region sei. (vgl. David Noack, amerika21.de) Da fragt man sich: Wird hier schon an einem Vorwand für einen Militärschlag gebastelt? Bei den mehrfachen Verletzungen des Luftraums durch Kampfflugzeuge kann es sich nicht um Unterbindung von Drogenhandel und illegaler Einwanderung gehandelt haben. Alle

bekannt Details sprechen dagegen. Aber wie soll man auch von der US-Regierung erwarten, dass sie sich offen zu ihrem aggressiven Vorhaben bekennt?

Im Visier der USA: „Anti-US-Regierungen“

In US-militärstrategischen Dokumenten wird in letzter Zeit häufiger der Begriff „Anti-US-Regierungen“ verwendet. Es ist ja nicht nur die Chávez-Administration, die den US-Strategen ein Dorn im Auge ist. Zu den „Anti-US-Regierungen“ dürfen sich alle zählen, die dem ALBA-Bündnis beigetreten sind beziehungsweise den Beitritt erwägen wie etwa Paraguay. Gegen diese soll offensichtlich mittels militärischer Infrastrukturmaßnahmen der USA eine Drohkulisse aufgebaut werden. Auf die 13 kleineren Militärbasen mit ausgefeilter Logistik ist bereits hingewiesen worden. Zentrum dieser Stützpunkte soll die in Kolumbien zentral gelegene Luftwaffenbasis Palanquero werden. Zur Finanzierung der Nachrüstung des Stützpunktes beantragte die US-Luftwaffe für das Jahr 2010 46 Millionen US-Dollar. In einem mit dem Militärabkommen zusammenhängenden Dokument des Pentagon wird betont, der Stützpunkt sei „essentiell, um die US-Mission in Kolumbien und überall im Aufgabengebiet des US-Südkommandos (USSOUTHCOM) zu unterstützen“, welches ganz Lateinamerika umfasst. Der Stützpunkt biete „die Möglichkeit, umfangreiche Operationen in Südamerika durchzuführen“. Der Begründung des Haushaltsvorschlags ist auch zu entnehmen, dass die Luftwaffenbasis Palanquero „eine einmalige Gelegenheit“ biete, „umfangreiche Operationen in einer kritischen Teilregion unserer Hemisphäre durchzuführen, in der Sicherheit und Stabilität ständig durch Rauschgift-finanzierte Aufstände, Anti-US-Regierungen, vorherrschende Armut und wiederkehrende Naturkatastrophen bedroht sind.“

Der wichtigste Verbündete der USA ist der kolumbianische Präsident Alvaro Uribe, der demnächst das Amt an seinen früheren Verteidigungsminister Juan Manuel Santos

übergeben will. Dazu muss der aber noch gewählt werden. Selbst wenn er im ersten Durchgang keine absolute Mehrheit erzielt, ist der Besitzer eines Medienkonzerns und der größten Tageszeitung, bei der Stichwahl am 20. Juni lt. Umfragen in Führung. Und das, obwohl er als Verteidigungsminister „innerhalb der Streitkräfte ein bizarres Entführungs- und Mordnetzwerk protegierte“. (Raul Zelik) Unter seiner Präsidentschaft wäre das be-



stehende Militärabkommen, das die Bewegungs- und Handlungsfreiheit des US-Militärs garantiert, am ehesten gesichert. „Von einer Souveränität Kolumbiens zu sprechen, ist ein Witz“, äußerte unlängst Noam Chomsky. Gerry Leech, Journalist und Kolumbienexperte aus den USA kommt zu der Einschätzung: „Das US-Militär kann die kolumbianischen Stützpunkte dafür nutzen, jedwede Art von Militäroperation gegen jedes Ziel in Südamerika zu starten.“ Und er folgert daraus: „Offensichtlich haben die Länder Südamerikas, insbesondere Venezuela und Bolivien, reichlich Grund zur Sorge.“

Während Mitte April in Caracas das neunte ALBA-Gipfeltreffen stattfand, sorgte gleichzeitig der kolumbianische Favorit der USA, Ex-Verteidigungsminister Manuel Santos, bei einer Fernsehdebatte für eine Verschärfung der Krise, indem er einen Angriff auf die Nachbarstaaten Venezuela und Ecuador nicht ausschließen wollte: „Eine Bombardierung Venezuelas wäre übereilt. Aber man muss entschlossen handeln und die Terroristen dort verfolgen, wo sie sind“, meinte sich

der Hoffnungsträger der USA über alle internationalen Rechtsgrundsätze hinwegsetzen zu können.

Eskalationsstrategie an der kolumbianisch-venezolanischen Grenze

Häufig Grund zur Sorge hat die venezolanische Regierung wegen der gemeinsamen Grenze zu Kolumbien. Sie ist nur schwer zu kontrollieren und ermöglicht Infiltrationen, die regelmäßig die zwischenstaatlichen Beziehungen strapazieren. So wurden im Oktober 2009 in der venezolanischen Grenzprovinz Tachira die Leichen von zehn aus Kolumbien stammenden Männern entdeckt. Während die kolumbianischen Behörden sofort Guerillaorganisationen am Werk sehen wollten, deutete für die venezolanische Regierung alles auf Paramilitärs hin, die das Grenzgebiet regelmäßig für ihre Drogengeschäfte nutzen und dabei mit oppositionellen Gruppen in Venezuela zusammenarbeiten. Wenige Tage vorher waren zwei venezolanische Soldaten getötet worden, deren Maschinenpistolen später bei Paramilitärs gefunden wurden. Der für die Provinz Tachira verantwortliche Gouverneur ist Mitglied der christdemokratischen Partei COPEI und wird verdächtigt, das Treiben der Paramilitärs wohlwollend zu dulden. Für Nicolas Maduro, Außenminister Venezuelas gibt es keinen Zweifel: „Ihr (USA, Kolumbien) Plan beinhaltet, Venezuela durch Gewalt, Morde und die Zunahme der Kriminalität an der Grenze und in den wichtigsten Städten des Landes zu destabilisieren.“ (jW 7.11.09) Im April wurde die Verhaftung von acht Kolumbianern in den venezolanischen Bundesstaaten Aragua und Barinas mitgeteilt. Venezuelas Innenminister informierte darüber, dass bereits vor Ostern im Süden von Aragua zunächst zwei Männer in der Nähe eines Kraftwerks festgenommen wurden, als sie Fotos von verschiedenen Einrichtungen des venezolanischen Stromversorgungsnetzes machten. Die weiteren Ermittlungen führten dann zur Verhaftung von sechs weiteren Personen in Barinas. Bei zwei der

Verhafteten wurden später Dienstausweise der kolumbianischen Armee gefunden. Das sind nur einige Beispiele, die zeigen, wie ein verdeckter Krieg Kolumbiens gegen Venezuela vonstatten geht. Gleichzeitig wird international eine „erbitterte Medienkampagne“ (Raul Castro) gegen Venezuela und die anderen fortschrittlichen Staaten geführt, eine Kampagne, die die Fakten verdreht. Wie „subtil, raffiniert und zugleich dreist“ diese Kampagne geführt wird, erläuterte Dietmar Schulz in seinem Artikel in Disput 12/09 am Beispiel von angeblichen Brückensprengungen von Seiten Venezuelas an der Grenze zu Kolumbien, ein Vorgang, der die „aggressive Verrücktheit“ von Chávez belegen sollte. Begierig hatten auch deutsche Medien den angeblichen Vorfall aufgegriffen und so dargestellt, als habe Venezuela „mindestens zwei Brücken an internationalen Grenzübergängen“ gesprengt. Der nachweisbare Kerngehalt des Vorwurfs besteht lt. Schulz aus folgendem Sachverhalt: „Im Kampf gegen den grenzüberschreitenden Drogenhandel zerstört die venezolanische Armee im Grenzgebiet zu Kolumbien regelmäßig illegale Landepisten, Drogenlabore und Schmugglerpfade über die Grenze.“ Ein Vorgang, der unspektakulär ist und sich nur in Verdrehung aller Tatsachen für eine Kampagne eignet. Solche Berichte in Zusammenhang mit Hinweisen auf die belegbare Aufrüstung der venezolanischen Streitkräfte können als Vorbereitung für einen Angriff missdeutet werden. Aber bleiben wir bei den Fakten: Venezuelas Militärausgaben nahmen 2006 den siebten Platz in Südamerika ein (im Verhältnis zum BIP den achten Platz). Man muss kein Militärspezialist sein um herauszufinden, dass Venezuela und die anderen ALBA-Staaten für die USA keine Bedrohung sein können. So beträgt der Militärhaushalt der USA etwa das 360 fache von dem Venezuelas und Kolumbien gibt mehr als das achtfache seines Nachbarn aus. Dabei sind bei Kolumbien die enormen Militärhilfen der USA noch nicht berücksichtigt. Die von den USA so argwöhnisch betrachteten ALBA-Staaten haben auch nie einen irgendwie gearteten Anspruch auf nordamerikanische Ressourcen erhoben bzw. Einfluss auf Vorgänge in Nordamerika genommen. Die Realität ist seit fast zwei

Jahrhunderten genau umgekehrt. Die fortschrittlichen Staaten des Subkontinents wollen endlich die Strukturereformen angehen, die zum Teil seit dem Beginn der formalen Unabhängigkeit von den Kolonialstaaten überfällig sind. Oder wie es der Historiker Michael Zeuske ausdrückte: „Es ist ein Kampf um Unabhängigkeit, bei dem viele Aufgaben anstehen, die in der ersten Unabhängigkeit abgewürgt, nicht gelöst oder auch in den 180 Jahren danach nicht angegangen worden sind.“ Und die Frage von Harald Neuber, ob „Venezuelas Präsident Hugo Chávez und das Staatenbündnis ALBA also in einer Reihe mit den antikolonialen Kämpfen“



Mujica & Chávez

stünden, beantwortete Zeuske uneingeschränkt: „Sie sind die legitimen Erben.“ (ND,19.4.10) Und als solche sind sie ebenso bedroht wie die antikolonialen Kämpfer zu früheren Zeiten. All diejenigen, die sich in letzter Zeit in den Medien über eine massive Aufrüstung auf dem lateinamerikanischen Kontinent beklagen, müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, es bei einer mehr oder weniger moralischen Betrachtungsweise bewenden zu lassen. Ist beispielsweise Chávez im Ausland unterwegs, wird von einschlägigen Medien minuziös aufgelistet und darüber berichtet, wann und wo er wie viele Waffen einkauft. Benjamin Beutler merkte dazu an: „Dass ein gern gezeichnetes Bild vom Kriegstreiber Chávez als bad guy schlichtweg falsch ist, zeigen Fakten: Der größte Waffenkäufer der Region ist heute Brasilien. Unter der Lula-Regierung wuchs dessen Verteidigungshaushalt um 50 Prozent. Damit steht das Land, das die Weiten des Amazonasbeckens wegen der

Drogenmafia und militanter Schmuggler im Auge behält, aber auch seine letzten Rekord-Öl-Funde vor der Atlantikküste vor fremdem Zugriff schützen will, an zwölfter Stelle in der Welt. Auf Brasilien folgt Chile, das mit seinen niederländischen F-16-Jets und britischen Fregatten immer noch über die modernste Armee Lateinamerikas verfügt.“ (Freitag, 21.09.2009) Brasilien als aufstrebende Regionalmacht und ökonomisches Schwergewicht wird nicht nach denselben „strengen“ Kriterien beurteilt wie z. B. Venezuela. Außerdem wird Präsident Lula auf einer Skala von linken Präsidenten bei den eher gemäßigten eingeordnet. Da mag ja auch was dran sein, aber hier geht es um psychologische Kriegsführung und mit solchen Zuordnungen ist eine Spaltung der lateinamerikanischen Staaten beabsichtigt. Dass das neoliberale Musterland Chile trotz seiner Hochrüstung in den imperialistischen Medien gegen jede Kritik verteidigt wird, muss nicht verwundern. Mit der Wahl des ultrarechten Milliardärs Sebastian Piñera im Januar dieses Jahres erhält das US-freundliche Lager bzw. die westliche Wertegemeinschaft einen verlässlichen Verbündeten. Manche Beobachter der Entwicklung Lateinamerikas wollen in dem chilenischen Ergebnis bereits eine generelle Trendwende nach rechts erkennen. Das greift aber zu kurz. Denn immerhin hatte es im Dezember zwei fulminante Wahlsiege der Linken gegeben: In Bolivien hatte der MAS die absolute Mehrheit der Sitze in beiden Kammern erreicht und auch in Uruguay sitzt die Frente Amplio fester denn je im Sattel. Uruguay ist zwar kein ALBA-Mitglied. Präsident Mujica hat aber sofort nach seiner Ernennung keinen Zweifel daran gelassen, dass er solidarisch an der Seite seiner fortschrittlichen Kollegen steht und für Spaltungsmanöver nicht zur Verfügung steht.

Optionen von Obama

Die aktuelle Situation in Lateinamerika, was das Kräfteverhältnis zwischen dem Block der fortschrittlichen Staaten mit Venezuela, Bolivien, Ecuador und Kuba an der Spitze und dem US-Imperialismus mit seinen Vasallen betrifft, könnte man

abschließend als durchwachsen bezeichnen. Auch nicht alles, was unter dem Banner des Fortschritts segelt, hat schon eine neue Gesellschaftsordnung im Visier. Die Situation in Staaten wie Argentinien und Paraguay wäre gesondert zu betrachten. Andre Scheer schloss in der jungen Welt seinen Jahresrückblick Lateinamerika 2009 mit folgendem Ausblick ab: „Lateinamerika steuert also auf eine Kraftprobe zu. Die neue US-Administration von Barack Obama will den einstigen Hinterhof offenbar wieder zur Raison bringen und die Entwicklung neuer Gesellschaftsmodelle aufhalten.“ (jW,2.1.10) Noam Chomsky drückte es in einem Interview vom August 2009 mit Eva Golinger ähnlich aus, wenn er auf die zwei Varianten der US-Politik verwies: „eine militärische, und eine, die sie Förderung der Demokratie nennen – ein Euphemismus für Unterwerfung. Militärische Gewalt und Unterwerfung“, und Obama verfolge „beide Seiten schlicht und einfach kontinuierlich weiter“. Er mache „nichts Neues“.

Noch sind die Streitkräfte der USA mit den Interventionsfolgen im Irak und in Afghanistan bis an die Grenze ihrer Kapazitäten ausgelastet. Weitere Militärschläge wie etwa gegen den Iran und Nordkorea in nächster Zeit sind nicht völlig auszuschließen. Eine militärische Intervention gegen Venezuela oder Bolivien käme nur dann in Frage, wenn die jeweilige Regierung durch offene Unruhen ins Hintertreffen geriete. Für dieses Szenario spricht derzeit wenig. Die fortschrittlichen Staaten des Subkontinents werden weiterhin alles versuchen, um einer militärischen Konfrontation aus dem Weg zu gehen. Dies geschieht durch eine Beschleunigung des Integrationsprozesses auf politischer und ökonomischer Ebene, durch den Ausbau bilateraler Beziehungen mit möglichst vielen Staaten vor allem des Südens und nicht zuletzt durch den erforderlichen Umbau der militärischen Infrastruktur zur Abschreckung des potenziellen Aggressors aus dem Norden. Ob es in dieser komplizierten Lage gelingt, die einheimische Bourgeoisie zu neutralisieren und die relevanten Teile der jeweiligen Armee auf Loyalitätskurs zu halten, wird sich zeigen.

Stand 1. Juni 2010, hd

Venezuela und die Krise



Anders als in den meisten Staaten liegt die venezolanische **Staatsverschuldung** bei nur 20 % des Nationalprodukts (Stand 2009). Sie wurde von einem Stand im Jahr 2003 von 47,5 % auf 13,8 % im Jahr 2008 zurückgeführt und stieg dann wegen der Weltwirtschaftskrise wieder auf 19,9 % im Jahr 2009. Die **Wirtschaftsleistung** sank 2009 um 3,3 % (2008: + 5 %), u.a. infolge des Rückgangs des Ölpreises und einer restriktiveren staatlichen Ausgabenpolitik. 2010 sollen die staatlichen **Investitionen** stark erhöht werden. Allein in die Stromversorgung werden 6 Milliarden USD gesteckt. (Die Anlagen der E-Wirtschaft sind überaltert und die Kapazität ist angesichts des jährlich um 4 % steigenden Verbrauchs ungenügend. Gegenwärtig behindert Wasserknappheit die Erzeugung. Es kommt zu stundenweisen Stromabschaltungen.)

2010 soll die venezolanische Wirtschaft um 1 % wachsen. Die **Inflationsrate** lag 2009 bei 28 %; im Durchschnitt der letzten sieben Jahre bei 21 %. Das **Lohnniveau** hält damit jedoch Schritt. 2010 werden die Mindestlöhne um 25 % erhöht und erreichen dann 1200 Bolivares = 320 Euro/Monat. Das ist der höchste

Mindestlohn in Lateinamerika. Die **Arbeitslosenrate** liegt bei 8 % (Stand Ende 2009)

Die hohe Inflationsrate ist u.a. Folge des hohen **Außenwerts des Bolivar**, der Importe verbilligt und den Export verteuert. 2010 ist eine Abwertung des offiziellen Wechselkurses vorgenommen worden – von 2,15 Bolivar/USD (dem seit 2003 gültigen Satz) auf 2,60. Der Wechselkurs wurde gespalten. Für lebenswichtige Einfuhrgüter gilt der Kurs von 2,60, für andere Waren (z.B. Luxusgüter) ein Kurs von 4,30. Neben dem staatlichen Kurs gibt es einen freien Währungsmarkt, auf dem der Bolivar zurzeit mit 6 Bolivar/USD gehandelt wird.

Nach wie vor ist das Öl der dominierende Wirtschaftsfaktor. Die Ölwirtschaft generiert 25 % des BSP, 50 % des Staatseinkommens und 90 % des Exports. Die Ölwirtschaft wird trotz der angestrebten Diversifizierung noch auf unabsehbare Zeit der wichtigste Wirtschaftssektor bleiben. Gegenwärtig werden die Reserven auf 500 Milliarden Barrel geschätzt – höher als die Saudi-Arabiens. Die Chavez-Regierung hat gesichert, dass die Ergebnisse der Ölausbeutung hauptsächlich dem Land selbst zugute kommen. Die staatliche PDVSA hält bei allen **Kooperationen mit ausländischen Konzernen** einen Anteil von 60 %. Verträge gibt es zurzeit mit italienischen, chinesischen, russischen, US-, spanischen und indischen Konzernen. Für die Erschließung des Orinoko-Vorkommens besteht großer Investitionsbedarf. Allein China investiert hier 4 Milliarden USD. Das Orinoko-Öl ist besonders zähflüssig und bedarf entsprechender Aufbereitung.

Sepp Aigner – veröffentlicht in: Deutschland-Community: Kritische Massen

Zahlen nach: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/landesinformationen/Venezuela/Wirtschaft.html>

junge welt, 18.01.2010 <http://www.guardian.co.uk/commentisfree/cifamerika/2010/may/06/venezuela-greece-economics-crisis>

Die Erschaffung einer rechten Dominanz in Chile

Teil 2: Die Absichten der Generäle und das Wiedererwachen des sozialen Lebens

Der erste Teil dieser Arbeit handelte von den gravierenden Differenzen innerhalb der chilenischen Linken. Sie führten die Unidad Popular in die Handlungsunfähigkeit. Ein notwendiger politischer Rückzug, der die gesellschaftliche Akzeptanz eines militärischen Eingreifens hätte beenden können, unterblieb. So kam es zur Katastrophe der faschistischen Diktatur. Diese außergewöhnliche Situation nutzte die Rechte zur grundsätzlichen Umgestaltung der Gesellschaft. Alle Errungenschaften aus fast 50 Jahren sozialer Kämpfe wurden geschleift und Chile zu einem neoliberalen Musterstaat

geformt. Daneben ergriff man Maßnahmen um das in der Gesellschaft vorhandene linke Bewusstsein auszuradieren.

Im vorliegenden Text geht es um die Pläne der Militärregierung und das parallel dazu langsam wieder aufkeimende gesellschaftliche Leben. Die neuen Akteure bereiten den Boden für die Nationalen Protesttage gegen die Diktatur.

In der nächsten Ausgabe wird ein dritter Teil den Zeitraum der Massenbewegung gegen die Diktatur und der Verhandlungen zwischen den politischen Lagern über die Ablösung Pinochets zum Inhalt haben.

Jeder Diktator und jede mit diktatorischen Mitteln regierende Clique steht vor dem gleichen Problem. Durch einen Staatsstreich kann man mit militärischen Mitteln die politische Macht in einem Land erobern. Durch Gefangennahme und/oder Ermordung der politischen und intellektuellen Vertreter der unterworfenen Schichten versetzt man diese zeitweilig in einen Zustand der Handlungsunfähigkeit. Doch das ist nicht von Dauer. Die Angehörigen der politisch und/oder sozial enthauppten Klassen passen sich an die veränderten Verhältnisse an. Sie probieren aus, wie weit man unter den neuen Bedingungen bei der Verfolgung seiner Interessen gehen kann, ohne sich in zu große Gefahr zu bringen. In diesem Prozess tauchen aus der Basis der Gesellschaft neue Führungspersonlichkeiten auf. Über kurz oder lang entstehen wieder landesweite Verbände wie z.B. Gewerkschaften. Diese Zusammenschlüsse können die organisatorische Basis dafür bilden, dass die Eroberer der Macht in langwierigen Auseinandersetzungen gestürzt werden.

Dem Diktator und den von ihm vertretenen Kräften stellt sich daher die Aufgabe, mit einer Kombination aus Zugeständnissen und Repression die Besiegten zur Tolerierung der neuen Herrschaft zu bewegen. Dabei dürfen die Zugeständnisse natürlich



nicht das inhaltliche Ziel, für das die Macht erobert worden ist, infrage stellen. Die Geschichte vieler – nicht nur lateinamerikanischer Länder – zeigt, dass sich solche Verhältnisse über Jahrzehnte hinweg aufrecht erhalten lassen. Doch der vorher beschriebene Prozess lässt sich nur verzögern. Sodass, abhängig von der inneren und äußeren Situation des jeweiligen Landes, die Diktaturen durch liberale revolutionäre Aufstände (z.B. Cuba) oder einen von oben gesteuerten Über-

gang zur Demokratie (z.B. Spanien) ihr Ende fanden.

Die Strategen der chilenischen und internationalen Bourgeoisie hatten 1973 auf folgende Frage eine Antwort zu finden. Wie muss eine zukünftige staatliche Ordnung beschaffen sein, die den Neoliberalismus unangetastet lässt und gleichzeitig von einer deutlichen Mehrheit der Bevölkerung als gesetzlicher Rahmen der Gesellschaft akzeptiert wird? Eine Militärdiktatur als Dauereinrichtung wurde zu Beginn nicht einmal von Pinochet ins Auge gefasst.

Die Geburt der neuen Verfassung

Nach dem chilenischen Standardwerk über die Zeit der Militärregierung, *La Historia Oculta Del Régimen Militar*, geschrieben von drei bürgerlichen Journalisten, Ascario Cavallo, Manuel Salazar und Oscar Sepúlveda, hatte sich die Militärjunta vorgenommen die Regierungsgeschäfte 1976 wieder in zivile Hände zu legen. Bis zu diesem Zeitpunkt hätte Allende sein Amt regulär ausgeübt. Daher lud der Oberkommandierende der Luftwaffe schon wenige Tage nach dem Putsch zur Gründung einer Kommission zur Überarbeitung der Verfassung von 1925 ein. Von Seiten der Generäle gab es anfangs nur zwei

Vorgaben: Erstens sollte die Bildung von Minderheitsregierungen ausgeschlossen werden. Zweitens wollte man die Wege versperrt sehen, die Allendes Rechtsanwälte gefunden hatten, um soziale Reformen auch gegen die Mehrheit des Parlamentes voranzubringen. Doch dabei blieb es nicht. Einige Jahre später erhielt die Kommission genaue Vorgaben was die Regierung von ihr erwartete.

Vorsitzender der Arbeitsgruppe wurde Enrique Ortúzar. Er war als Justizminister des rechten Präsidenten Jorge Alessandri (1958–1964) an dessen Versuch einer Überarbeitung der Konstitution beteiligt gewesen. Des Weiteren berief man Professoren des Verfassungsrechts. Unter den Mitgliedern der Kommission befand sich auch ein junger Dozent der angesehenen Katholischen Universität in Santiago, Jaime Guzmán. Er hatte sich seine Berufung redlich verdient. Als Student führte der Sympathisant der spanischen Diktatur den, letztlich erfolglosen, Widerstand gegen die Modernisierung der Strukturen an seiner in kirchlichem Besitz befindlichen Hochschule an. Später war er an der Gründung der paramilitärischen Bewegung Patria y Libertad (Vaterland und Freiheit) beteiligt. Dort schied er aber laut Wikipedia „wegen methodischer Unterschiede im Kampf gegen die Regierung Allende“ aus.

Unter den Mitgliedern gab es gewisse ideologische Unterschiede, die zu heftigen inhaltlichen Auseinandersetzungen führten und schließlich das Ausscheiden einiger Herren und damit die Vereinheitlichung der politischen Bandbreite der Gruppe zur Folge hatten.

Vor diesem Hintergrund erklärt sich das Ergebnis ihrer fünfjährigen Tätigkeit. 1978 präsentierten sie nicht eine Reform der Verfassung von 1925, sondern den Entwurf eines neuen Grundgesetzes. Neben den Vorgaben von Seiten der Generäle ist das wohl das Verdienst von Jaime Guzmán. Wikipedia bezeichnet ihn als „den wichtigsten Ideologen der Verfassung von 1980“. Bis zu seinem Tode 1991, er starb bei einem Anschlag der FPMR, wird er noch häufiger in wichtigen Funktionen bei der äußersten Rechten tätig.

Der nun vorliegende Entwurf wurde einer Consejo de Estado (Staatsrat) genannten Einrichtung

übergeben. Laut der Historia Oculata hatte er keine wirkliche Aufgabe und diente nur der repräsentativen Einbindung ehemaliger Würdenträger. In seinen Reihen befanden sich zwei ehemalige Präsidenten und die früheren Oberbefehlshaber der Teilstreitkräfte. Es zeugt von der Intelligenz der Diktatur, dieses Gremium – zumindest gegenüber der Öffentlichkeit – mit der Ausarbeitung der neuen Verfassung zu beauftragen. Wird auf diese Weise doch der Anschein erweckt, dass die neue Konstitution nicht die Wünsche der Putschisten widerspiegelt, sondern das Ergebnis der Anstrengungen und der Sachkunde unabhängiger Persönlichkeiten ist. Schließlich konnte man davon ausgehen, dass die ehemaligen Präsidenten durchaus noch über Ansehen bei ihren Wählern verfügten.

Auf der anderen Seite barg dieses Vorgehen auch Risiken. Die hier Versammelten wirkten in Zeiten einer liberalen Demokratie und waren von ihr geprägt. Sie unterstützten die Militärs bei der Neuausrichtung des Staates im Rahmen eines zeitlich befristeten Ausnahmezustandes. Aber sie vertraten den Grundsatz, dass sich Polizei und Armee einer gewählten Regierung unterzuordnen haben. Dies wird am Agieren von Jorge Alessandri deutlich. Nach Angaben der Historia Oculata führte er das Gremium auf eine Weise, die dessen Unabhängigkeit garantieren sollte. Daher wurde der Staatsrat von der Militärregierung als eine „wirkliche Festung des ehemaligen Mandatsträgers“ angesehen.

Als zwei Jahre später sein Verfassungsentwurf vorlag, wurde er von der Militärregierung mit Misstrauen begüht. Sie berief eine ad hoc Arbeitsgruppe ein, die den Text akribisch mit dem Entwurf der Gruppe Ortúzar verglich und ihrerseits überarbeitete. Letztendlich ist diese Arbeitsgruppe für die Verfassung von 1980 verantwortlich.

Die Historia Oculata weist darauf hin, dass sich bei einem Vergleich von Alessandris Entwurf mit der endgültigen Verfassung 175 Unterschiede finden. Dabei handelt es sich um 59 fundamentale Änderungen. Die für Alessandri am wenigsten zu akzeptierende Festlegung betraf die Ernennung der Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Da sie bis heute gilt, zitieren wir hierzu die drei chilenischen Journalisten: „Alessandri hatte festgestellt, dass diese

Bevormundung den Präsidenten unbeweglich macht und ihn praktisch dazu zwingt die Streitkräfte in die Regierung einzubeziehen.“

Trotz seiner massiven Probleme mit dem Verfassungstext, der nun zur Volksabstimmung vorgelegt werden soll, bleibt Alessandri treu an der Seite der Putschisten. Seine divergierenden Ansichten übermittelt er der Militärregierung. Diese ist zwar weiterhin darum bemüht ihn einzubinden, geht aber nicht auf seine Einwände ein. Dessen ungeachtet bleibt er in den Wochen vor dem Plebiszit stumm. Die Öffentlichkeit erfährt nichts von seinen tatsächlichen Standpunkten da er das Projekt nicht gefährden will. Selbst nach der Abstimmung gibt er seine Einwilligung, dass die Militärregierung sein Rücktrittsgesuch erst dann veröffentlichen darf, wenn es ihr opportun erscheint.

Die verzweifelte Suche der Angehörigen

Während die Basis für das zukünftige Chile gezimmert wurde erweichte die chilenische Gesellschaft langsam zu neuem Leben. Der Schockzustand in den sie durch den Putsch gestürzt war begann sich vorsichtig zu lösen.

Als erste traten die Angehörigen der Verhafteten und Verschwundenen an die Öffentlichkeit. Die Regierung behauptete, nichts mit der Festnahme dieser Menschen zu tun zu haben. So begannen die Ehefrauen und Mütter auf eigene Faust mit der Suche nach ihren Angehörigen. Ein zutiefst menschliches Anliegen gegen das man eigentlich nur schwer etwas vorbringen kann. Doch galten diese Nachforschungen den Anhängern Pinochets als Teil einer internationalen marxistischen Kampagne zur Verleumdung des Landes. Unter dem Schutz vor allem der Katholischen Kirche bildeten sich im Laufe der Zeit Selbsthilfegruppen. Diese Entwicklung beschreiben die Sozialwissenschaftler Patrick Guillaudat und Pierre Mouterde in ihrer Arbeit „Los Movimientos Sociales En Chile 1973–1993“ (Die sozialen Bewegungen in Chile 1973–1993) so: „Es war ein Phänomen das sich damals in praktisch ganz Lateinamerika entwickelte: Die Rolle der oppositionellen Vorhut spielte eine kleine Gruppe von Frauen, die sich

plötzlich auf einem vorgeschobenen Posten im Kampf gegen die Diktatur befanden. (...) Mit einem erstaunlichen Mut der Verzweiflung waren sie es, die zum ersten Mal die Mauer des Schweigens und des Terrors aufbrachen, in Chile wie an anderen Orten.“

Am 14. Juni 1977 kommt es zum öffentlichen Protest gegen die Militärregierung. Der Zusammenschluss von Familienangehörigen von Verhafteten und Verschwundenen organisierte im Gebäude der CEPAL (UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika) einen Hungerstreik. 26 Frauen unterstreichen damit ihre Forderung, dass die Regierung Auskunft über das Schicksal ihrer Angehörigen geben muss. Dies war der Auslöser für ähnliche Aktionen in anderen Teilen des Landes. Die Bewegung wächst und ein Jahr später beteiligen sich an einem weiteren Hungerstreik schon über 100 Personen. Die schon erwähnten Sozialwissenschaftler fassen zusammen: „Zum ersten Mal im Chile der Diktatur erwachte eine oppositionelle öffentliche Bewegung zu neuem Leben, tatsächlich eine defensive Bewegung, aber sie überwand den engen Kreis der politischen Aktivistinnen und war angeregt, eine neue Erscheinung, fast ausschließlich durch Frauen.“

In den folgenden Jahren bilden sich als Folge der sozialen Probleme in den ärmeren Stadtvierteln weitere Bürgerinitiativen. Am bekanntesten sind die *olla común* (gemeinsamer Kochtopf) genannten Gruppen. Dabei handelt es sich um selbst organisierte Volksküchen. Auch sie wirken zumeist im Umfeld der Kirchen und werden ebenfalls hauptsächlich von Frauen getragen.

Die Einführung der neuen Verfassung

In diesem Umfeld des zaghaften Erwachens des sozialen Lebens beschließt Pinochet 1980 der neuen Verfassung mittels einer Volksabstimmung Legitimität zu verleihen. Eine öffentliche Debatte über das Für und Wider einzelner Bestimmungen findet natürlich nicht statt. Die Parteien der ehemaligen *Unidad Popular* haben keine Möglichkeit sich zu äußern. Im Untergrund ruft die Kommunistische Partei dazu auf mit Nein zu stimmen. Den Christdemokraten als Partei geht

es ähnlich. Aber ihr ehemaliger Staatspräsident, Eduardo Frei Montalva, er saß nicht im Staatsrat, erhielt die Erlaubnis eine Versammlung abzuhalten. Dort sprach er sich ebenfalls für das Nein aus. Seine Rede wurde live von einigen wenigen Radiostationen verbreitet. Dies war die einzige öffentliche Ablehnung des zur Abstimmung gestellten Textes. Als Ergebnis wurden 67% Zustimmung und 30% Ablehnung bekannt gegeben.



Pinochet nach der Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse zur neuen Verfassung

Jeder mag selbst entscheiden ob unter solchen Umständen ein Grundgesetz demokratische Legitimität erhalten kann. Man sollte dabei bedenken wie die hiesige Berichterstattung ausgesehen hätte, wenn die gegenwärtigen Präsidenten Boliviens und Venezuelas bei der Einführung ihrer Verfassungen ähnlich vorgegangen wären.

Es gibt aber weitere Gründe um die Rechtmäßigkeit der Abstimmung zurückzuweisen. Nicht nur die Propaganda, auch die Organisation der Abstimmung lag fast ausschließlich in den Händen von Anhängern des Regimes. Dies erlaubte Manipulationen und dafür finden sich auch einige Anhaltspunkte. So berichten die drei bürgerlichen Journalisten unter anderem: „Später weisen Experten der Opposition nach, dass in mindestens 9 Provinzen mehr als 100% der Bevölkerung abgestimmt haben.“

Die Ziele der neuen Verfassung

Die mit dieser Farce in Kraft gesetzte Verfassung wird erheblichen Einfluss auf den weiteren Fortgang der Ereignisse nehmen. Daher werfen wir nun einen kurzen Blick auf die entscheidenden Punkte.

Die neue Konstitution besteht aus zwei Teilen, dem eigentlichen Grundgesetz und zeitlich befristeten Übergangsbestimmungen. Letztere regeln das schrittweise Inkraftsetzen der Verfassungsartikel, die so etwas wie die demokratische Mitwirkung der Bevölkerung und damit den Rückzug der Militärs betreffen. Darin ist festgelegt, dass mit der Annahme der neuen Verfassung Pinochet automatisch auch als Präsident gewählt ist. Seine Amtszeit dauert bis 1989. Mit einer weiteren Volksabstimmung soll 1988 ermittelt werden ob sie sich um 8 Jahre verlängert, also bis 1997. Für den Fall einer Niederlage Pinochets in diesem Wahlgang sehen die Bestimmungen für das folgende Jahr Präsidentschaftswahlen vor. Dafür gilt dann der von der Diktatur geschaffene gesetzliche Rahmen.

Hier kommt die eigentliche Verfassung ins Spiel. Da findet sich z. B. in §8 eine wichtige Vorschrift. „Jede Handlung von Personen oder Gruppen, die bestimmt ist Lehren zu verbreiten, die gegen die Familie gerichtet sind, die die Gewalt verteidigen oder eine Konzeption der Gesellschaft, des Staates oder der juristischen Ordnung von totalitärem Charakter, oder im Klassenkampf gründen, sind verboten. (...) Die Organisationen und Bewegungen oder politische Parteien die wegen ihrer Ziele oder wegen der Aktivitäten ihrer Anhänger zu diesen Zielen neigen, sind verfassungswidrig.“ Im gleichen Paragraphen wird den davon Betroffenen eine Reihe von Tätigkeiten verboten. Dazu gehört die Ausübung öffentlicher Ämter, die Arbeit im Erziehungswesen oder im Bereich der Massenmedien. Ebenso sind ihnen ehrenamtliche Funktionen in Nachbarschaftsvereinen, Berufsverbänden, Gewerkschaften und Studentenvereinigungen untersagt.

Hier zeigt sich deutlich das mit der Verfassung von 1980 angestrebte Ziel. Die sozialistische und kommunistische Linke soll aus dem gesellschaftlichen Leben verbannt werden. Der §8 ist zwar beim Rückzug der Militärs verändert worden, nicht aber die Ausrichtung der Konstitution. Das zeigt sich an einer Reihe weiterer Bestimmungen. So z. B. in §19 Punkt 15 wo festgelegt wurde, dass die Mitgliedsverzeichnisse der Parteien öffentlich sind. Auch diese Vorschrift hat man entschärft. Heute müssen die Mitgliederlisten nur der staatlichen

Wahlbehörde vorgelegt werden. Dies ist allerdings schlimm genug und zielt weiterhin gegen die Linke, da sie damit einer breiteren Basis beraubt wird. Es fällt Menschen schon schwer genug einer in der Gesellschaft verpönten Partei beizutreten. Wie viel schwieriger wird es für sie, wenn sie wissen, dass ihre Mitgliedschaft den Behörden bekannt gemacht werden muss. Im Falle Chiles Behörden, die auf der Basis solcher Informationen, in der Vergangenheit Menschen getötet haben.

Diese detaillierten Vorgaben sind eine weitere Charakteristik der Verfassung. Mit ihr werden Dinge geregelt, die sich in anderen Ländern in Ausführungsgesetzen finden. Damit soll verhindert werden dass ein zukünftig demokratisch gewähltes Parlament mit einfacher Mehrheit Änderungen vornehmen kann. Für Verfassungsänderungen sind in beiden Kammern jeweils 3/5 (§116) der Mandatsträger zu gewinnen. Diese Mehrheit ist schwieriger zu erreichen. Erst recht in einem politischen System in dem ein Teil der Senatoren nicht durch Wahlen bestimmt werden.

Die neue Konstitution beinhaltet zwar Regeln für die Tätigkeit von Parteien, aber das heißt noch lange nicht, dass diese jetzt auch legal tätig werden können, bzw. wollen. Einerseits existieren die für ihre Zulassung vorgesehenen Institutionen noch nicht. Andererseits sind die Perspektiven der zu diesem Zeitpunkt in der Illegalität tätigen Organisationen höchst unterschiedlich. Die Christdemokraten hätten die Möglichkeit im Rahmen dieser Verfassung tätig zu werden. Doch sie lehnen die Konstitution weiterhin ab. Daher möchten sie sie nicht indirekt, durch die Inanspruchnahme von dort niedergelegten Rechten, anerkennen. Für die Kommunisten stellt sich diese Frage nicht. Sie bleiben aufgrund des §8 verboten.

Wie nicht anders zu erwarten bereiten sich jetzt die Anhänger Pinochets auf die Zukunft vor. Der uns schon bekannte Jaime Guzmán gründet die Unión Demócrata Independiente (Unabhängige Demokratische Union – UDI). In gewissem Sinne handelt es sich dabei um eine moderne Faschistische Partei. Sie ist so aufgeklärt, dass sie auf die diktatorische Ausübung der Herrschaft verzichtet, solange die Interessen der Bourgeoisie gewahrt bleiben. An der Ausge-

staltung dieses, von ihren Erschaffern „geschützte Demokratie“ genannten Systems, will sie sich aktiv beteiligen.

Die Bezeichnung „geschützte Demokratie“ trifft die Sache recht gut. Die starke und in einigen Bereichen fast unabhängige Stellung der Streitkräfte gegenüber den demokratischen Institutionen ist ein starker Schutz dieses Systems. Sie ist die Garantie, dass sich die Gesellschaft nur schwer von den Zielen der Verfassung, dem Schutz des kapitalistischen Eigentums, emanzipieren kann. Sollte das doch wider Erwarten gelingen, steht das Militär Gewehr bei Fuß, dies in bekannter Art und Weise zu unterbinden. Auch dafür sorgt die Verfassung. Sie gibt einer gewählten Regierung fast keine Mittel an die Hand die Armee zu demokratisieren.

Die Wirtschaftskrise

Für das Regime lief damals alles bestens. Nur die 1979 einsetzende Anschlagswelle gegen einige seiner Funktionäre störte ein wenig. Hier machte sich die „Operation Rückkehr“ des Movimiento de la Izquierda Revolucionaria (Bewegung der Revolutionären Linken – MIR) bemerkbar. Doch die wenigen Toten waren, global gesehen, bedeutungslos. Die Junta, die anfangs nur kurze Zeit an der Regierung bleiben wollte, hatte Gefallen an der Macht gefunden. Mit der neuen Verfassung sah sie ihre Stellung bis 1997 gesichert. Doch da machte ihr, für Marxisten wenig überraschend, die Ökonomie einen Strich durch die Rechnung. Das muss für sie bitter gewesen sein, waren die Ausmaße der Krise doch eine direkte Folge ihrer neoliberalen Politik.

Jede Wirtschaftspolitik greift in das freie Spiel der Kräfte ein. Dadurch werden einige Bereiche bevorzugt, während andere das Nachsehen haben.

Die Militärregierung begünstigte das Handels- und Finanzkapital. Durch die Flexibilisierung der Finanz-

märkte hatten sowohl die großen Finanzgruppen, als auch die Konsumenten einen einfacheren Zugang zu Krediten. Durch die Senkung der Zölle konnten die Importeure Konsumgüter billiger auf den nationalen Markt bringen. Als Folge dieser Maßnahmen stiegen sowohl die interne wie die externe Verschuldung. Gleichzeitig spezialisierte sich die chilenische Bourgeoisie auf die Produktion von Exportgütern wie Früchte, Zellulose oder mineralische Rohstoffe. Die auf dieser Basis neu entstandenen Unternehmensgruppen waren überschuldet und widmeten sich mehr der Spekulation als produktiven Tätigkeiten. Dies führte 1981 zu einer Finanzkrise der sich eine Wirtschaftskrise anschloss. Auslöser war das Sinken der Weltmarktpreise für Rohstoffe. Als erstes traf es einen traditionsreichen Zuckerproduzenten. Er hatte auf steigende Preise gesetzt und musste jetzt Konkurs anmelden. Damit riss er die Finanzgruppe, deren Teil er war, mit in den Abgrund. Bei dieser Insolvenz spielte auch die 1979 durchgeführte Senkung des Einfuhrzolls für Zucker eine Rolle, wodurch das Unternehmen seinen geschützten Heimatmarkt verlor.

Hier kommen zwei weitere wirtschaftspolitische Maßnahmen ins Spiel. Um die Inflation zu begrenzen hatte man eine Parität von 39 Chilenischen Pesos zu einem US-Dollar festgelegt. Gleichzeitig waren die Löhne und Gehälter mit der Preissteigerung verknüpft. Damit befand sich das produzierende Gewerbe in einer Zwickmühle. Es gab zwei Möglichkeiten um den Unternehmen die Konkurrenzfähigkeit

Anzeige



Solidarität organisieren – Mitglied werden!

ROTE HILFE e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Postfach 3255
37022 Göttingen

Tel.: 0551 – 770 80 08
(Di. & Do. 15:00 – 20:00 Uhr)
Fax: 0551 – 770 80 09
bundesvorstand@rote-hilfe.de
www.rote-hilfe.de

Spendenkonto: Rote Hilfe e.V.
Konto-Nr: 19 11 00 – 462
BLZ: 440 100 46, Postbank Dortmund
IBAN: DE75 4401 0046 0191 1004 62
BIC: PBNKDEFF

zurückzugeben. Man hätte entweder den Peso abwerten oder die Einkommen der Beschäftigten weiter senken müssen. Beides wollte die Regierung nicht. Als sie sich 1982 zur Abwertung des Peso gezwungen sah, steckte Chile schon in einer massiven Wirtschaftskrise. In diesem Jahr ging das Bruttoinlandsprodukt um 14,1% zurück.

Diese Entwicklung hatte massive Auswirkungen auf die Lebensbedingungen der Menschen. In Chile werden Kredite nicht in der Landeswährung aufgenommen sondern in Unidades de Fomento (Finanzeinheiten – UF). Der Kurs der UF wird täglich, anhand der Inflationsrate, neu bestimmt. Durch die Abwertung des Peso stiegen die Preise der importierten Güter, und damit die Inflationsrate. Die Einkommen, die ebenfalls an die Inflationsrate gekoppelt waren, wurden aber nur in wesentlich größeren Zeitabständen angepasst. So stieg die Schuldenlast im Verhältnis zum Einkommen und damit die für Zinsen und Tilgung aufzuwendende Summe. Die Schuldner verarmten und ihr Lebensstandard sank.

Verschärft wurde die Situation durch eine zunehmende Arbeitslosigkeit. Sie war in den Jahren 1980 und 1981 mit 12% schon recht hoch. Doch erreichte sie 1982 fast 24% (Zahlen der Universidad de Chile) und lag damit höher, als während des ökonomischen Schockprogramms in den ersten Jahren des Regimes. Dieser Vergleich gibt wahrscheinlich nicht annähernd die Dramatik der Lage wieder. So gehen andere Quellen für diese Zeit von einer offiziellen Arbeitslosenrate von über 30% aus.

Das Wiederaufleben der Gewerkschaftsbewegung

Die ökonomische Krise provozierte gewerkschaftliche Kämpfe. Hier stützt man.

Wie können in einem Land mit einer so grausamen Repression plötzlich Gewerkschaften aktiv werden? Zur Beantwortung dieser Frage müssen wir wieder die Anfänge des Regimes betrachten. Mit einem ihrer ersten Gesetzesdekrete zerschlug die Junta die Gewerkschaftszentrale CUT. Das betraf aber scheinbar nicht alle Mitgliedsorganisationen. So kann man dem Internetauftritt der ANEF (Nationaler Verband der Angestellten des öffentli-

chen Dienstes) entnehmen, dass ihre Existenz keine Unterbrechung erfuhr. Dies lag vielleicht an ihrem damaligen Vorsitzenden Tucapel Jiménez. Er stand den Militärs nahe und verteidigte auf internationalem Parkett die Regierung Pinochet.

Möglicherweise ist dieser Widerspruch auch auf die Politik der Christdemokraten zurückzuführen. Einerseits war und ist diese Partei in den Gewerkschaften verwurzelt. Sie dominierte einzelne Verbände wie den der Kupferarbeiter. In den Minen El Teniente und Chuquicamata streikten sie gegen die Regierung Allende. Damit beteiligten sie sich an der Zerrüttung der wirtschaftlichen Basis des Landes und bereiteten den Boden für das Eingreifen der Militärs, das von der Christdemokratischen Partei zuletzt sogar offen gefordert wurde. Die Generäle hatten also anfangs keinen Grund diese Gewerkschaften als Gegner zu betrachten und ließen sie vielleicht fortbestehen. Das ist den damals bevorzugten Verbänden heute peinlich und sie breiten den Mantel des Vergessens über diese Zeit. Zumindest kann man feststellen, dass nach dem Putsch aufgrund der harten Repression jede gewerkschaftliche Tätigkeit zum Erliegen kam.

Auch auf dem Feld „Arbeitnehmerorganisationen“ agierte die Junta ziemlich geschickt. Ihr war offensichtlich bewusst, dass sie sich in einer Klassengesellschaft naturwüchsig bilden. Dieses gesellschaftliche Bedürfnis wollte man mit korporatistischen Organisationen kanalisieren. Mit Gewerkschaftsführern wie dem schon erwähnten Tucapel Jiménez gründete man die Central Nacional de Trabajadores (Nationale Zentrale der Arbeiter – CNT). Doch das Projekt scheiterte, da ihm nicht nur die Traditionen der chilenischen Arbeiterklasse entgegenstanden. Es fehlten außerdem die ökonomischen Mittel zur Ruhigstellung der Beschäftigten.

Auf der anderen Seite war es dem Militär wohl auch nicht möglich mit der Zerschlagung der als feindlich eingeschätzten gewerkschaftlichen Strukturen auch die in den Betrieben verbliebenen informellen Zusammenhänge auszumerzen. Irgendwann zwischen 1975 und 1977 gründeten 17 Organisationen die Coordinadora Nacional Sindical (Nationale Gewerkschaftskoordination – CNS). Hin-

sichtlich des exakten Gründungsjahres findet man unterschiedliche Angaben. Das zeigt vielleicht recht gut, dass sich die Gewerkschaften nur langsam wieder aus der Deckung trauten. Bezeichnend für die innenpolitische Lage ist, dass sich auch die CNS nur im Schatten der Katholischen Kirche bilden konnte.

Mit der Gründung dieser ersten staatsfernen Gewerkschaftskoordination begann eine wechselvolle Geschichte. Der Staat reagierte auf diese neue Gewerkschaftsbewegung mit der gesamten Palette seiner Möglichkeiten. Dabei schwankte er zwischen den Extremen. Sie reichten von Kontakten mit Gewerkschaftsführern bis zu ihrer Ermordung. So verschwindet im Juli 1976 der Kommunist Juan Gianelli, ein Gründungsmitglied der CNS. Allerdings geht aus der Literatur über diese Jahre oftmals nicht klar hervor, ob es sich um Vertreter unabhängiger Gewerkschaften handelte, wenn von Kontakten der Militärs mit Gewerkschaftern die Rede ist.

Auch außerhalb des Schutzeschirmes der Katholischen Kirche kam es zur Bildung von kleineren gewerkschaftlichen Zusammenschlüssen. So gründete sich in Santiago das Comité Coordinador de Trabajadores (Koordinationskomitee der Arbeiter – CCT). Das widerspiegelt in gewisser Weise die Spaltung der politischen Opposition gegen die Diktatur. Im gewerkschaftlichen Bereich kann sie später überwunden werden. Dennoch führen die kirchliche Patenschaft bei der Gründung und die gezielte Repression gegen die in ihr wirkenden Linken dazu, dass die neue Gewerkschaftsbewegung christdemokratisch geprägt ist.

Begünstigt wurde dies von der radikalen Linken mit ihrer Orientierung auf den bewaffneten Kampf. Das betraf hauptsächlich den MIR und wird heute von damals Aktiven kritisch gesehen. In einem Interview mit Gaby Weber äußert sich ein „Enrique“ so: *„Was die Ausbildung der gewerkschaftlichen Kader und der Anführer der sozialen Bewegungen anging, ließen wir der Christdemokratie bzw. der katholischen Kirche den Vortritt.“*

Bei der Erkämpfung von gewerkschaftlichen Rechten spielte auch der Druck aus dem Ausland eine wichtige Rolle. So hatte der Antrag des Nordamerikanischen Gewerkschaftsdachverbandes AFL-CIO bei einem inter-

amerikanischen Gewerkschaftstreffen Erfolg, einen Hafenboykott gegen Chile auszurufen. Einen Boykott der aus Chile kommenden Schiffe, der insbesondere die Ausfuhr von Früchten verhindert hätte, fürchteten die Militärs. Und so sah sich die Regierung gezwungen geheime Verhandlungen mit dem AFL-CIO aufzunehmen.

Die Junta musste erkennen, dass sie ohne Zugeständnisse den Boykott nicht vom Tisch bekommt. Daher verfasste der Arbeitsminister José Piñera, der Bruder des gegenwärtigen Präsidenten, zwei Gesetzesdekrete, die den Arbeitern erste gewerkschaftliche Rechte zubilligten. Eine Reihe weiterer Dekrete folgte, die den Rahmen für das Wirken von Gewerkschaften schufen. Schließlich wurde so ein Arbeitsrecht auf der Basis neoliberaler Prinzipien geschaffen. Es beinhaltet die Beschränkung einer Gewerkschaft auf nur einen Betrieb und das Verbot von Dachverbänden.

Auf der Basis dieser Gesetze wurden 1981 einige Führer der CNS zu Gefängnisstrafen verurteilt und des Landes verwiesen. Im folgenden Jahr wurde der uns schon bekannte Tucapel Jiménez von einer Todesschwadron ermordet. Er war zwischenzeitlich in Opposition zu Pinochet gegangen und Mitglied der CNS.

Das ist die politische Lage bei Ausbruch der Wirtschaftskrise. Die Gewerkschaften versuchen mit betrieblichen Streiks Gehaltserhöhungen durchzusetzen. Ebenso finden Proteste zur Verteidigung ihrer Arbeitsplätze statt um die Regierung zum Eingreifen zu bewegen. Diese hatte mit Hilfsaktionen einige Finanzgruppen gerettet und ebensolches fordern nun die Arbeitnehmer für ihre Arbeitsplätze, doch sie stoßen damit meist auf taube Ohren.

In dieser Situation hatte der Aufruf zu einem, selbstverständlich verbotenen, Generalstreik die Wirkung des Funkens der ein Feuer auslöst. Er kam von der Confederación de Trabajadores del Cobre (Bund der Kupferarbeiter – CTC). Da der politische und militärische Druck – die Armee hatte schon die wichtigsten Minen des Landes umstellt – zu groß wurde, sah er sich gezwungen zurückzuweichen. Doch zusammen mit der Absage des Streiks gab der Vorsitzende, Rodolfo Seguel, eine neue Losung aus. Er forderte die Menschen zu einem nationalen Protesttag auf. Der zentrale Punkt des Aufrufes lautete, dass man ab 20 Uhr das Licht abschalten und mit dem Scheppern von Kochtöpfen beginnen soll.

Am 11. Mai 1983 warteten alle gespannt darauf, was passieren wird.

Der Tag unterschied sich in Santiago nicht wesentlich von anderen. In den Kupferminen war zwar die eine oder andere Schicht ausgefallen aber sonst blieb es weitgehend ruhig. Doch um 20 Uhr begann das Schlagen der Kochtöpfe. Man hörte den Lärm nicht nur in den ärmeren Vierteln. Die Proteste erreichten sogar Providencia und Las Condes, Wohngegenden der Bessergestellten. Die Polizei war dort wie gelähmt. In den Armenvierteln gingen die Menschen sogar auf die Straße. Laut den schon erwähnten Sozialwissenschaftlern machten dabei die Frauen den Anfang. Hier zeigte die Arbeit der Selbsthilfegruppen Wirkung. Doch bei den Armen griff die Polizei ein. In der Nacht kam es zu zwei Toten und 600 Verhafteten.

Es fehlt der Platz ausführlich zu beschreiben, was dieser Tag, bzw. diese Nacht, emotional für die Menschen in Chile bedeutete. Die politische Wertung ist da einfacher. Zum ersten Mal seit dem Putsch stellte sich eine Massenbewegung öffentlich gegen die Militärregierung. Doch leider ist der Erfolg dieses Tages nicht auf eine erstarkte Linke zurückzuführen. Lassen wir das die beiden Sozialwissenschaftler erklären: „*Zeichen der Zeit, die Verbände welche Basis des Staatsstrechs waren begannen offen zur Opposition zu wechseln.*“

Damit hatte sich ein Epochenwechsel vollzogen. Dem ersten Protesttag folgten weitere. Sie führten zu einem zwischen der Rechten und Vertretern der Mitte ausgehandelten Übergang. Dieser Prozess und das Agieren der Linken in ihm wird in der nächsten Ausgabe behandelt.

Anzeige

Marxistisches Forum Heft 62 erschienen

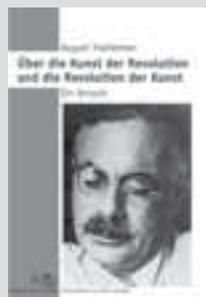
Preis 4 Euro zuzüglich Porto
Alle bereits erschienen Hefte sind über den GNN Buchversand aber auch über den Buchhandel zu beziehen.

GNN Buchversand
Badeweg 1, 04435 Schkeuditz
Tel.: 03 42 04 / 6 57 11, Fax 03 42 04 / 6 58 93
www.gnn-verlag.de,
GNN-Schkeuditz@t-online.de



August Thalheimer

Über die Kunst der Revolution und die Revolution der Kunst Ein Versuch



Broschüre, DIN-A5
80 Seiten, 6,- €
Herausgegeben von
Heiner Jestrabek.

Das Essay des oppositionellen Kommunisten Thalheimer entstand Ende der 1940er Jahre im kubanischen Exil. Es beinhaltet Reflexionen zur marxistischen Ästhetik und zur Kritik der damaligen Sowjetunion. Ein großer Teil der Schriften Thalheimers aus dem kubanischen Exil ging verloren. Jetzt liegt dieser wichtige Text erstmals vollständig vor. Mit editorischen Vorbemerkungen und einer Einführung von Theodor Bergmann.

Bestellungen an:

T. Gradl,
Postfach 910307,
90261 Nürnberg

Das britische Volk entscheidet sich – aber wofür?

Mehrere Kommentatoren haben es so formuliert, dass, obwohl das britische Volk bei der Parlamentswahl am 6. Mai gesprochen hat, es unklar ist, was es gesagt hat. Der Grund dafür ist, dass keine Partei eine Mehrheit an Sitzen hat, keine von ihnen wird als geeignet angesehen, zu regieren. Als Konsequenz daraus wurde nach einem fünftägigen Pferdehandel eine Koalitionsregierung von Tories und Liberaldemokraten gebildet. Außer während des II. Weltkriegs hat es seit den 30er Jahren keine Koalitionsregierung mehr gegeben. Was sollen wir damit anfangen?

Vor dem eigentlichen Wahlkampf hatten die Konservativen eine zeitlang in den Meinungsumfragen geführt. Labour war zurückgelegen, zeitweise holten sie fast auf, aber dann fielen sie wieder zurück, als der Skandal um die mißbräuchliche Verwendung von Aufwandsentschädigungen enthüllt wurde, oder eine weitere Attacke auf Gordon Brown von einem seiner Ex-Kollegen offenbar wurde und Anschläge von Ex-Ministern, ihn niederzumachen, kamen und gingen, ohne irgendeine Wirkung zu entfalten. Das Ganze wurde, wie üblich, als Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen zwei Pferden gesehen.

Der Wahlkampf ging sehr langweilig los bis zur ersten von drei Fernseh-Live-Debatten mit den wichtigsten Parteichefs. Nach der am 15. April wurde das Ganze plötzlich zu einem Rennen mit drei Pferden, da Nick Clegg, der Führer der Liberaldemokraten, so was wie ein Pin-up Boy wurde. Es entwickelte sich eine „Cleggmania“ wegen einer Person, die überhaupt zu erwähnen die meisten Leute vor der Fernsehdebatte sich schwer getan hätten. Über Nacht wurde er zur TV-Persönlichkeit. Labour rutschte in den Umfragen auf den dritten Platz ab. Plötzlich begannen ihre wichtigsten Figuren im Wahlkampf nett über Nick zu sprechen. Die Tories andererseits bekamen es mit der Angst zu tun. Sie fingen an,



Die neue britische Regierung

gemein zu werden, und die konservative Presse begann, Cleggs Image zu zerstören; sogar mit Hitler wurde er verglichen. Nachdem der Guardian seine Unterstützung für die Liberaldemokraten erklärt hatte, wurde Labour nur noch vom Daily Mirror unterstützt. Nichtsdestoweniger vererbte im Laufe des Wahlkampfes die Unterstützung für die Liberaldemokraten langsam.

Das tatsächliche Ergebnis löste Betroffenheit aus, wie auch die Wahlbeteiligung von 65%. Hunderte von Wählern standen stundenlang in der Schlange vor den Wahllokalen; es gab nicht genug Personal, noch Wahlunterlagen, um sie damit zu versorgen. Hunderte wurden überall im Land um 22 Uhr weggeschickt, ohne dass sie hätten wählen können. 2005 hatte die Beteiligung bei 61% gelegen; sie war von 59% im Jahr 2001 angestiegen wegen der Einführung der Briefwahl. Die korrupten Praktiken vieler Parlamentsmitglieder und eine Stimmung, „sie schachern sich alles selbst zu“, hatten nicht zu größerer Apathie und Enthaltung geführt.

Die Tories gewannen 306 Sitze; vorher hatten sie 198. Das war aber nicht genug, um über eine Mehrheit zu verfügen und kaum ein Zeichen von Vertrauen. Viele Tories, die David Cameron nicht leiden können und dass er die Partei ins Zentrum gerückt hat, sehen den Wahlkampf als Fehlschlag an. Die Labour-Party fiel von 356 auf nur noch 258 Sitze zurück. Sie erlitt aber keinen Kollaps und kam auf dem zweiten Platz ein. Die Liberaldemokraten verloren sogar 5 Sitze und kamen nur noch auf 57. Anders ausgedrückt: Ungewöhnlicherweise

erhielt keine der Parteien den Auftrag, zu regieren.

In Schottland gewann Labour zwei Sitze zurück, die sie bei Nachwahlen verloren hatten. Im übrigen blieb die Anzahl der Abgeordneten der Liberaldemokraten und der SNP gleich, wie auch diejenige der Tories: einer. Die Schotten müssen wohl ein längeres Gedächtnis haben als viele Engländer.

In Wales jedoch, das ebenfalls als toryfreie Zone gegolten hatte, gewannen sie fünf weitere zu ihren drei Sitzen dazu. Den Liberaldemokraten und Plaid Cymru gelang es nicht, irgendeine Wirkung zu erzielen, daher ist Labour immer noch dominant. Sie gewannen den Sitz von Blaenau Gwent von Labour-Rebellen zurück.

In Nordirland blieb alles beim alten, außer dass der Parteichef der DUP, Peter Robinson, seinen Sitz in Belfast East an die nicht konfessionsgebundene Alliance-Party verlor. Robinson büßte für die finanziellen Unregelmäßigkeiten seiner Frau. Sie gab das Geld für ihren jugendlichen Liebhaber aus. Trotzdem bleibt Robinson der Chefminister der Regionalregierung von Nordirland – vorerst jedenfalls. Die Tories hatten versucht, dort ein Comeback zu schaffen und waren ein Bündnis mit der traditionellen Unionist Party eingegangen, die von der DUP ersetzt worden ist. Das Bündnis verfehlte aber sein Ziel und gewann nicht einen einzigen Sitz. Die einzige Abgeordnete, die (die UP) schon hatte, trat aus Protest gegen das Bündnis zurück; sie errang ihren Sitz in Down North wieder.

Es gab eine durchschnittliche Abwanderung von 5% der Wählerstimmen von Labour zu den Tories, aber in manchen Teilen des Landes erhielt Labour einen Zugewinn von den Liberaldemokraten. So nahmen sie ihnen zum Beispiel die zwei Sitze in Hackney und die zwei Sitze in Islington ab. In Liverpool nahm Labour in jedem Wahlkreis auf Kosten der Liberaldemokraten zu (auch im Stadtrat). In Barking gewann Margaret Hodge, die von der Labour Party

und Antifaschisten unterstützt wurde, nicht nur von den Konservativen, sondern sie schlug die BNP vernichtend. Dagegen holte sich in Brighton Pavillion Caroline Lucas, die populäre linke Parteichefin der Grünen, den Sitz von Labour. Dies ist der erste, den sie jemals in Westminster erringen konnten.

Gauner aus allen Parteien, die nicht strafrechtlich verfolgt werden oder hinaus geworfen worden sind oder zurückgetreten sind wegen des Ausgabenskandals, wurden von den Wählern bestraft. Tom McNulty, der sein Elternhaus (steuerlich) absetzte; Jacqui Smith, die ihr eigenes Haus absetzte, während sie in einem Zimmer bei ihrer Schwester in London wohnte; Charles Clarke, der mich mit seinem pausbäckigen, unrasiertem roten Gesicht an einen heimatlosen Tramp erinnerte, der gerade seine Flasche mit Cider weggestellt hat, um im Fernsehen zu sprechen, und ständig versuchte, eine Revolte gegen Brown anzuzetteln; Vera Baird, die sich heftig Versuchen widersetzte, die Anzahl der Tage auszuweiten, die Terrorismusverdächtige ohne Gerichtsurteil eingesperrt werden konnten, bis sie den Posten des Generalstaatsanwalts erhielt, sind nur einige wenige der Labour-Abgeordneten, die bei den Wahlen durchfielen. In Wells beendeten die Wähler eine 86 Jahre anhaltende Tradition, einen Tory zu wählen, indem sie David Heathcoat-Amory hinaus warfen, der berühmt dafür ist, die Steuerzahler für den Unterhalt für seinen Garten aufkommen zu lassen, einschließlich riesiger Mengen von Pferdemit. Zweifellos werden viele dieser schrecklichen Menschen von anderen ebenso widerlichen ersetzt worden sein, aber zumindest eine kleine Schadenfreude kann einen für einen kurzen Moment aufmuntern.

Da wir gerade von Schadenfreude sprechen: Es war erfreulich, zu sehen, dass die BNP nicht nur keinen einzigen Sitz erringen konnte, sondern auch all ihre 12 Sitze im Rat von Barking & Dagenham verlor, einen Einbruch ihres Stimmenanteils in Burnley erlitt, noch einmal zwei ihrer Sitze im Stadtrat von Stoke-on-Trent verlor. (zwei sind kürzlich zurückgetreten, als aufgedeckt wurde, dass die Leugnung des Holocaust in der BNP immer noch fröhlich am Leben ist.) Das magere Ergebnis des Führers der BNP,

Nick Griffin, gegen Margaret Hodge in Barking, der armselige Auftritt des stellvertretenden Parteivorsitzenden Simon Darby in Stoke Central, dies wird alles weiter zur Krise in der BNP beitragen, verbunden mit Rücktritten und einer vermuteten Verschwörung einiger Partei-offizieller vor und während des Wahlkampfes mit dem Ziel, Griffin umzubringen. Und natürlich das Scheitern der UKIP, auch nur einen Sitz zu erringen. Nigel Farage selbst, der bis vor kurzem Parteiführer war, wurde aus dem Europaparlament ausgeschlossen wegen eines Versuchs, Publicity zu erringen, und am Wahltag, als er versuchte, das selbe mit einem Leichtflugzeug zu tun, schlug er auf dem Boden auf. War das symbolisch? Er wurde allerdings nicht schlimm verletzt.

Auch Respect wurde von Labour vernichtend geschlagen, sowohl in Bethnal Green & Bow, wo George Galloway seinen Sitz hatte, mit einem neuen Kandidaten, als auch in Poplar & Limehouse, wo Galloway dieses Mal antrat. Nur Selma Yaqoob in Birmingham Hall Green stellte für Labour eine Gefahr dar. Sie erhielt respektable 25,12% der abgegebenen Stimmen. Der Labour-Kandidat, der Galloway schlug, Rushanara Ali, ist der erste Mensch aus Bangla Desh, der ins Parlament gewählt wurde und eine von drei muslimischen Frauen, die Abgeordnete wurden – ein Zeichen des Fortschritts.

Abgesehen von Salma Yakoob und ungefähr einem dutzend Linker in der Labour Party scheiterten all die verschiedenen linken Parteien und Wahlbündnisse trostlos bei ihrem Versuch, irgendeine Bedeutung zu erreichen. Die TUSC (Trade Unionist & Socialist Coalition) trat in 32 Wahlkreisen in England und Wales an. Sie erhielt insgesamt 11.317 Stimmen, davon gingen allein 1.592 an Dave Nellist, der, bevor er aus der Labour Party ausgeschlossen wurde, ein populärer Labour-Abgeordneter war. In Schottland trat TUSC in 10 Wahlkreisen an und erhielt insgesamt 3.523 Stimmen, 931 davon gingen an Tommy Sheridan. Die Skandale, in die Tommy verwickelt war, haben das Ansehen aufgezehrt, das er sich erworben hatte, als er die Kampagne gegen die Poll Tax in Schottland angeführt hatte. Die Scottish Socialist Party trat ebenfalls in 10 Wahlkreisen in Schottland an;

sie erhielt 3.157 Stimmen. Es sieht so aus, als sei die SSP auch durch Tommys Skandal und den Bruch mit ihm diskreditiert worden. Die Communist Party of Britain trat in 6 Wahlkreisen an; sie erhielt 947 Stimmen. Mitglieder der CPB traten auch in anderen Bündnissen an und Avtar Sadiq, ein Mitglied der Indian Workers Association, CPI (Marxist), kandidierte in Leicester East; er erhielt 494 Stimmen.

Klar, es gibt außerhalb von Labour keine größere Unterstützung für linke Positionen/Linke, obwohl New Labour allgemein diskreditiert ist und besonders im Fall vieler ihrer Abgeordneten wegen des Ausgabenskandals. Der Krieg im Irak ist als ein Grund der Unzufriedenheit im Schwinden begriffen und Afghanistan ist für das allgemeine Publikum nicht von Bedeutung, trotz weit verbreiteter Zweifel über den Zweck des Kriegs. Die Folgen der Finanzkrise und der Bankenkrise sind die Hauptsorgen.

Clegg machte klar, dass es keine Übereinkunft mit Labour geben könne, solange Gordon Brown deren Vorsitzender bliebe. Er begann sofort, mit Cameron über die Bildung einer Koalition zu verhandeln. Scheinbar gab es auch einige Kontakte mit Leuten von Labour. Aber gegen Ende der Verhandlungen wurden kurze Unterredungen mit Labour geführt, obwohl es zweifelhaft ist, ob sie ernsthaft waren. Ein prominenter Abgeordneter von Labour nach dem anderen sprach sich öffentlich gegen ein Übereinkommen mit den Liberaldemokraten aus. Eine solche Koalition hätte die SNP, Plaid Cymru und die DUP einschließen müssen. Sie wäre instabil gewesen. Gegner (einer solchen Koalition) von Labour speziell im Norden von England, wie David Blunkett, sind nicht nur von den Liberaldemokraten bedroht, sondern kennen sie auch sehr gut aus den Kommunalverwaltungen als prinzipienlose Verbündete, denen man in bezug auf Vereinbarungen nicht vertrauen kann; aber in den Fällen, wo es keine Tories gibt, treten sie an deren Stelle. Der Gouverneur der Bank von England sagte, wer auch immer es in Angriff nehmen wolle, das Haushaltsdefizit zu reduzieren, wäre so unpopulär, dass er eine Generation lang nicht mehr an die Macht käme. Das hat sicher die Meinung mancher La-

bour-Abgeordneter mit geprägt. Was wäre denn besser, um mitzuhelfen, die Liberaldemokraten zu zerstören, als ihnen zu erlauben, die Drecksarbeit zu machen?

Die Übereinkunft zwischen Tories und Liberaldemokraten verpflichtet sie, die Staatsausgaben in diesem Jahr um sechs Milliarden Pfund zu kürzen, sie begrenzt die Einwanderung, ein Reformprogramm bei den Sozialausgaben wird vollständig in die Tat umgesetzt, ein Schulreformprogramm erlaubt es Eltern und freiwilligen Zusammenschlüssen, Schulen zu gründen, die Einführung von Personalausweisen wird zurückgenommen, ebenso der Entwurf für einen biometrischen Paß, die Informationsfreiheit wird ausgeweitet und gesetzliche Vorschriften über die Üble Nachrede werden überarbeitet; dies soll eine größere Redefreiheit zur Folge haben. Die Liberaldemokraten gaben ihre ablehnende Haltung bezüglich der Erneuerung der Trident Atom-Uboote auf. Großbritanniens europafreundlichste Partei stimmte zu, auszuschließen, dass der Euro eingeführt wird und Abstimmungen abzuhalten, bevor irgendeine weitere Souveränität an die EU abgegeben wird. Die Liberaldemokraten erhielten von den Konservativen Zugeständnisse, ein Referendum abzuhalten, um eine Form des „Alternative Vote“ Systems einzuführen (eine Abwandlung des geltenden Mehrheitswahlsystems war bereits mehrfach im Gespräch, so u.a. 1998 bei der Jenkins-Kommission „Alternative Vote plus System“). Das Parlament wird an eine fünfjährige Sitzungsperiode gebunden sein, das Oberhaus wird ganz oder überwiegend gewählt werden, die Steuern auf die niedrigsten Einkommen werden gesenkt werden und der Plan der Tories, den Reichen durch eine neue Erbschaftsteuer zu helfen, wird für ein Jahr auf Eis gelegt. Andererseits gaben die Liberaldemokraten ihren Plan auf, Immobilien im Wert von mehr als zwei Millionen Pfund zu besteuern.

Als Charles Kennedy als Vorsitzender der Liberaldemokraten abgesetzt wurde, wandelte sich die Partei vom einer sozialliberalen zu einer wirtschaftsliberalen. Daher können die Kräfte, die Clegg repräsentiert, mit denen, die Cameron repräsentiert,

zusammenarbeiten. Eine Konferenz der Liberaldemokraten in Birmingham gab Clegg das Placet, obwohl Kennedy und sogar Paddy Ashdown Zweifel äußerten. Auch rechte Tories sind über Cameron unglücklich, aber diese Koalition ist genau das, was die Herrschende Klasse in diesem Moment braucht. So wird es dauern, bis die Belastungen zu groß werden als Ergebnis der wachsenden außerparlamentarischen Opposition über die geplanten Einschnitte, Steuererhöhungen und Ähnliches.

Verschiedenste Abgeordnete von Labour sprechen darüber, dass die Partei sich erneuern muss und dass sie sich mit ihren traditionellem Anhängern wieder verbinden müsse; sie sagen, New Labour ist tot und ein neuer Wertekatalog muß gefunden werden. Es ist schwer, sich vorzustellen, was das für Werte sein sollten, nachdem ein Bekenntnis zum Sozialismus aufgegeben wurde und dafür eine Wirtschaftspolitik nach Thatcher-Art angenommen wurde. In dem Moment, in dem dies geschrieben wird, sind sich nur zwei Kandidaten aufgetreten, die Brown ersetzen wollen, nämlich die Brüder Miliband, Ed und David. John Cruddas hat sich selbst ausgeschlossen. Er erhielt bei der letzten Wahl der Parteiführung als traditioneller Linker signifikante Unterstützung bei der Abstimmung über den stellvertretenden Parteivorsitzenden. Ed ist ein bißchen linker als David, der ein ausgesprochener Unterstützer einer britischen imperialistischen Weltrolle und er ist in der Tasche der USA. Als Georgien seinen Krieg gegen Südossetien anfang und Rußland diesem zu Hilfe kam, prangerte David Rußland an. Als Ed gefragt wurde, wen von ihnen seine Mutter Marian wohl unterstützen würde, antwortete er: „Keinen von beiden, mit ihren Ansichten wird sie den Linken John Cruddas unterstützen.“ (Das war, bevor dieser sich selbst ausgeschlossen hatte.) Wir haben nicht viel von Ed gesehen, um seine Ansichten bewerten zu können, aber David zeigte in seiner Zeit als Außenminister, dass er „Blair plus“ vertritt. Labour kann sich in der Hinsicht erneuern, dass sie neue Mitglieder gewinnen, allein deshalb, weil sie in der Opposition sind, aber in Bezug auf Ideen ist eine Erneuerung zweifelhaft.

m. j. (18. 5. 2010)

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, pro Heft € 3.- / Abo € 13.-
Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 167 Frühjahr 2010, 44 S.

- Dresden 2010 – Sie kamen nicht durch!
- Rückblick: „Es war ein Tag der überaus festlichen Reden“
- Studentenproteste im Herbst 2009
- Bolivien nach der Wahl
- Die Erschaffung einer rechten Dominanz in Chile / Teil I
- Rückblick auf den Hitler-Stalin-Pakt
- Zum Jahrestag der Bremer Räterepublik
- 90. Jahrestag des Kapp-Lüttwitz-Putsches
- Wie ist das mit dem Feind meines Feindes?
- November 1918 – Versuchte Revolution

Nr. 166 Winter 2008/09, 44 S.

- Nach den Wahlen
- SPD 2010 – Schuld und Sühne
- Die Jahreskonferenz der Gruppe
- Darf in Lateinamerika wieder geputzt werden?
- Der Durchbruch der BNP
- Rezensionen: Den Hitler jag ich in die Luft
- Zieglers heiliger Zorn
- Kommunismus in Österreich
- Die Arbeiterpolitik der Bremer Linken – Teil II
- Mumia Abu-Jamal

Nr. 165 Herbst 2009, 32 S.

- Nicaragua: Pragmatismus oder Verrat?
- Ein schwerer Verlust: Peter ist tot!
- „Wir bleiben hier. dafür kämpfen wir“
- „Septemberstreiks“ 1969
- Vor 25 Jahren: Bergarbeiterstreik in Großbritannien
- Die Arbeiterpolitik der Bremer Linken
- Klassengesellschaft/Klassenverhältnisse
- Mit Demographie und Demagogie zur Demontage des Sozialstaats
- Internationalisten an den antifaschistischen Fronten

Nr. 164 Sommer 2009, 36 S.

- Hilflos gegen die Krise
- Ruhe vor dem Sturm?
- Dunkle Wolken an Zentralamerikas Horizont
- Südkonferenz 2009 in München
- Zur Bundestagswahl
- Tschechische KP: Wie geht es weiter?
- Lateinamerika: Reform als Revolution
- Der Kaiser ging, der Führer ging – die Waffenschmieden blieben
- Perspektive für einen neuen Internationalismus
- Arbeitszeitverkürzung: Notwendiger denn je

Bestellungen bitte an:

Gruppe Arbeiterstimme

T. Grادل, Postfach 910307

90261 Nürnberg

Probehefte versenden wir gratis!

Arbeiterstimme

www.arbeiterstimme.org

Zum 5. Todestag von Jürgen Seifert



Am 4. Juni jährt sich zum fünften Mal der Todestag des Politikwissenschaftlers, Juristen und BürgerInnenrechtlers Jürgen Seifert. Eine detaillierte Darstellung seines umfangreichen wissenschaftlichen und politischen Schaffens sowie eine eingehende Würdigung seiner Bedeutung für die Linke in der BRD kann an dieser Stelle nicht auch nur ansatzweise bewerkstelligt werden. Es können im Folgenden vielmehr nur einige besonders markante Wegmarken seines Lebens aufgezeigt werden.

Jürgen Seifert wird am 18. 4. 1928 in Berlin geboren. Während des Zweiten Weltkrieges ist sein Vater als hoher Nachrichtendienstbeamter in Hermann Görings Reichsluftfahrtministerium für die Telefon- und Fernmeldeüberwachung zuständig. Als Flakhelfer erlebt Jürgen Seifert die letzte Kriegszeit, er ist noch bis über Hitlers Selbstmord hinaus vom „Endsieg“ des faschistischen Deutschlands überzeugt. Über die Tätigkeit im Reichsluftfahrtministerium hat der Vater auch später seinem Sohn nie das von ihm so dringlich gesuchte offene und vertiefende Gespräch ermöglicht.

Nach dem Ende des Krieges beginnt für Jürgen Seifert der lange Weg des Umdenkens. Er macht eine Lehre als Werkzeugmacher, wird IG Metall-Mitglied, macht Gemeinschaftserlebnisse in der bündischen Jugendbewegung, liest dort intensiv Ernst-Jünger. Geprägt durch diese Erfahrungen wendet sich Seifert denjenigen Juristen zu, die als politisch Oppositionelle die NS-Herrschaft in Deutschland bekämpft haben oder aber vor dieser ins

Ausland fliehen mussten – wie zum Beispiel Franz Neumann oder Otto Kirchheimer. Daneben widmet er seine wissenschaftliche Aufmerksamkeit auch Fritz Bauer und den Werken von Wolfgang Abendroth. Und gleichzeitig setzt er sich intensiv u.a. mit Carl Schmitt und dessen antidemokratischen und autoritären Denken auseinander. Von 1951 an studiert Jürgen Seifert Rechtswissenschaften in Münster, mit ausgedehnten Hegel-Studien, er macht Studien-Aufenthalte in Bristol und Bologna. Der 28jährige Student Seifert erhält Ende April 1956 einen Brief aus Plettenberg: „Vor allem ist es Ihnen gelungen, über die Zäune und Sperren der wissenschaftlichen Arbeitsteilung hinweg einen Zusammenhang sichtbar zu machen.“ Das schreibt Carl Schmitt an den Studenten, der ihm sein Referat über die Nachkriegsschriften des Staatsrechtlers geschickt hatte. Dieses Referat hat Jürgen Seifert im „Collegium Philosophicum“ des Münsteraner Philosophen Joachim Ritter vorgetragen, in jenem offenen Kreis junger Denker, dem er zwischen 1955 und 1959 angehört und zu dem u.a. auch Ernst-Wolfgang Böckenförde, Odo Marquard, Hermann Lübbe, Robert Spaemann und Ernst Tugendhat gehört haben. Diesen Kreis bezeichnet Seifert auch später immer als einen „Ort der Freiheit“, einen „Ort des Denkens“ (Seifert 2001, S. 195). Dass ein Denker wie Carl Schmitt für Seifert verführerisch ist, er dessen Denken jedoch nicht folgt, sondern vielmehr sein Leben lang ein entschiedener „Feind in der Sache“ bleibt, zeigt die intellektuelle Offenheit des aktivierenden Reflektierers Jürgen Seifert.

Der SPD tritt Seifert im Jahr 1954 bei, ab 1957 arbeitet er aktiv im Münsteraner SDS mit. Dort befreundet er sich eng mit Ulrike Meinhof und organisiert zusammen mit ihr die studentische Anti-Atombewegung. Nachdem sich die SPD mit dem immer linker gewordenen SDS überworfene hat, wird Jürgen Seifert als Bundesvorstandsmitglied des SDS im Jahr 1961 aus der SPD ausgeschlossen.

Als keinem Dogma verhafteter linksorientierter sowie kritischer Jurist und Politikwissenschaftler, be-

harrt Jürgen Seifert stets auf den freiheitsverbürgenden Menschen- und Grundrechten als einer grundlegenden Bedingung für soziale emanzipatorische Bewegungen. Jürgen Seifert ist sowohl Assistent bei dem während des Faschismus aus Deutschland emigrierten Politikwissenschaftlers Arkadij Gurland an der TH Darmstadt, als auch juristischer Experte der Gewerkschaften bei deren Kampf gegen die Notstands-Gesetzgebung, 1963 veröffentlicht er mit Unterstützung und einem Vorwort des hessischen Generalstaatsanwalts Fritz Bauer sein kritisches Werk zu den Notstandsgesetzen „Gefahr im Verzuge“. Im gleichen Jahr erscheint auch sein erster Artikel in der Zeitschrift vorgänge – das Thema ist natürlich die geplante Notstandsgesetzgebung. Diesem ersten Beitrag von ihm in der Zeitschrift werden in den folgenden Jahrzehnten noch sehr viele weitere folgen.

Es ist nicht zuletzt auch das Verdienst von Jürgen Seifert, dass bei der 1968 erfolgten parlamentarischen Verabschiedung der Notstandsgesetze, die mit einer Verfassungsänderung einherging, zumindest einige wichtige rechtsstaatliche Sicherungen aufgenommen werden.

Dass für Seifert als einer derart klar links profilierten und engagierten Persönlichkeit in einer juristischen Fakultät der BRD kein Platz ist, das kann angesichts des ungebrochenen historischen und strukturellen Konservatismus der Rechtswissenschaften in der Bundesrepublik nicht verwundern. Die politikwissenschaftlichen Fakultäten sind demgegenüber zumindest etwas „liberaler“, wie schon Anfang der 50er Jahre die Professur von Wolfgang Abendroth in Marburg zeigt. Jürgen Seifert tritt so im Jahr 1971 die Nachfolge Peter von Oertzens an und wird Professor für Politische Wissenschaften an der Universität Hannover. In den folgenden Jahren erscheinen seine grundlegenden und für die rechtspolitischen sowie für die theoretische Diskussionen eminent einflussreichen Werke wie „Kampf um Verfassungspositionen“ (1974), „Grundgesetz und Restauration“ (1977) und „Politik

zwischen Destruktion und Gestaltung“ (1977). Der Universität Hannover bleibt Jürgen Seifert auch nach seiner Emeritierung 1993 treu und bietet dort noch bis zu seinem Tode ein „Tagespolitisches Kolloquium“ an, das sich großer Beliebtheit erfreut.

Außer und parallel zu seiner Professur in Hannover ist auch das anderweitige wissenschaftliche und politische Wirken Jürgen Seiferts gleichzeitig immer breit und äußerst vielfältig. Er gehört der Redaktion der Zeitschrift „Kritische Justiz“ an, wirkt in Verfassungskommissionen von Bundesländern mit, wird als Berater zu den Arbeiten an der niedersächsischen Polizeireform hinzugezogen, gehört im Jahr 1979 zu den Mitbegründern des „Republikanischen Anwaltsvereins“ – um nur einige der wichtigsten seiner Tätigkeiten aufzulisten.

Einen besonderen Schwerpunkt seines Interesses und seiner Tätigkeiten legt Jürgen Seifert auf die Aktivitäten der deutschen Nachrichtendienste. Deren weitgehend unkontrolliertes Handeln im Geheimen prangert er immer wieder an. Für ihn ist es deshalb eine große Genugtuung, dass ihn die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Jahr 1997 als Mitglied der G 10-Kommission des Bundes benennt. Diese G 10-Kommission, ein gerichtsähnlich ausgestaltete Kontrollorgan, befindet über die Anträge des Bundesnachrichtendienstes, des Bundesamtes für Verfassungsschutz und des Militärischen Nachrichtendienstes, die Überwachung bestimmter Telekommunikationsverbindungen und des Brief- und Postverkehrs zu genehmigen. Jürgen Seifert hat diese ihm übertragene Aufgabe bis zu seinem Tod stets engagiert und kritisch wahrgenommen.

1964 wird Jürgen Seifert Mitglied der Humanistischen Union, ab 1974 ist er Mitglied des Bundesvorstandes, von 1983 bis 1987 ist er Bundesvorsitzender. Die Problematiken „Innere Sicherheit – Verfassungsschutz – Polizei“ auf der einen Seite und „Demokratie – Rechtsstaat – Freiheits- und Bürgerrechte“ auf der anderen Seite sowie deren angeblicher Widerspruch sind das, was Jürgen Seifert und die Humanistische Union immer wieder thematisieren.

Im Jahr 1977, auf dem Höhepunkt des Terrorismus der Roten-Armee-Fraktion (RAF) in der BRD und

der durch ihn ausgelösten Hysterie, die jeden, der auch lediglich bloß nach möglichen Motivationen der RAF-Mitglieder fragt, der auch nur ihr Verhalten zu verstehen – nicht zu rechtfertigen – versucht, als Sympathisanten abstempelt und zu einer existenzgefährdenden Gefahr für den bundesdeutschen Staat überhöht, interveniert die Humanistische Union. Die Bundesvorsitzende Charlotte Maack schreibt am 9. September 1977 einen Brief an den damaligen Bundespräsidenten Walter Scheel, der wesentlich von Jürgen Seifert formuliert worden ist. In diesem Brief wird beispielhaft seine generelle politische und juristische Position hinsichtlich der Problematik der „Sympathisanten“ deutlich:

„Beim Sympathisantenbegriff wird nicht unterschieden zwischen denjenigen, die sich durch Attentate oder ähnliches strafbar gemacht haben, solche Straftaten aktiv unterstützen, dazu auffordern und solche Straftaten billigen, und jenen, die aufgrund rechtsstaatlicher Erwägungen für einen fairen Prozess – ohne Verurteilung im voraus – und für strikte Einhaltung der auch für die Gegner der Verfassung geltenden Verfahrensgrundsätze eintreten oder die aus Sensibilität Mitleid haben (Sympathie) nicht nur mit den Opfern des Terrorismus, sondern auch gegenüber den Akteuren selbst verschuldeter Verstrickung Humanität wahren wollen. Politiker, Instanzen der Strafverfolgung und Publizisten verkennen oder verwischen bewusst den Unterschied zwischen politischer Solidarität mit den terroristischen Straftätern und dem Plädoyer, dass auch für solche Täter die rechtsstaatlichen Schutzpositionen gelten müssen und für sie Menschenwürde und Humanität zu wahren ist. (...) Wer Menschlichkeit auch gegenüber Akteuren selbst verschuldeten Leidens wahrt, ist kein ‚Sympathisant‘ und kein Förderer der Position der Terroristen.“

Dieser Brief gehört vermutlich zu den größten Erfolgen für Jürgen Seifert und der Humanistischen Union. Bundespräsident Scheel macht sich dessen inhaltliche Position in seiner Ansprache beim Staatsakt für den von der RAF ermordeten Präsidenten der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände Hanns-Martin Schleyer am 25. Oktober 1977 zum großen Teil zu Eigen. Walter Scheel nennt einerseits sehr deutlich die aktiven Helfer und Propagandisten der Gewalt und des Terrors beim Namen,

er distanziert sich jedoch andererseits von den verheerenden Folgen des Missbrauchs des Sympathisantenbegriffs. Die Bekämpfung der terroristischen Gruppen und ihrer Helfer geschieht seinen Worten nach am besten dadurch, *„dass wir sie von der Würde einer freiheitlichen Ordnung überzeugen. (...) Haben diejenigen, die die Terroristen geistig oder materiell unterstützen, überhaupt noch nicht begriffen, was eine demokratische Lebensordnung ist, so haben diejenigen, die auf der menschlichen Würde auch des Terroristen bestehen, die Demokratie zu Ende gedacht.“*

1978 veröffentlicht die Humanistische Union ihr Memorandum „Wo beginnt der Kernbereich des Rechtsstaats“, das sich mit den ausufernden Befugnissen der Sicherheitsbehörden befasst. Erstunterzeichner sind u.a. die damaligen beiden Bundesvorstandsmitglieder Jürgen Seifert und Otto Schily.

Von 1979 bis 1981 tagt im Haus von Till Müller-Heidelberg in Hannover Laatzten etwa alle acht Wochen der Arbeitskreis Verfassungsschutz der Humanistischen Union. Zu diesem Arbeitskreis gehören neben Jürgen Seifert noch Werner Holtfort, Gerhard Saborowski, Wolfgang Killinger, Johannes Haupt, Diethelm Damm und Till Müller-Heidelberg. Ergebnis der Tagungen ist die Broschüre *„Die (un)heimliche Staatsgewalt. Memorandum zur Reform des Verfassungsschutzes“*. Die Verfasser glauben damals noch, dass eine derartige Reform möglich sei. Auch wenn sich dieses als irrig erweisen soll, so sind sie zumindest stolz darauf, in den folgenden Jahren feststellen zu können, dass praktisch jeder leitende Verfassungsschutzbeamte diese kritische Denkschrift kennt.

Jürgen Seifert veröffentlicht im Jahr 1984 als Bundesvorsitzender der Humanistischen Union selbst die Broschüre *„Auf dem Wege zu einer halbkriminellen Geheimpolizei. Memorandum zum Undercoveragent“*. 1986 geben Jürgen Seifert und Ulrich Vultejus gemeinsam die Publikation *„Texte und Bilder gegen die Überwachungsgesetze“* heraus.

Im Band 20 der Schriftenreihe der Humanistischen Union *„Innere Sicherheit – ja aber wie?“*, die unter dem Motto von Benjamin Franklin, einem der Gründungsväter der USA, steht *„Der Mensch, der bereit ist, seine Freiheit aufzugeben, um Sicherheit zu gewinnen,*

wird beides verlieren“ schreibt Jürgen Seifert zwei Beiträge zu dem Thema „Entscheidet der BND über das Fernmeldegeheimnis?“ und „Verfassungswidrigkeit des Einsatzes des Verfassungsschutzes zur Bekämpfung der sog. Organisierten Kriminalität“.

Seit 1997 erscheint jedes Jahr als ein alternativer Verfassungsschutzbericht der Grundrechte-Report. Die Idee zu diesem Report entsteht 1993 während einer Tagung der Humanistischen Union im Haus Villigst in Schwerte, auf der auch Jürgen Seifert anwesend ist. Von 1997 bis 2003 ist er Mitglied der Redaktion des Reports. In diesen Jahren tagt die Redaktion in der Regel mindestens einmal im Jahr in seinem Haus. Jürgen Seifert schreibt fast für jeden Band Beiträge. Im ersten Band aus dem Jahr 1997 veröffentlicht er sogar vier: „BND – der unkontrollierbare Mithörer“, „Scintology – keine Arbeitsbeschaffung für den Verfassungsschutz“, „Geheimdienste und Polizei: Trennung als Machtbeschränkung“ und „Hoheitliche Verrufserklärungen – Verfassungsschutzberichte verletzen Grundrechte“. Im Band aus dem Jahr 2003 ist sein letzter Beitrag zu finden: „Polizei ohne Kontrolle. Neue Eingriffe in das Telekommunikationsgeheimnis nach dem Polizeirecht in Thüringen.“

Für sein wissenschaftliches und politisches Engagement hat Jürgen Seifert nicht nur von Menschen der politischen Linken große Anerkennung bekommen, sondern diese Anerkennung hat teilweise bis in die höhere Ministerialbürokratie hineingereicht. Neben seinem fachlichen Können ist dafür sicherlich auch seine persönliche unverwechselbare Art ein Grund gewesen: Immer ist Jürgen Seifert sachkundig, einsatzfreudig, manchmal auch etwas impulsiv gewesen – aber er hat außerdem stets die ganz besondere Fähigkeit gehabt, mit seinen Gesprächspartnern schnell wieder eine differenzierte Kommunikation einzuleiten oder aber eine solche fortzusetzen.

Für die Nachkriegsgeschichte der BRD ist es ein Glücksfall gewesen, dass neben zahlreichen Personen aus dem antifaschistischen Widerstand auch Menschen der Flakhelfer-Generation – außer dem kritischen Linksintellektuellen Jürgen Seifert auch so durchaus unterschiedliche Persönlichkeiten wie z.B.

Jürgen Habermas, Ralf Dahrendorf, Niklas Luhmann, Günter Grass oder Hans Magnus Enzensberger – mitgeholfen haben, in der Bundesrepublik wenigstens die bürgerliche parlamentarische Demokratie über Jahrzehnte hinweg zumindest tendenziell geistig zu verankern.

Trotz aller der zahlreichen entgegenstehenden persönlichen Erfahrungen hat Jürgen Seifert wie auch viele andere SozialistInnen nach 1945 nie die Hoffnung und das Vertrauen auf den Erhalt und den Ausbau der Demokratie sowie des demokratischen und sozialen Rechtsstaats in der BRD verloren.

Werke Jürgen Seiferts (Auswahl):

- Seifert, Jürgen: Unterm Wolfspelz, 1958
- Seifert, Jürgen: Gefahr im Verzuge. Zur Problematik der Notstandsgesetzgebung; Frankfurt am Main 1963
- Seifert, Jürgen (zusammen mit Alfred Grosser): Die Spiegel-Affäre; Olten und Freiburg im Breisgau 1966
- Seifert, Jürgen: Der Notstandsaußschuß; Frankfurt am Main 1968

- Seifert, Jürgen: Zwanzig Jahre Grundgesetz. Textausgabe der Verfassungsentwicklung. Erläuterungen zum Verfassungsrecht; Neuwied und Berlin 1969
- Seifert, Jürgen: Kampf um Verfassungspositionen. Materialien über Grenzen und Möglichkeiten von Rechtspolitik; Köln und Frankfurt am Main 1974
- Seifert, Jürgen: Der lange Weg, Hitler in mir zu überwinden. Antworten an meine Tochter Anna; in: vorgänge, Nr. 67, 1984, 23. Jg., H. 1, S. 34-42
- Seifert, Jürgen: Vom „58er“ zum „68er“. Ein biographischer Rückblick; in: vorgänge, Nr. 124, 1993, 32. Jg., H. 4, S. 1-6
- Seifert, Jürgen: Joachim Ritters „Collegium Philosophicum“. Ein Forum offenen Denkens; in: Richard Faber/Christine Holste (Hrsg.): Kreise - Gruppen - Bünde. Zur Soziologie moderner Intellektuellenassoziation; Würzburg 2001, S. 189-198
- Seifert, Jürgen: Politik zwischen Destruktion und Gestaltung. Studien zur Veränderung der Politik; Hannover 2004 [1997]

Literatur über Jürgen Seifert:

- Buckmiller, Michael/Perels, Joachim (Hrsg.): *Opposition als Triebkraft der Demokratie. Bilanz und Perspektiven der zweiten Republik. Jürgen Seifert zum 70. Geburtstag; Hannover 1998 [hier enthalten ein vollständiges Verzeichnis der Schriften von Jürgen Seifert bis 1996 auf den Seiten 533-560]*
- Huber, Bertold: *Prof. Dr. jur. Jürgen Seifert gestorben; in: NJW-aktuell, Heft 34, 2005, Seite XX (auch unter: <http://rszw.beck.de/rszw/shop/default.asp?docid=154432&docClass=NEWS&from=njw.50>)*
- Cammann, Alexander: *Über die Zäune und Sperren hinweg. Zum Tod von Jürgen Seifert; in: vorgänge, Nr. 170, 2005, S. 128-129 (auch unter: http://www.humanistische-union.de/publikationen/sonstige_publicationen/sonstige_publicationen_detail/back/sonstige-publicationen/article/ueber-die-zaeune-und-sperren-hinweg-zum-tod-von-juergen-seifert/?type=123&cHash=c6319ccb27)*
- Müller-Heidelberg, Till: *Ein Leben zwischen Sicherheit und Freiheit. Zum Tod von Jürgen Seifert (1928-2005); in: Mitteilungen der Humanistischen Union, Nr. 190, S. 10-11 (auch unter: http://www.humanistische-union.de/wir_ueber_uns/geschichte/geschichtedetail/back/geschichte/article/ein-leben-zwischen-sicherheit-und-freiheit/)*
- Offizin-Verlag (Hrsg.): *Jürgen Seifert 1928 - 2005. Gedenkbroschüre für Jürgen Seifert; Offizin-Verlag, 58 Seiten, Hannover 2005 (Bestellungen bitte über: Offizin-Verlag, Bödekerstraße 75, 30161 Hannover, Fax: (0511) 62 47 30; www.offizin-verlag.de. Diese Broschüre versammelt Bilder, Gedichte und Texte zu Jürgen Seifert, u.a. die Reden von Mechthild Rumpf, Till Müller-Heidelberg, Oskar Negt, Joachim Perels und Ursula Schoen auf der Trauerfeier am 15. Juni 2005 in Hannover. Die Broschüre kostet 10,- Euro, der Erlös wird vom Verleger komplett an die Humanistische Union gespendet.*

Literaturliste

K. H. Tjaden: Struktur und Funktion der KPD-Opposition eine Untersuchung zur „Rechtsopposition“ im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, SOAK-Verlag	1983, 234 Seiten , 14,00 €
Die Bremer Linksradikalen	66 Seiten, 2,00 €
Register der „Arbeiterstimme“ 1971 - 1975, 1976 - 1981, 1981 - 1989	je 1,00 €
Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten (Hrsg. Achim Kowalczyk)	Sonderpreis 192 Seiten, 5,00 €
Immer noch Kommunist? Erinnerungen von Paul Elflein	146 Seiten, 5,00 €
Theodor Bergmann: Gegen den Strom , Die Geschichte der KPD-Opposition (KPO) (Neuaufgabe)	624 Seiten, 20,00 €
Jens Becker: Heinrich Brandler – Eine politische Biographie	510 Seiten, 20,00 €
Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik: Einführung in den dialektischen Materialismus Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer)	1927, 191 Seiten, 1993, 5,00 €
Zurück in die Eierschalen des Marxismus? Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer)	30 Seiten, 1,50 €
1923, eine verpaßte Revolution? Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer)	1931, 32 Seiten, 1,50 €
Um was geht es? Zur Krise der KPD (August Thalheimer)	1929, 32 Seiten, 1,50 €
Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)	1931, 75 Seiten, 3,00 €
Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus? Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer)	1932, 34 Seiten, 1,50 €
Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?	1932, 27 Seiten, 1,50 €
Volksfrontpolitik , ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik	1974, 95 Seiten, 2,50 €
Fluchtpunkte , Nürnberg und Bremen – Zwei Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung	316 Seiten, 20 €
Die Potsdamer Beschlüsse , Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1945, 32 Seiten, 1,50 €
Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1946, 27 Seiten, 1,50 €
Weißer Flecken , Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung	1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
August Thalheimer and German Communism – Revolutionary History	320 Seiten, 15 €
Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion (August Thalheimer)	1952, 43 Seiten, 1,50 €
Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution (Heinrich Brandler)	1950, 140 Seiten, 5,00 €
Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion , Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU	1974, 68 Seiten, 3,00 €
Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie (August Thalheimer)	1928, 54 Seiten, 2,00 €
Der Weg der Gewerkschaften , Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze)	1948, 181 Seiten, 4,00 €
Ostblock - Westblock , Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer)	7,50 €
Der Faschismus in Deutschland , Analysen und Berichte der KPD-Opposition	1928- 1933, 295 Seiten, 8,00 €

Bestellungen an: Thomas Gradl, Postfach 91 03 07, D-90261 Nürnberg